

Anträge

Inhaltsverzeichnis

V - Verband

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Die Zukunft gehört den Mutigen Juso Landesvorstand	64
V02	Bye bye 99 Heliumluftballons Jusos WND	68
V04	Institutionalisierte Genderplena auf Landeskonferenzen Juso-AK Feminismus	69

A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Solidarität mit den Beschäftigten der saarländischen Stahlindustrie im Transformationsprozess Jusos SLS	9
A02	Bekämpfung der anhaltenden (Energie)Inflation mit drei Instrumenten! Juso Landesvorstand	10
A04	Kinderarmut endlich wirksam bekämpfen! – Investition in die Zukunft unserer Kinder Juso Landesvorstand	11
A05	Das deutsche Sozialsystem ist überlastet! - Entlastung durch ein moderneres System Jusos Neunkirchen	14
A08	Start-Up, don't be scared Juso-AK Inneres	15

B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B01	Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! – Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende! Juso Landesvorstand	18
B04	Erzieher*innenausbildung ohne Fachabitur Jusos SBLand	23
B06	Weiterentwicklung Weiterbildungsgesetz Jusos Saarpfalz	24
B07	Finanzielle Bildung gehört zur Grundbildung Jusos Neunkirchen	25
B08	Studentische Teilhabe bei Exkursionen sichern! Jusos Saarpfalz	26
B09	Einführung eines Bachelor- und Master-Systems im Lehramtsstudium Jusos Merzig-Wadern	27
B11	Schulpsychologie braucht mehr Ressourcen! Jusos SB-Stadt, Juso-Arbeitskreis ASG	28
B14	Mitbestimmung stärken – Landesschulkonferenz und Schulregionkonferenzen reformieren Juso-AK Bildung und Kultur	30
B15	Breite der Gesellschaft in Landesschulkonferenz beteiligen! Juso-AK Bildung und Kultur	31
B16	#FairesPJ: Ein Jahr, sie zu knechten Juso-Arbeitskreis ASG	32

C - Energie, Umwelt, Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C01	Klimakrise wirkungsvoll bekämpfen: Wir brauchen ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept Juso Landesvorstand	35
C02	Deutschlandticket – Warum ist einfach so kompliziert? Juso-AK Umwelt	38
C03	Koordinierungsstellen Nachhaltigkeit an Schulen Juso-AK Umwelt	40

D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D03	Gleichberechtigung! Hilfsangebote gegen häusliche Gewalt stärken – auch für Männer* Jusos WND	41
D05	Psychisch kranke Menschen nicht länger im Stich lassen! Jusos SB-Stadt, Juso-Arbeitskreis ASG	43

E - Inneres, Sicherheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E02	Polzeiberuf attraktiver machen – Freie Heilsfürsorge jetzt! Juso-AK Inneres	47

F - Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Auch die Würde von geflüchteten Menschen ist unantastbar – Kurswechsel im Asylrecht jetzt! Juso Landesvorstand	48
F03	Eine Reform der GEAS auf Augenhöhe: Schluss mit Privilegien! - Eine radikale Umgestaltung der GEAS für gleiche Rechte aller Geflüchteten und humane Bedingungen! Juso-AK Inneres, Juso-AK Europa	53
F04	Initiativantrag: Solidarität mit den Armenier*innen in Bergkarabach – Für Frieden und Gerechtigkeit Jusos SLS	56

G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Klare Kante gegen Rechts! Juso Landesvorstand	60
G04	Die Zukunft der Stadtplanung ist feministisch - für gleichberechtigte und soziale Städte! Jusos Merzig-Wadern	62

Antrag A01: Solidarität mit den Beschäftigten der saarländischen Stahlindustrie im Transformationsprozess

Antragsteller*in:	Jusos SLS
Sachgebiet:	A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Die Jusos Saar bekunden ihre Solidarität mit den Beschäftigten der saarländischen
2 Stahlindustrie im Transformationsprozess bekunden und sich für deren Unterstützung
3 einsetzen.

4

5 **Analyse:**

6 Die saarländische Stahlindustrie hat eine lange Tradition und ist ein zentraler
7 Wirtschaftszweig in unserer Region. Zudem zählen die in dieser Branche angesessenen
8 Unternehmen zu den größten Ausbildungsbetrieben an der Saar. Jedoch stehen die
9 Beschäftigten derzeit vor großen Herausforderungen, bedingt durch den notwendigen
10 Transformationsprozess der Branche. Die Umstellung auf klimafreundliche Technologien,
11 die Digitalisierung und der globale Wettbewerbsdruck erfordern einen tiefgreifenden
12 Wandel in der Stahlproduktion.

13 Dieser Transformationsprozess darf jedoch nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Es
14 ist von entscheidender Bedeutung, dass die Arbeitsplätze in der saarländischen
15 Stahlindustrie erhalten bleiben und die Beschäftigten eine Perspektive für ihre
16 berufliche Zukunft haben.

17 In Zeiten des Wandels sehen wir uns als politische Jugendorganisation in der
18 Verantwortung, uns solidarisch mit den Arbeitnehmer*innen der saarländischen
19 Stahlindustrie zu zeigen und sich für ihre Unterstützung stark zu machen.

20

21 **Forderungen:**

22 1. Dialog und Beteiligung: Die Landesregierung, die Unternehmen der Stahlindustrie
23 und die Gewerkschaften sollen weiter einen konstruktiven Dialog führen, um
24 gemeinsam Lösungen für einen sozialverträglichen Transformationsprozess zu
25 erarbeiten. Die Stimmen der Beschäftigten müssen dabei gehört und in
26 Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

27 2. Qualifizierung und Weiterbildung: Die Beschäftigten der Stahlindustrie müssen
28 verstärkt die Möglichkeit erhalten, sich durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen
29 und Weiterbildungen für neue Aufgaben und Tätigkeitsfelder für ihre zukünftige
30 Arbeit zu qualifizieren.

31 3. Förderung von Forschung und Innovation: Um die Wettbewerbsfähigkeit der
32 saarländischen Stahlindustrie zu erhalten, sollen verstärkt Forschung und
33 Innovationen im Bereich nachhaltiger Technologien gefördert werden.

34 4. Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung: Wir möchten die Bevölkerung über die
35 Bedeutung der Stahlindustrie und ihre Rolle im Transformationsprozess verstärkt

- 36 informieren, um eine breite Solidarität für die Beschäftigten zu mobilisieren.
37 Nur durch einen fairen und sozialverträglichen Transformationsprozess kann die
38 Zukunftsfähigkeit der Branche gesichert werden.

Antrag A02: Bekämpfung der anhaltenden (Energie)Inflation mit drei Instrumenten!

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Analyse:

2 Nach aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF), wird die deutsche
3 Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen - während das
4 Bruttoinlandsprodukt in den USA und in Italien weiter steigt. Deutschland ist der
5 einzige G7-Staat, dessen BIP sinkt. Die Gründe sind auf verteuerte Energie- und
6 Lebensmittelpreise zurückzuführen.

7 1. Instrument

8 Bei allen Nahrungsmittelgruppen gab es inflationsbedingt Preiserhöhungen. In
9 Spitzenzeiten wurde die 20-Prozent-Marke weit überschritten: Eine enorme
10 Mehrbelastung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Eine schnelle
11 Umkehr ist derzeit nicht erkennbar. Damit BürgerInnen spürbar entlastet werden, muss
12 die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für drei Jahre ausgesetzt werden. Der
13 Staat muss in einem solchen Konjunkturzyklus sinnvoll entgegenwirken. Durch eine
14 Aussetzung der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse, Backwaren und
15 pflanzlichen Ölen, sowie pflanzlichen Ersatzprodukten würden die privaten Haushalte
16 nach einer ersten Schätzung von Experten rund vier Milliarden Euro jährlich
17 entlastet. Haushalte mit niedrigem Einkommen würden davon am stärksten profitieren.
18 Neben der finanziellen Entlastung, durch eine Befreiung der Mehrwertsteuer, würden
19 zudem kluge Anreize für eine Ernährungswende gesetzt werden. In anderen europäischen
20 Ländern wird die Steuerbefreiung für Lebensmittel bereits praktiziert. Spanien und
21 Polen haben gute Erfahrungen gesammelt.

22 2. Instrument

23 Um die Inflation sinnvoll zu bekämpfen, ist es ratsam, dafür zu sorgen, dass keine
24 weiteren Preissteigerungen im Energiesektor erfolgen und die Energiekosten weiter
25 steigen. Daher muss die 2021 in Deutschland eingeführte CO₂-Bepreisung um weitere
26 zwei Jahre konstant auf 30 Euro bleiben und nicht weiter erhöht werden. Durch die
27 eingeführte CO₂-Bepreisung müssen Menschen und Unternehmen seitdem beim Heizen oder
28 Produzieren mit Gas oder beim Tanken mehr bezahlen.

29 3. Instrument

30 Die Sicherung der Industrie im Saarland erfordert die Bereitstellung von stabilen und
31 erschwinglichen Energiepreisen, die als entscheidender Standortfaktor fungieren. In
32 der Vergangenheit konnte aufgrund anhaltender Krisensituationen wie dem russischen
33 Angriffskrieg auf die Ukraine und einer hohen Inflation keine stabile

34 Energiepreislage gewährleistet werden. Zukünftige Prognosen deuten ebenfalls nicht
35 auf eine eigenständige Stabilisierung des Preisniveaus hin.

36 Wir begrüßen es, dass die Landesregierung im März dieses Jahres einen
37 Entschließungsantrag zum Thema Industriestrompreis in den Bundesrat eingebracht hat.
38 Standortsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Industrie müssen
39 gewährleistet werden. Denn die saarländische Industrie leidet bereits erheblich
40 unter
41 den Auswirkungen des Strukturwandels und der Transformationsprozesse. Ein
42 einheitlicher Industriestrompreis soll die Umstellung auf CO2-neutrale
43 Produktionsverfahren betriebskostenseitig erleichtern, wodurch Industrieunternehmen
44 ihre Investitionsspielräume behalten und für die notwendigen Anpassungen an den
45 Geschäftsbetrieb im Zuge der Transformation nutzen können. Um diesen Aspekt zu
46 berücksichtigen, brachte das Saarland gemeinsam mit Hamburg im Rahmen der
47 Wirtschaftsministerkonferenz am 21. und 22. Juni 2023 einen Beschlussvorschlag zur
48 Einführung eines Transformationsstrompreises ein, der einvernehmlich beschlossen
49 wurde.

50 Im Mai 2023 veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium ein Papier, das zwei
51 Ansätze für einen Industriestrompreis vorstellt: Zum einen einen langfristigen
52 Transformationsstrompreis und zum anderen einen mehrfach konditionierten
53 Brückenstrompreis. Die Inhalte des Arbeitspapiers wurden bereits von der
54 saarländischen Landesregierung begrüßt. Auch wir begrüßen, dass das
55 Bundesministerium
56 für Wirtschaft und Klimaschutz die Einführung eines bundesweit einheitlichen
57 Strompreises zur Entlastung energieintensiver Unternehmen plant. Nun ist eine
58 zeitnahe Umsetzung gefordert.

59

60 **Forderungen:**

- 61 • Eine Aussetzung der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse,
62 Backwaren und pflanzlichen Ölen, sowie pflanzlichen Ersatzprodukten.
- 63 • Dass die 2021 in Deutschland eingeführte CO2-Bepreisung um weitere zwei Jahre
64 konstant auf 30 Euro bleibt.
- 65 • Die Einführung eines einheitlichen Überbrückungsindustriestrompreises.

Antrag A04: Kinderarmut endlich wirksam bekämpfen! – Investition in die Zukunft unserer Kinder

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

- 1 **Analyse:**
- 2 Enorme Ungerechtigkeit widerfährt im Saarland derzeit jedem vierten Kind. Es wächst
- 3 in Armut auf. Diese erschreckende Zahl offenbart die neuste Studie der Bertelsmann

4 Stiftung (vgl. Funcke u.a. 2023, S. 2ff.). In Industrieländern wird von „relativer
5 Armut“ gesprochen. Diese liegt vor, wenn jemand, gemessen am Wohlstand der jeweiligen
6 Gesellschaft, an materiellen und immateriellen Gütern unterversorgt ist. So gilt
7 beispielsweise in Deutschland als „relativ“ arm, wer weniger als 50- 60% des
8 Medianeinkommens einer Bevölkerungsgruppe zur Verfügung hat. Kinderarmut ist Teil der
9 „relativen Armut“. Sie umfasst neben dem geringen Einkommen der Eltern die Bereiche
10 Wohnen, Bildung, Gesundheit, soziale Integration sowie Lern- und
11 Erfahrungsmöglichkeit.

12 Kinder- und Jugendarmut stellt seit Jahren bundesweites ein strukturelles Problem dar
13 und hat sich durch die derzeitige Inflation verschärft. Die enormen Preissteigerungen
14 treffen vor allem Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen hart. Es konnte
15 festgestellt werden, dass sowohl die Einkommenssituation der Eltern als auch der
16 Familientyp, die Hauptrisikofaktoren für Kinderarmut sind. Somit zählen
17 Alleinerziehende, Arbeitslose sowie Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung
18 bzw. abgeschlossenen Schulabschluss zu den prozentual am stärksten von Armut
19 Betroffenen. Armut schränkt Kinder und Jugendliche in nahezu allen Bereichen ihres
20 Lebens ein und hat nicht nur direkte negative Auswirkungen, sondern auch bleibende
21 Folgen für ihre Zukunft. Armut zieht für Kinder andere Konsequenzen nach sich als für
22 Erwachsene. Sie erleben und nehmen Armut anders wahr. Sie führt vor allem zu:

- 23 • geringerer sozialer Teilhabe
- 24 • niedrigeren Bildungschancen
- 25 • schlechterer Gesundheit
- 26 • und vieles mehr

27 Ihnen wird die Möglichkeit der sozialen Teilhabe genommen, wenn sie aus finanziellen
28 Gründen keine Mitgliedschaft in einem Verein eingehen können, da der Mitgliedsbeitrag
29 oder die benötigte Ausrüstung für das Hobby zu teuer sind. Oder aber auch, wenn sie
30 aufgrund der beengten Wohnsituation keinen Besuch von Freunden*innen empfangen
31 können.

32 Überdies sinken die Bildungschancen für Kinder die in Armut leben im besonderen Maße
33 bei einem geringen Bildungsniveau sowie mangelnder Unterstützung von Seiten der
34 Eltern. Daneben sind sie im gesundheitlichen Bereich erhöht gefährdet. Studien
35 zeigen, dass sie im Vergleich zu Kindern aus Familien am oberen Einkommensrand
36 häufiger Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungs- und Essstörungen aufweisen.

37 Ein entscheidender Faktor, um aus der Armut herauszukommen, ist der Faktor Zeit. Je
38 länger eine Familie in Armut lebt, desto schwieriger wird es für sie diese
39 Statuspassage zu überwinden. Die genannten Schilderungen verdeutlichen den dringenden
40 Handlungsbedarf.

41 Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. So wird es
42 beiden Elternteilen möglich einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wodurch das
43 Armutsrisiko deutlich sinkt.

44 Alle Kinder und Jugendliche sollen und müssen die gleichen Chancen in sämtlichen
45 zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen bekommen, unabhängig vom Einkommen ihrer
46 Eltern bzw. Personensorgeberechtigten. Die Kindergrundsicherung, das Angebot an
47 kostenlosem Mittagessen sowie dem Ausbau an Ganztagesangeboten kann dazu beitragen,

48 dass Kinder und Jugendliche gesund, glücklich und uneingeschränkt aufwachsen und an
49 unserer Gesellschaft teilhaben können.

50 Kinder sind unsere Zukunft. Es wird Zeit endlich in sie zu investieren.

51

52 **Forderungen:**

53 Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut:

54 • Die sofortige Umsetzung einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung. Neben
55 dem Garantiebtrag, welcher deutlich höher liegen muss, als das bisherige
56 Kindergeld von 250€ und der die Preissteigerungen des letzten Jahres
57 berücksichtigen muss, soll es einen zusätzlichen einkommensabhängigen
58 Zusatzbeitrag geben. Bis eine automatisierte Auszahlung möglich ist, sollen
59 Familien mit einem hohen Haushaltseinkommen über die Steuererklärung den
60 Basisbetrag erhalten. Der Zusatzbetrag für Familien mit einem geringen Einkommen
61 soll Bürgergeld für Kinder und den Kinderzuschlag zusammenfassen. Dadurch werden
62 auch Familien mit niedrigerem Einkommen unterstützt.

63 • Wir befürworten eine automatisierte Auszahlung der Kindergrundsicherung. Das
64 Bundesfinanzministerium muss die Voraussetzungen durch eine Verknüpfung und
65 einen Austausch von Steuerdaten mit den Behörden, welche die Sozialleistungen
66 auszahlen, schaffen. Bis dies erfolgt ist, unterstützen wir sowohl die Idee,
67 dass über ein digitales Antragsportal auf der Seite des Bundesministeriums für
68 Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Kindergrundsicherung digital beantragt
69 werden kann, als auch der angedachte Kindergrundsicherungsscheck, welcher prüfen
70 soll, ob eine Familie Anspruch auf den Zusatzbetrag haben könnte und die Eltern
71 informiert. Letzteres muss der Familienservice aber verpflichtet tun.

72 • Kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen ab der ersten Klassenstufe, damit
73 Familien finanziell entlastet werden und sichergestellt ist, dass jedes Kind
74 während der Woche, mindestens einmal am Tag ein warmes Essen zu sich nimmt.

75 • Nicht nur die Grundschulen, sondern alle Schulformen sollen im Anschluss des
76 Unterrichts, eine Betreuung am Nachmittag anbieten. Die Schüler*innen sollen bei
77 diesem Betreuungsangebot, neben einem kostenlosen warmen Mittagessen, die
78 Möglichkeit bekommen, ihre Hausaufgaben unter fachkundiger Aufsicht zu erledigen
79 sowie ein Freizeitangebot erhalten. Dieses kann individuell von dem Team der
80 jeweiligen Nachmittagsbetreuung gestaltet werden. Das Team soll aus pädagogisch
81 geschultem Personal bestehen.

82

83 • Neben der Finanzierung für den Ausbau der Ganztagsbetreuung muss das
84 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung von
85 Sprach-Kitas wieder aufnehmen und den Ländern Gelder hierfür zur Verfügung
86 stellen.

87 • Die angedachten Kürzungen im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und
88 Forschung lehnen wir entschieden ab. Der Bund muss seine Investitionen in den
89 Bildungsbereich dauerhaft deutlich erhöhen, um u.a. die Rahmenbedingungen für
Lehrkräfte zu verbessern.

90 Literaturverzeichnis:

- 91 Funcke, A. / Menne, S. (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Gütersloh:
92 Bertelsmann Stiftung.

Antrag A05: Das deutsche Sozialsystem ist überlastet! - Entlastung durch ein moderneres System

Antragsteller*in:	Jusos Neunkirchen
Sachgebiet:	A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Analyse:

2 Das deutsche Sozialsystem befindet sich derzeit in einer Phase der Überlastung. Die
3 zunehmenden Belastungen resultieren aus mehreren Faktoren, darunter die demografische
4 Entwicklung, wirtschaftliche Veränderungen und die steigenden Anforderungen an
5 soziale Dienstleistungen. Besorgniserregend ist das anhaltende Ungleichgewicht
6 zwischen den kontinuierlich steigenden Beiträgen, wie die Anpassung des
7 Beitragssatzes der Pflegeversicherung und den schwindenden Leistungen, beispielsweise
8 bei den gesetzlichen Krankenkassen. Die steigenden Beiträge zu den
9 Sozialversicherungen, wie beispielsweise der Kranken- und Rentenversicherung,
10 belasten sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Trotz dieser gestiegenen
11 finanziellen Beteiligungen fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger durch rückläufige
12 Leistungen frustriert. Dies hat zur Folge, dass die Erwartungen an das Sozialsystem
13 und die realen Leistungen immer weiter auseinanderdriften. Vergleicht man Deutschland
14 mit anderen EU-Staaten, so kann beispielsweise Norwegen eine Variante mit
15 Zukunftschance bieten. Das norwegische Sozialsystem und der dortige Staatsfonds, der
16 Government Pension Fund Global (GPGF), bilden ein bemerkenswertes Modell. Norwegen
17 hat es geschafft, ein nachhaltiges soziales Absicherungssystem aufzubauen, bei dem
18 die Balance zwischen steigenden Beiträgen und wachsenden Leistungen erhalten bleibt.
19 Der Fonds verfolgt eine langfristige Anlagestrategie, die darauf abzielt,
20 langfristiges Wachstum und Stabilität zu gewährleisten. Er investiert in eine breite
21 Palette von Vermögenswerten, darunter Aktien, Anleihen, Immobilien und
22 Geldmarktinstrumente. Die Diversifikation der Anlagen hilft, das Risiko zu
23 minimieren. Er verfolgt strenge Ethikrichtlinien und schließt Investitionen in
24 Unternehmen aus, die in Bereichen wie Waffen, Tabak, Korruption und Verletzung von
25 Menschenrechten tätig sind. Durch regelmäßige Berichte über seine Investitionen,
26 Portfoliozusammensetzung und Leistung bietet der Fond große Transparenz. Ein
27 bedeutendes Merkmal des norwegischen Ansatzes ist die Verbindung zwischen dem
28 Sozialsystem und dem Staatsfonds. Die Einnahmen aus dem norwegischen Öl- und
29 Gasgeschäft werden in den GPGF investiert, der als eine Art Puffer für zukünftige
30 Generationen dient. Dies ermöglicht dem Land, von seinen Rohstoffen zu profitieren
31 und gleichzeitig sicherzustellen, dass die kommenden Generationen finanziell
32 abgesichert sind. Ersetzt man die Einnahmen aus Rohstoffen beispielsweise mit Teilen
33 aus den deutschen Steuereinnahmen aus der Waffen- und Automobilindustrie, so lässt
34 sich dieses Modell auch für Deutschland ermöglichen. Die Erfolgsgeschichte Norwegens
35 könnte als Leitfaden dienen, um das deutsche Sozialsystem zu stärken. Indem man das

36 Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen wiederherstellt und gleichzeitig auf
37 eine langfristige finanzielle Stabilität hinarbeitet, könnte Deutschland einen Weg
38 einschlagen, der den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht wird.
39 Deutschland sollte sich an Norwegen ein Beispiel nehmen und sein Sozialsystem
40 überarbeiten und entlassen.

41

42 **Forderungen:**

- 43 • **Integration eines Staatsfonds:** Das deutsche Sozialsystem sollte einen ähnlichen
44 Ansatz wie Norwegen verfolgen, indem es einen Staatsfonds einführt, der aus
45 Einnahmen, die aus einer radikalen Erbschaftssteuer finanziert wird. Diese soll
46 die soziale Ungerechtigkeit bekämpfen, dass wenige ohne Arbeit ein riesiges
47 Vermögen anhäufen. Diese Vermögen sollen für die Stabilität zukünftiger
48 Investitionen und der Sicherung der Sozialsysteme herangezogen werden. Dieser
49 Fonds kann als finanzieller Puffer für zukünftige Generationen dienen. Als
50 Ergänzung zum bestehenden System soll die Integration Schritt für Schritt
51 erfolgen. So kann bei Anpassungsbedarf trotz der Veränderung entsprechend
52 gehandelt werden.
 - 53 • **Die Prüfung der** Integration eines Staatsfonds: Das deutsche Sozialsystem sollte
54 einen ähnlichen Ansatz wie Norwegen verfolgen, indem es einen Staatsfonds
55 einführt, der aus Einnahmen wie Steuern oder Rohstoffen gespeist wird. Dieser
56 Fonds kann als finanzieller Puffer für zukünftige Generationen dienen. Als
57 Ergänzung zum bestehenden System soll die Integration Schritt für Schritt
58 erfolgen. So kann bei Anpassungsbedarf trotz der Veränderung entsprechend
59 gehandelt werden.
 - 60 • **Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen:** Das System sollte angemessene
61 Beiträge sicherstellen, während es gleichzeitig gewährleistet, dass die
62 erbrachten Leistungen im Einklang mit den Beiträgen stehen. Die Balance zwischen
63 finanzieller Beteiligung und tatsächlicher Absicherung der Bürger ist
64 entscheidend
 - 65 • **Fokus auf umfassende Absicherung:** Das deutsche System sollte sich stärker auf
66 umfassende soziale Absicherung konzentrieren, ähnlich wie das norwegische
67 Modell. Dies beinhaltet hochwertige Gesundheitsversorgung, Bildung und Renten,
68 um soziale Ungleichheit zu minimieren.
- 69 **Langfristige Nachhaltigkeit anstreben:** Das überarbeitete System sollte langfristige
70 Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen, indem es sicherstellt, dass die sozialen
71 Leistungen sowohl für aktuelle als auch künftige Generationen gewährleistet sind. Die
72 Integration von bewährten Elementen aus dem norwegischen Ansatz kann dazu beitragen.

Antrag A08: Start-Up, don't be scared

Antragsteller*in:	Juso-AK Inneres
Sachgebiet:	A - Arbeit, Wirtschaft, Soziales
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag**

2 **Analyse:**

3 Das Saarland muss seine Industrie transformieren. Ein wichtiger Faktor in dieser
4 Transformation ist die Innovation. Das Saarland muss Innovation fördern und dazu
5 gehört in unseren Augen eine blühende Start-Up Szene zu kultivieren. Junge
6 Unternehmen können ein Zahnrad in der saarländischen Wirtschaft werden und dadurch
7 das Land nachhaltig beeinflussen. In den letzten Jahren gab es immer weniger Start-
8 Ups im Saarland und Patentanmeldungen wurden auch weniger. Deswegen soll dieser
9 Antrag eine Wende in der Start-Up Branche darstellen.

10

Wir brauchen eine Start-Up Strategie für unser Saarland. Start-Ups sind durch ihr

11

Innovationspotenzial ein großer Treiber für die Transformation der Wirtschaft. Das

12

Ziel soll es sein, jungen Menschen die Ängste vor der Gründung zu nehmen. Dazu müssen

13

drei große Probleme angegangen werden, einmal die Koordinierung dieser Start-Up

14

Strategie, die Motivation zur Gründung zu fördern und im Endeffekt die kreativen

15

Unternehmer bei der Finanzierung zu unterstützen.

16 1.

Start-Up Beauftragte/r zur Koordinierung

17 Die beauftragte Person, sollte selbst Erfahrungen aus dem Start-Up Bereich besitzen.
18 Diese hat die Aufgabe die Start-Up Strategie mit den einzelnen jungen Unternehmen zu
19 koordinieren und sich, um ein gemeinsames Auftreten zu engagieren. Das bedeutet die
20 Person würde die Planung für Veranstaltungen, Werbekampagnen und Förderungen
21 organisieren. Die Ziele sollten es sein die Bevölkerung zu informieren, die
22 Saarländischen Start-Ups außerhalb des Landes zu vertreten und Investoren davon zu
23 überzeugen ins Saarland zu investieren.

24 2. Mehr Start-Up Gründungen ins Saarland holen

25 Für mehr Start-Ups müssen wir nicht nur unsere Hochschulen stärker ausrüsten und dort
26 Aufmerksamkeit generieren, sondern wir müssen auch eine breite Masse der
27 Saarländerinnen und Saarländer ansprechen, da nicht nur ausgebildete IngenieurInnen
28 die zündende Idee besitzen können. Im Saarland leben knapp eine Millionen Menschen
29 und wir müssen ihnen klar machen, dass jede Person diesen Weg, in der modernen
30 Gesellschaft, beschreiten kann. Um diesen saarländischen Pioniergeist zu entfachen

31 sollte regelmäßig eine Gründermesse im Saarland veranstaltet werden. Die Start-Ups
32 können sich dort der Bevölkerung zeigen, und vorstellen, welche Errungenschaften sie
33 erlangt haben. Das könnte weitere Menschen im Saarland motivieren, vielleicht auch
34 mit dem Gedanken einer Gründung zu spielen. Man müsste auch das Thema Gründungen in
35 der Schule angehen. Dafür können lokale Start-Up GründerInnen in die Schulen
36 eingeladen werden. Somit bekommen junge Menschen einen Einblick über den Alltag und
37 die Herausforderungen als GründerIn eines Start-Ups.

38 3. Investitionen stärken am Beispiel Israel

39 Israel pflegt heute eine der bedeutsamsten Start-Up Kulturen der Welt. Viele Global
40 Player haben die Innovationsstärke Israels erkannt und investieren Milliarden Beträge
41 in das Land. Das war aber nicht immer so. Die Israelis hatten viele Start-Ups, doch
42 an der jeweiligen Finanzierung hat es oft gehapert. Man musste Geld ins Land holen
43 und FremdinvestorInnen davon überzeugen in Israel zu investieren. 1993 war es dann so
44 weit und sie hatten sich ein geniales Konzept überlegt, das Yozma (hebräisch
45 „Initiative“) System. Das Prinzip in Israel ist sehr einfach, aber auch zugleich sehr
46 effektiv. Das Land hat ausländische Risikofonds auf sich aufmerksam gemacht, indem
47 sie auf Investitionen einen gewissen Prozentsatz draufgezahlt haben. Dadurch musste
48 der Staat keine extra Behörde anlegen, um die Start-Ups zu bewerten. Diese Arbeit
49 überließen sie einfach den Risikofonds, die darin mehr Erfahrung hatten. Dadurch
50 konnten sichere Investitionen ins Land gebracht werden und die Finanzierung vieler
51 Start-Ups wurden gestärkt. Der Staat bekam auch Anteile am Unternehmen und konnte von
52 dessen Gewinnmagen profitieren. Das Yozma System verbucht bis heute weitere Erfolge
53 und stützt die Start-Up Szene in Israel weiterhin.

54

55 Wir Jusos wollen daher, dass dieses System an unser Land und unsere Lage angepasst
56 wird. Wir wollen das, dass das Land sich an den Investitionen der Unternehmen
57 beteiligt. Wir fordern, dass die Landesregierung Geld aus dem Transformationsfonds
58 zur Verfügung stellt, damit dieses Unterfangen finanziert werden kann. Die Gewinne,
59 die aus diesen Investitionen wieder hervorgehen, könnte man wieder in den
60 Transformationsfonds einbeziehen, um das Volumen wieder zu vergrößern. Wir fordern,
61 dass bei Investitionen eines Investors/ einer Investorin in ein Start-up, die
62 Landesregierung nochmals eine zusätzliche Investition tätigt. Dabei sollte sich an
63 der 40% Investition im israelischen Yozma orientiert werden. Damit würde man das
64 Saarland für Investitionen attraktiver gestalten und nicht nur Start-Ups würden davon
65 profitieren, Risikofonds und InvestorInnen würden eine gewisse Sicherheit in ihr
66 Investment bekommen. Das Saarland würde dann auch einen gewissen Firmenanteil
67 bekommen und könnte diesen nach 5-8 Jahren wieder mit begünstigten Konditionen an das
68 Start-Up Unternehmen zurückgeben. Nach ein paar Jahren könnte man dieses Konzept
69 ausbauen, mit einem eigenen Fonds, der dann mit Darlehen in gewisse Start-Ups
70 investiert, die etwas Risiko behafteter sind, aber trotzdem vielversprechende
71 Geschäftsmodelle oder interessant klingende Ideen mit sich bringen.

72

Dieser Antrag soll die ersten Schritte fürs Start-Up Land Saarland definieren.

73

74 Wir empfehlen die Weiterleitung an den Landesparteitag

75 **Forderungen**

- 76 • eine Neuauflage einer Werbekampagne zur besseren Sichtbarmachung der bestehenden
77 Beratungsstellen für Gründerinnen und Gründer im Ministerium für Wirtschaft,
78 Innovation, Digitales und Energie sowie den entsprechenden Beratungsstellen an
79 UdS und htw Saar.
- 80 • vernetzt und außerhalb des Saarlandes repräsentiert
- 81 • Außerdem müssen wir den Menschen die Angst nehmen. Ein Startup ist immer ein
82 großes Risiko, da man das sichere Arbeitnehmerverhältnis verlassen muss. Um dies
83 zu ermöglichen, brauchen wir ein „Gründer*innen BAFÖG“. Der Staat zahlt
84 Gründer*innen für 2 Jahre einen monatlichen Betrag, damit Gründer*innen keine
85 Gefahr laufen ihren Lebensunterhalt nicht zahlen zu können. Sobald das Start Up
86 profitable ist, zahlen die Gründer*innen das „Gründer*innen BAFÖG“ inklusive
87 Zinsen zurück
- 88 • eine besondere Berücksichtigung der Belange der Start-up Szene in der aktuell in
89 Arbeit befindlichen Innovationsstrategie des Saarlandes mit dem Ziel, den
90 Pioniergeist der Saarländerinnen und Saarländer stärker zu entfachen.

91
92
93

Antrag B01: Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! – Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende!

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 3

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 **Stärkung des Schutzschirms für Ausbildungsplätze und der Verbundausbildung**

3 In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lastet ein besonderer Druck auf dem
4 Ausbildungsmarkt. Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft gezwungen,
5 durch Kosteneinsparungen Umsatzverluste auszugleichen, was zu Personalkürzungen und
6 der Einführung von Kurzarbeit führen kann. Dennoch ist es von größter Bedeutung,
7 Auszubildende vor solchen drastischen Maßnahmen zu schützen. Daher sollte der Betrieb
8 sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel mobilisieren, um die laufende Ausbildung
9 aufrechtzuerhalten. Eine mögliche Strategie hierbei ist die Umplatzierung von
10 Auszubildenden in Abteilungen, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, oder die
11 Anwendung des Prinzips der Verbundausbildung. Gemäß § 10 (5) des
12 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) besteht die Möglichkeit, dass sich mehrere Betriebe zu
13 einem Ausbildungsverbund zusammenschließen, was die Grundlage für die Umsetzung der

14 Verbundausbildung bildet. Daher setzen wir uns vehement dafür ein, die
15 Verbundausbildung durch die Integration verschiedener Verbundmodelle zu erleichtern
16 und finanziell zu unterstützen. Auf diese Weise können Auszubildende und dual
17 Studierende auch in ökonomisch herausfordernden Zeiten ihre Ausbildung fortsetzen,
18 ohne negativ von Kurzarbeit beeinflusst zu werden.

19 Sicherung der unbefristeten Übernahme nach der Ausbildung für Auszubildende und
20 Studierende im dualen System

21 Eine Vielzahl von Auszubildenden und Studierenden im dualen System trägt bis
22 unmittelbar vor dem Abschluss ihrer Ausbildung eine erhebliche Last der Unsicherheit
23 hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektiven. Diese anhaltende Ungewissheit ist nicht nur
24 belastend für die betroffenen jungen Menschen, sondern kann auch einen schädlichen
25 Einfluss auf ihre Motivation und ihre Leistungen während der Ausbildungszeit haben.
26 Es ist von grundlegender Bedeutung, dass dieser Zustand der Unsicherheit über die
27 Übernahmemöglichkeiten nach Abschluss der Ausbildung einer gezielten und umfassenden
28 Lösung zugeführt wird.

29 In dieser Hinsicht besteht ein dringender Bedarf nach einer klaren und einheitlichen
30 Regelung, die für alle Auszubildenden und dual Studierenden gleichermaßen greift.
31 Eine solche Regelung verfolgt das Ziel, die Unsicherheit in Bezug auf die Übernahme
32 nach Abschluss der Ausbildung zu minimieren und jungen Menschen eine verlässliche
33 Perspektive zu bieten.

34 Diese Neuausrichtung könnte nicht nur dazu beitragen, die psychische Belastung der
35 Auszubildenden zu reduzieren, sondern auch ihre berufliche Entwicklung positiv
36 beeinflussen. Wenn Auszubildende bereits während ihrer Lernphase wissen, dass eine
37 ernsthafte Übernahmeperspektive besteht, könnten sie mit einer gestärkten Motivation
38 und einem verstärkten Engagement in ihre Ausbildung investieren. Dies könnte wiederum
39 zu einem höheren Qualifikationsniveau und einer insgesamt positiven Dynamik im
40 Ausbildungsumfeld führen.

41 Eine unbefristete Übernahme ist entscheidend, um bereits während der Ausbildung ein
42 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie trägt dazu bei, dass der/die
43 Auszubildende wirtschaftlich unabhängig wird. Ferner sorgt sie dafür, dass junge
44 Menschen kreditfähig werden, um sich etwa eine Wohnung anzumieten, sich Eigentum
45 anzuschaffen, sich selbst zu versorgen oder etwa, um eine Familie zu gründen.

46 Die Forderung nach einer klaren unbefristeten Übernahmeregelung für Auszubildende und
47 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung ist somit nicht nur eine Maßnahme zur
48 Reduzierung von Unsicherheit, sondern auch ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen
49 Förderung der jungen Fachkräfte von morgen. Es ist an der Zeit, einen stabilen Rahmen
50 zu schaffen, der die Weichen für eine vielversprechende berufliche Zukunft stellt und
51 gleichzeitig die Auszubildenden in ihrer Entwicklung unterstützt. Eine klare
52 Übernahmepolitik wäre ein Zeichen des Engagements für die Auszubildenden und eine
53 Investition in die Zukunft der Arbeitswelt.

54 Beispiele für einen solchen unbefristeten Übernahmevertrag sieht man bereits in
55 vielen Branchen u.a. in der Stahl- und in Teilen der Metallelektroindustrie. Auch
56 dort lässt sich erkennen, dass die unbefristete Übernahme die Identifikation mit dem
57 Ausbildungsbetrieb stärkt, und Mitarbeitenden bindet, was wiederum Auswirkungen auf
58 den in vielen Branchen herrschenden Fachkräftemangel hat.

59 Anpassung der Digitalisierung in Betrieb und Berufsschule

60 Die Arbeitswelt befindet sich in einem großen digitalen Transformationsprozess.
61 Dieser Wandel ist von enormer Tragweite, denn er verändert nicht nur die Art und
62 Weise, wie wir arbeiten, sondern beeinflusst auch unsere Beziehung zur Technologie
63 und die Art, wie wir Wissen erwerben und uns weiterbilden. Innerhalb dieses
64 umfassenden Umbruchs bieten sich nicht nur Risiken, sondern auch erhebliche Chancen
65 für eine weitreichende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für die
66 Arbeitnehmer*innen. Daher ist es von höchster Relevanz, nicht nur passive Beobachter
67 dieser Entwicklung zu sein, sondern aktiv an der Gestaltung und Mitbestimmung der
68 Rahmenbedingungen für diese sich verändernde Arbeitswelt teilzuhaben.

69 Die jüngste globale Pandemie hat auf drastische Weise verdeutlicht, dass die
70 Auswirkungen der unzureichenden Digitalisierung nicht nur die Auszubildenden und
71 Schüler*innen treffen, sondern auch Lehrende an Berufsschulen und Ausbilder*innen in
72 Betrieben überfordern können. Diese Situation legt den Finger auf die Wunde: Sowohl
73 eine mangelnde digitale Ausstattung in Form von notwendiger Hardware als auch eine
74 unzureichende Kompetenz im Umgang mit digitalen Lernmethoden werden deutlich. Obwohl
75 digitale Prozesse immense Potenziale für das Lernen und die Vermittlung von Wissen
76 bieten, werden diese Potenziale nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.

77 Es ist daher von größter Bedeutung, dass Bildungseinrichtungen und
78 Ausbildungsbetriebe die digitalen Möglichkeiten erkennen und nutzen. Dies erfordert
79 nicht nur Investitionen in die technische Ausstattung, sondern auch die gezielte
80 Förderung von digitalen Kompetenzen bei Lehrenden und Ausbilder*innen. Schulungen und
81 Fortbildungen, die den sich wandelnden Anforderungen der digitalen Bildung gerecht
82 werden, sind unerlässlich, um den Lehrenden das Rüstzeug zu geben, um in der heutigen
83 digitalen Lernumgebung erfolgreich zu agieren.

84 Indem wir die Digitalisierung als Chance und nicht nur als Herausforderung begreifen,
85 können wir die Bildungslandschaft und die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Ein
86 aktiver Ansatz bei der Einführung und Anwendung digitaler Technologien sowie die
87 Förderung digitaler Kompetenzen sind Schlüsselfaktoren, um sicherzustellen, dass
88 niemand aufgrund unzureichender Digitalisierung zurückbleibt. Dies erfordert ein
89 koordiniertes und gemeinschaftliches Bemühen von Bildungseinrichtungen, Unternehmen
90 und politischen Entscheidungsträgern, um die Vorteile der digitalen Transformation
91 voll auszuschöpfen und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemand von ihren
92 Möglichkeiten ausgeschlossen wird.

93 Bildungsurlaub von 15 Tagen bundesweit

94 Der Zugang junger Menschen zur Bildung und ihren Chancen in der beruflichen Welt
95 sollte in keiner Weise von der finanziellen Situation ihrer Eltern abhängig sein.
96 Bildungsunterschiede, die aufgrund ökonomischer Faktoren entstehen, sind eine
97 ernsthafte Gefahr für die soziale Gleichheit und stellen eine Einschränkung der
98 individuellen Möglichkeiten zur freien Berufswahl dar. Diese Unterschiede haben eine
99 nebulöse Wirkung auf das Fundament unserer Gesellschaft und können langfristig zu
100 einer verstärkten sozialen Ungleichheit führen.

101 Bildung, als eines der grundlegenden Menschenrechte, trägt nicht nur zur persönlichen
102 Entfaltung jedes Einzelnen bei, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für das Wohl
103 der Gesellschaft als Ganzes. Der Mangel an gleichberechtigtem Zugang zur Bildung kann

104 die gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen und in der Folge zu einer
105 Ungleichverteilung der Ressourcen führen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung,
106 Bildungswege zu schaffen, die unabhängig von sozialen und finanziellen Hintergründen
107 sind.

108 Die Bildungsungleichheit hat nicht nur Auswirkungen auf individuelle Perspektiven,
109 sondern auch auf die Gesamtdynamik der Gesellschaft. Sie kann zu einem Teufelskreis
110 führen, in dem eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten zu begrenzten beruflichen
111 Aussichten führen, was wiederum soziale Mobilität behindert und soziale Kluften
112 vertieft. Dieser Trend ist nicht nur ungerecht, sondern hat auch potenziell
113 weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft und das gesellschaftliche Gefüge.

114 In diesem Kontext ist ein gesetzlich verankerter Anspruch auf 15 Tage Bildungsurlaub
115 eine wichtige Gegenmaßnahme. Dieser Anspruch würde jungen Menschen die Möglichkeit
116 bieten, ihre Bildung und berufliche Entwicklung unabhängig von finanziellen Engpässen
117 zu fördern. Es wäre ein wichtiger Schritt, um Bildung als Schlüssel zur
118 Chancengleichheit zu stärken und jungen Menschen eine Brücke zu schlagen, die über
119 finanzielle Hürden hinausreicht.

120 Ein solcher Anspruch auf Bildungsurlaub würde nicht nur dazu beitragen, individuelle
121 Bildungslücken zu schließen, sondern auch dazu beitragen, die Gesellschaft insgesamt
122 gerechter zu gestalten. Bildung ist der Eckpfeiler eines progressiven und inklusiven
123 Gemeinwesens, und die Einführung eines solchen Anspruchs würde einen bedeutenden
124 Schritt in Richtung einer gerechteren Zukunft bedeuten.

125 Stärkung der dualen Ausbildung

126 Die Schutzbestimmungen und Mitbestimmungsrechte, die im Berufsbildungsgesetz (BBiG)
127 für andere Auszubildende gelten, sollten auch für zukünftige Erzieher*innen gelten.
128 Diese benötigen in ihrer Ausbildung:

129 Die übliche Ausbildungsvergütung im öffentlichen Dienst, gesetzlich verankerte
130 Kostenfreiheit der Ausbildung, Schutz durch einen rechtlich bindenden
131 Ausbildungsvertrag, der Urlaubsansprüche regelt, bundesweit einheitliche
132 Rahmenlehrpläne und Ausbildungsrahmenpläne in sozialpartnerschaftlicher
133 Zusammenarbeit, Mitbestimmungsrechte im Ausbildungsbetrieb, einheitliche
134 Qualitätsstandards in der Ausbildung sowie geprüfte Kompetenz der Ausbilder*innen,
135 ein einheitliches Ausbildungssystem bundesweit, unabhängig vom Wohnort.

136 Diese Standards, die im BBiG verankert sind, sollten in allen Branchen gelten. Alle
137 schulischen Berufe sollen unter Federführung des BBiG stehen. Es ist von großer
138 Bedeutung, nicht nur Reformen innerhalb des BBiG anzugehen, sondern auch die
139 grundlegende Struktur zu überdenken. Das BBiG sollte zu einem modernen
140 Berufsqualifizierungsgesetz weiterentwickelt werden, das alle beruflichen Aus- und
141 Fortbildungen einschließt. Dabei sollten die Besonderheiten der bestehenden
142 Bildungsgänge berücksichtigt werden.

143 Wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie!

144 Als die Bundesregierung ihren ersten Entwurf für eine Ausbildungsplatzgarantie vorgelegt
145 hat, waren wir zurecht stinksauer. Es war insbesondere den Gewerkschaften zu
146 verdanken, dass die Ausbildungsplatzgarantie in den Koalitionsvertrag aufgenommen
147 wurde. Die Botschaft war klar: Jeder junge Mensch muss das Recht auf einen
148 Ausbildungsplatz haben. Auch wir Jusos haben auf Bundes- und auf Landesebene

149 gefordert – und nicht lockergelassen.

150 Ende März dieses Jahres verkündete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dann den
151 Riesenerfolg: Die Bundesregierung beschließt einen geänderten Gesetzentwurf zur
152 Ausbildungsgarantie in den Bundestag einzubringen. Aus einer nicht ausreichenden
153 "Soll-Forderung" wurde ein gesetzlicher Anspruch. Ein gesetzlicher Anspruch auf einen
154 außerbetrieblichen Ausbildungsplatz in den Regionen, wo es junge Menschen besonders
155 schwer haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden – ein Riesenerfolg!

156

157 Eines ist klar: Ohne den Druck, vor allem durch die Gewerkschaften und
158 Gewerkschaftsbündnisse hätte es diese zentrale Nachbesserung nicht gegeben!

159

Auf diese Stärke und Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften bauen wir auf, wenn es

160

um die Ausgestaltung der Ausbildungsgarantie geht. Wir müssen sicherstellen, dass

161

niemand durch das neugespannte Auffangnetz fällt.

162 Aber vor allem: Wir müssen die Lücken angehen, die das Gesetz lässt: Noch immer ist
163 offen, wie mehr betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

164 Die Lösungsansätze sind für uns Jusos klar: Verbundausbildung stärken,
165 tarifvertragliche Ausgleichsfonds anreizen und eine solidarische Umlagefinanzierung
166 der Ausbildungskosten - Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Diese gilt es jetzt im
167 Saarland umzusetzen.

168

169 **Forderungen:**

170 • Dass die Arbeitgeber(-verbände) das System der Verbundausbildung unterstützen.

171 • Dass, wo immer möglich, Verbundpartnerschaften aufgebaut werden, um
172 sicherzustellen, dass wirtschaftliche Schwankungen keinen negativen Einfluss auf
173 die Ausbildungsquoten und -qualität haben. Dies gilt insbesondere, um kleinen
174 bis mittleren Unternehmen die Möglichkeit zur Schaffung von Ausbildungsplätzen
175 zu gewähren.

176 • Eine verpflichtende unbefristete Übernahmegarantie für Auszubildende und dual
177 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung. Die Übernahmegarantie wird
178 vertraglich zwischen Arbeitgeber*in und Auszubildenden beziehungsweise Dual
179 Studierenden vereinbart.

180 • Verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für Auszubildende und Lehrende, um
181 digitale Bildung und Unterricht effektiv umzusetzen und um Lern- und
182 Lehrprozesse im Fern- und Hybridunterricht zu verbessern, um auf kommende Krisen
183 handlungsfähig reagieren zu können.

184 • Dass bundesweit ein Bildungsurlaubsgesetz mit einem Mindestanspruch von 15
185 Arbeitstagen pro Kalenderjahr bei einer 5-Tage-Woche eingeführt wird. Nicht
186 genutzter Bildungsurlaub dürfen ins nächste Jahr übernommen werden. Die abhängig

- 187 Beschäftigten sollen im Rahmen der förderfähigen Bildungsangebote selbst über
188 den Inhalt der Bildungsmaßnahme entscheiden und die Wahl des Trägers frei
189 treffen können.
- 190 • Das Berufsbildungsgesetz nicht nur zu modernisieren, sondern zu einem
191 Berufsqualifizierungsgesetz weiterzuentwickeln, das alle beruflichen Aus- und
192 Fortbildungen einbezieht. Dabei sollen die Spezifika der bestehenden
193 Bildungsgänge erhalten bleiben.
 - 194 • Hochschulzugangsvoraussetzungen müssen sich für Absolvent*innen von
195 Aufstiegsfortbildungen (beruflicher Bildung) stärker öffnen und erbrachte
196 Leistungen anerkennen(im Sinne der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher
197 Bildung; der deutsche Qualifikationsrahmen bietet eine Grundlage hierfür)
- 198 Die Umlagefinanzierung der Ausbildungsplatzgarantie.

Antrag B04: Erzieher*innenausbildung ohne Fachabitur

Antragsteller*in:	Jusos SBLand
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 3

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Analyse:

- 2 Im Saarland wird innerhalb der drei jährigen Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher
3 das Fachabitur automatisch mit absolviert. Neben Fachspezifischen Lernfeldern, die
4 für den Beruf wirklich relevanten Inhalte wie Pädagogik, Psychologie und frühe
5 Kindheit beinhalten, ist man ebenfalls zu einer schriftlichen Abschlussprüfung in
6 Fächern wie Mathematik und Fremdsprache verpflichtet, aufgrund des Fachabiturs. Das
7 Fachabitur ist natürlich relevant, wenn man anstrebt ein Studium im Anschluss an die
8 Ausbildung zu machen. Dies ist jedoch nicht das Ziel von allen angehenden
9 Erzieher*innen. Viele junge Frauen und Männer, die diese Ausbildung beginnen haben
10 bereits das Fachabitur oder das allgemeine Abitur und sind in der
11 Erzieher*innenausbildung gezwungen das Fachabitur nochmal zu machen. Das Fachabitur
12 dass sie durch die Ausbildung erhalten wird zudem nicht anerkannt, da nur das erste
13 absolvierte Abitur bzw. Fachabitur zählt und anerkannt wird. Dies ist sinnlos,
14 absolut nicht zielführend und erschwert die ohnehin anspruchsvolle und komplexe
15 Ausbildung massiv. Spricht man mit angehenden Erzieher/innen berichten diese, dass
16 sie in der Zeit der Ausbildung viele Menschen kennengelernt haben die alle
17 Charakterlichen Eigenschaften, wie Empathie, Kongruenz, Geduld und einen liebevollen
18 Umgang mit Kindern mitbringen. Jedoch scheitern sie in der Ausbildung an Linearer
19 Regression, Kurvendiskussionen und Funktionen dritten Grades. Es ist allgemein
20 bekannt, dass Kenntnisse in diesem Gebiet völlig irrelevant für die Arbeit mit
21 Kindern im Elementarbereich sind Dadurch wird die personelle Situation innerhalb von
22 Kindertageseinrichtungen auch sicherlich nicht verbessert. In den Bundesländern
23 - Rheinland- Pfalz
24 - Brandenburg

25 - Thüringen

26 - Berlin

27 - Baden- Württemberg

28 - Nordrhein- Westfalen

29 - Sachsen- Anhalt

30 ist es möglich vor Beginn der Erzieher*innenausbildung zu wählen ob man in der Zeit
31 der schulischen Ausbildung das Fachabitur mitmachen möchte oder eben nicht.

32 Entscheidet man sich dagegen, vertieft man in der Fachschule nur die bereits
33 genannten Fachspezifischen Inhalte. In Niedersachsen haben angehende Erzieher*innen
34 nach der Ausbildung sogar das Fachabitur ohne Prüfungen in Mathe oder Fremdsprachen.
35 Was in sieben Bundesländern schon möglich ist, sollte auch im Saarland möglich sein.
36 Die Ausbildung wird dadurch Attraktiver gestaltet, erleichtert es vielen geeigneten
37 angehenden Fachkräften die Ausbildung zu bestehen und der Mangel an Fachkräften kann
38 verbessert werden.

39

40 **Forderungen:**

41 Die Erzieher*innenausbildung muss ohne das dazugehörige Fachabitur möglich sein. Wenn
42 eine angehende Fachkraft bereits das allgemeine Abitur oder Fachabitur hat, sollte
43 das Fachabitur innerhalb der Erzieher/innenausbildung nicht nochmal gemacht werden
44 müssen. Das absolvieren des Fachabiturs innerhalb dieser Ausbildung sollte für alle
45 Schüler/innen der Fachschulen für Sozialpädagogik wählbar sein, wie es in anderen
46 Bundesländern schon der Fall ist.

Antrag B06: Weiterentwicklung Weiterbildungsgesetz

Antragsteller*in:	Jusos Saarpfalz
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 3

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Im Saarland wird Bildungsfreistellung für Maßnahmen der beruflichen oder politischen
3 Weiterbildung und Freistellung für den Besuch von Weiterbildungsmaßnahmen zur
4 Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit gewährt, vgl. § 1 Abs. 1 SBFG.

5 Arbeitnehmer*innen können bis zu sechs Arbeitstage im Kalenderjahr an
6 freistellungsfähigen Weiterbildungsveranstaltung teilnehmen. Allerdings beträgt der
7 Anspruch auf Freistellung nur zwei Arbeitstage: ab dem dritten Tag muss hälftig
8 arbeitsfreie Zeit eingebracht werden, also entweder

- 9 • Unbezahlter Urlaub
- 10 • Tariflich, einzelvertraglich oder betrieblich vereinbarter Urlaub, der den
11 gesetzlichen Mindesturlaub übersteigt oder,
- 12 • Arbeitsfreie Samstage oder,

- 13 • Freizeitausgleich der Beschäftigten aufgrund geleisteter Überstunden.
14 In NRW beispielsweise ist dies nicht notwendig: Dort erfolgt während des
15 Bildungsurlaubs eine Freistellung von der Arbeit durch den Arbeitgeber unter
16 Fortzahlung des Gehalts. Das bedeutet, dass Beschäftigte keinen Urlaub, Wochenenden
17 oder Feiertage einbringen müssen.

18

19 **Forderung:**

- 20 Die Saar Jusos setzen sich dafür ein, dass die bezahlte Freistellung auf alle sechs
21 Tage ausgeweitet wird, damit kein*e Arbeitnehmer*in arbeitsfreie Zeit einbringen
22 muss. Dabei soll geprüft werden, ob kleinere und mittlere Unternehmen bei der
23 Lohnfortzahlung finanziell unterstützt werden können, um einen Anreiz dafür zu
24 schaffen, Arbeitnehmer*innen weiterzubilden.

Antrag B07: Finanzielle Bildung gehört zur Grundbildung

Antragsteller*in:	Jusos Neunkirchen
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 3

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

- 2 Themen wie Steuern, Finanzierung, Altersvorsorge und Sparen finden in der schulischen
3 Ausbildung oft keinen Platz im Lehrplan, manchmal sogar nicht einmal während der
4 beruflichen Ausbildung. Warum sollte ich mich mit der Erstellung einer
5 Steuererklärung befassen? Weshalb sollte ich Geld sparen, wenn ich es doch momentan
6 ausgeben könnte? Welche finanziellen Herausforderungen könnten im Alter auf mich
7 zukommen, falls ich nicht rechtzeitig vorsorge?

- 8 Nach dem Abschluss der Schule, nach der beruflichen Ausbildung und möglicherweise
9 sogar nach dem Hochschulstudium treten viele junge Menschen in das Arbeitsleben ein,
10 ohne über grundlegendes Finanzwissen zu verfügen. Selbst wenn es auf den ersten Blick
11 nicht offensichtlich erscheint, kann mangelndes Finanzwissen bei jungen Menschen zu
12 einer Reihe ernsthafter Probleme führen:

13 Verschuldung

- 14 Ohne ausreichendes Verständnis für finanzielle Grundlagen können junge Menschen
15 leicht in Schulden geraten. Sie könnten Kredite, Darlehen oder Kreditkarten ohne
16 angemessene Planung oder Budgetierung aufnehmen, was zu einer übermäßigen
17 Verschuldung führen kann.

18 Unzureichende Sparpraxis

- 19 Mangelndes Wissen über die Bedeutung des Sparens und die verschiedenen Sparoptionen
20 können dazu führen, dass junge Menschen nicht genug für kurzfristige Bedürfnisse oder
21 langfristige Ziele wie Notfälle, Studium, Hauskauf oder Ruhestand sparen.

22 Ergänzung der Altersvorsorge

- 23 Ohne das Wissen um die Bedeutung der Altersvorsorge könnten junge Menschen im

24 späteren Leben Schwierigkeiten haben, finanziell abgesichert zu sein. Sie könnten den
25 Ruhestand ohne ausreichende Ersparnisse oder Rentenpläne antreten.

26 Mangelnde Steuerkenntnisse

27 Die Unkenntnis der Steuergesetze und -pflichten könnte zu Fehlern bei der
28 Steuererklärung führen, was wiederum zu Geldstrafen oder anderen rechtlichen
29 Konsequenzen führen kann. Laut Statistischem Bundesamt geben über 11 Millionen
30 Menschen in Deutschland keine Steuererklärung ab.

31 Fehlende finanzielle Unabhängigkeit

32 Ohne das notwendige Wissen könnten junge Menschen von anderen (meist den Eltern)
33 abhängig sein und erst spät oder sogar gar nicht den Schritt in die Unabhängigkeit
34 wagen. Es ist daher von großer Bedeutung, dass junge Menschen Zugang zu einer
35 angemessenen finanziellen Bildung haben, um diesen Problemen vorzubeugen und eine
36 solide finanzielle Grundlage für ihr zukünftiges Leben aufzubauen. Die finanzielle
37 Bildung gehört zur Grundbildung!

38

39 **Forderungen:**

40 • Integration grundlegender finanzieller Bildung in den Lehrplan von
41 weiterführenden Schulen: Es ist essentiell, dass finanzielle Bildung als fester
42 Bestandteil in den Lehrplan von weiterführenden Schulen aufgenommen wird, um
43 Schüler*innen grundlegende finanzielle Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln.

44 • Vertiefung der Finanzgrundkenntnisse in der Berufsausbildung: In der
45 Berufsausbildung sollten die Grundkenntnisse im Bereich Finanzen weiter vertieft
46 werden, um sicherzustellen, dass junge Menschen befähigt sind, ihre persönlichen
47 Finanzen im Arbeitsleben effektiv zu managen.

48

49 • Einführung eines verpflichtenden Monitorings, um zu verhindern, dass
Lobbyinteressen Einfluss nehmen können.

50 Erweiterung staatlicher Bildungsangebote in wichtigen Finanzthemen: Die Regierung
51 sollte vermehrt staatliche Bildungsangebote zu relevanten Finanzthemen zur Verfügung
52 stellen. Dies könnte Workshops, Online-Ressourcen und Informationsveranstaltungen
53 umfassen, um die Bevölkerung über Finanzangelegenheiten aufzuklären.

Antrag B08: Studentische Teilhabe bei Exkursionen sichern!

Antragsteller*in:	Jusos Saarpfalz
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 3

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Studieren ist teuer! Seit Jahren steigen die Semesterbeiträge kontinuierlich an und
3 die Mieten in den Universitätsstädten explodieren spätestens seit Beginn des
4 Ukrainekrieges und der damit verbundenen Energiekrise. Die Studierenden leiden

5 besonders unter dieser Situation. Das BAFÖG-System funktioniert nicht. Viel zu viele
6 junge Menschen fallen durch das Raster, weil ihre Eltern angeblich zu viel verdienen.
7 Viel zu viele können ein Studium nicht oder nur durch Verschuldung aufnehmen. Die
8 ständigen Geldsorgen, auch bei BAFÖG-Studierenden, machen ein unbeschwertes Lernen an
9 den Universitäten und Hochschulen fast unmöglich. Die Zeiten als Studieren noch „die
10 beste und unbeschwerteste Zeit im Leben“ war, sind für die meisten längst vorbei. Zu
11 allem Überfluss veranstalten die Fachbereiche in vielen Studiengängen Exkursionen,
12 bei denen die Studierenden die Kosten teilweise oder komplett selbst tragen müssen.
13 Bei manchen dieser Exkursionen werden sogar prüfungsrelevante Inhalte behandelt. Ein
14 Fernbleiben kann sich also sogar negativ auf den weiteren Studienverlauf auswirken.
15 Natürlich sind Exkursionen ein schöner und wichtiger Teil eines Studiums. Dennoch
16 dürfen Studieren durch diese unter keinen Umständen in finanzielle Schwierigkeiten
17 gebracht werden. Niemand sollte sich die Frage stellen müssen „Fahre ich mit oder
18 kaufe ich diesen Monat noch Essen?“ Bei Studierenden, die sich eine Exkursion nicht
19 leisten können, müssen die Kosten von einer anderen Stelle beglichen werden. Dies
20 muss ohne ein übermäßig kompliziertes und bürokratisches
21 Bedarfsfeststellungsverfahren möglich gemacht werden. Nur so können Exkursionen für
22 alle Teilnehmenden zu einer schönen und lehrreichen Abwechslung im Studium werden.

23

24 **Forderungen:**

- 25 • Keine Exkursionen an Universitäten und Hochschulen ohne die schnelle und
26 unbürokratische Möglichkeit der vollen Kostenübernahme für Studierende, die
27 darauf angewiesen sind
- 28 • Prüfungsrelevante Inhalte müssen auch in der Universität/Hochschule behandelt
29 werden, auf keinen Fall ausschließlich bei einer Exkursion
- 30 • Das BAFÖG muss nun endlich grundlegend reformiert werden, kleinere Anpassungen
31 reichen nicht aus!

Antrag B09: Einführung eines Bachelor- und Master-Systems im Lehramtsstudium

Antragsteller*in:	Jusos Merzig-Wadern
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 2

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 In allen Bundesländern außer dem Saarland und Bayern wird Lehramt bereits in Bachelor
3 und Master studiert. Hier wird das Erste Staatsexamen nach dem Studium abgelegt und
4 das Zweite Staatsexamen nach dem Referendariat. Begründung: Die jetzige Studienform
5 bringt viele unnötige Hindernisse mit sich. Sowohl Studierende als auch Dozent*innen
6 sind von dieser Form frustriert und bemängeln den größeren bürokratischen Aufwand
7 beim Lehramtsstudium. Während Studierende in anderen Bundesländern mit dem Abschluss
8 aller Module inklusive entsprechender Abschlussarbeit ihren Abschluss haben und sich

9 für das Referendariat bewerben können, müssen Studierende im Saarland nach
10 bestandener Abschlussarbeit sich beim Bildungsministerium für die Erste
11 Staatsexamensprüfung anmelden. Dies ist eine mündliche Prüfung in den beiden
12 studierten Fächern, sowohl im fachlichen als auch fachdidaktischen Bereich.
13 Anmeldefrist für diese Prüfungen ist der 28. Februar für die Prüfung im Mai oder der
14 31. August für die Prüfung im November. Die vorgezogenen Fristen können, wie in
15 manchen Fällen bereits geschehen, dazu führen, dass Studierende nicht an der
16 nächstmöglichen Prüfung teilnehmen können, da das Gutachten zu spät eingeht. So wird
17 komplett unnötig ein halbes Jahr verloren. Es kann dadurch passieren, dass
18 Studierende aufgrund von Verzögerungen der Gutachter Ende August ihr Ergebnis der
19 Abschlussarbeit erhalten, was aber zu knapp ist, um sich noch bis 31. August
20 anzumelden. In diesem Fall ist das nächstmögliche Prüfungsdatum Mai im
21 darauffolgenden Jahr. Bei erfolgreicher Anmeldung zum Ersten Staatsexamen erfahren
22 die Studierenden zudem erst wenige Wochen vor der Prüfung, wann diese stattfindet.
23 Dies ist ebenfalls ein unnötiges Ärgernis, da bei so frühzeitiger Anmeldung auch die
24 Termine frühzeitig bekanntgegeben werden könnten. Der Druck einer finalen Prüfung,
25 von der alles abhängt, ist bereits groß genug, frühzeitige Planungssicherheit wäre
26 somit angebracht. Ein weiteres wichtiges Argument für die Umstellung zum Bachelor-
27 und Master-System ist der nach 6 Semestern erlangte Bachelor-Abschluss. Mit diesem
28 können bereits jetzt Studierende aus anderen Bundesländern, bei uns speziell aus
29 Rheinland-Pfalz, befristete Lehrstellen annehmen und somit in ihrem Berufsfeld
30 Erfahrungen sammeln und Geld verdienen. Studierende aus dem Saarland haben diese
31 Möglichkeit nicht. Da viele Studierende neben dem Studium arbeiten, würde diese
32 Umstellung ihnen den Erwerb erleichtern und zusätzlich noch für einen nicht zu
33 verachtenden Erfahrungsgewinn in ihrem späteren Berufsfeld sorgen. Dies könnte auch
34 den Übergang zum Referendariat deutlich erleichtern. Die Einführung des Bachelors
35 würde zudem Druck von den Studierenden nehmen, da sie mit dem Bachelor-Abschluss eine
36 andere Richtung einschlagen könnten, wenn sie dies wollen. In der jetzigen
37 Studienform könnte während dem Studium festgestellt werden, dass der Lehrberuf doch
38 nicht das Richtige für eine*n Studierenden*n ist. In diesem Fall würde die Person
39 nach einigen Jahren Studium ohne Abschluss dastehen, während durch die Umstellung
40 zumindest ein Bachelor-Abschluss erreicht wäre. Die Umstellung der Studienform würde
41 die Attraktivität des Studiums steigern, da diese sowohl mehr Sicherheit für
42 Studierende als auch Bürokratieabbau bedeuten würde. Zudem ist die mögliche
43 Betätigung im zukünftigen Berufsfeld nach Erreichen des Bachelor- Abschlusses nicht
44 zu verachten. Das würde insgesamt die Attraktivität des Lehramtsstudiums im Saarland
45 steigern und zur Deckung des zukünftigen Lehrer*innen-Bedarfs beitragen.

46

47 **Forderungen:**

48 Die Einführung des Bachelor- und Master-Systems im Lehramtsstudium im Saarland.

Antrag B11: Schulpsychologie braucht mehr Ressourcen!

Antragsteller*in:	Jusos SB-Stadt, Juso-Arbeitskreis ASG
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 2

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Saar

2 **Analyse:**

3 Fast 20% der Kinder und Jugendlichen erkranken innerhalb eines Jahres an einer
4 psychischen Störung [1]. Über die Hälfte aller psychischen Erkrankungen entstehen
5 bereits vor dem 19. Lebensjahr [2]. Diese besonders vulnerable Phase ist geprägt von
6 Unsicherheit, Leistungsdruck, Peer Pressure, sozialen Konflikten und anderen
7 Faktoren. Gerade nach der Covid-19 Pandemie und in Anbetracht der aktuellen Krisen,
8 wie dem russischen Angriffskrieg und des Klimawandels sind die Kinder und
9 Jugendlichen besonders belastet. Eine aktuelle Studie der Universität des Saarlandes
10 macht dies für unser Bundesland deutlich. Rund 54 Prozent haben bei den Befragungen
11 klinisch auffällige Angstsymptome, 41 Prozent berichteten über klinisch auffällige
12 Depressionssymptome [3]. Diese Zahlen unterstreichen, dass flächendeckende präventive
13 Maßnahmen unabdingbar sind.

14

15 Schulpsychologie als präventive Maßnahme

16 Schulpsycholog*Innen kümmern sich neben Verhaltensauffälligkeiten und psychischen
17 Problemen, auch um Lern- und Leistungsprobleme, schulische und soziale Krisen wie
18 Mobbing und Fragen zur Schullaufbahn. Außerdem sind sie Ansprechpartner*innen für das
19 Lehrpersonal, fördern Schulentwicklungsprozesse und leisten Netzwerkarbeit in
20 multiprofessionellen Teams [4].

21 Deutschland ist jedoch Schlusslicht der OECD-Länder, in Bezug auf das Verhältnis
22 zwischen Schulpsycholog*innen und Schüler*innen [5]. Eine Schulpsychologin betreut,
23 abhängig vom Bundesland, im Schnitt 5.400 Schüler*innen, in einigen Bundesländern ist
24 die Quote sogar über 1:9.000. Zu beachten ist, dass es sich hierbei nicht um Ist-
25 sondern um Soll-Zahlen handelt, die realen Zahlen dürften noch niedriger sein. Zwar
26 liegen die Zahlen im Saarland mit 1:4.300 noch über dem bundesweiten Durchschnitt
27 [6], die WHO empfiehlt jedoch eine Quote von mindestens 1:2.500 [5]. Die
28 Kultusministerkonferenz hat sich zwar auf das Ziel von 1:5.000 geeinigt, seit diesem
29 Beschluss sind jedoch fast 50 Jahre vergangen (vgl. Beschluss der KMK aus dem Jahr
30 1974). Der internationale Standard von 1:1.000 bei der Versorgung von
31 Schulpsycholog*innen für Schülerinnen und Schüler muss dringend in allen
32 Bundesländern angestrebt werden [7].

33

34 Parallelstrukturen

35 Das befristete Modellprojekt „Mental Health Coaches“ wie es das BMFSFJ im Rahmen des
36 Bundesprogramms „Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit“ vorschlägt, wird
37 den Anforderungen einer flächendeckenden schulpsychologischen Versorgung in keiner
38 Weise gerecht. Zu einem ist dieser Ansatz ausschließlich für eine Krisenintervention
39 und nicht zur langfristigen Prävention geeignet. Außerdem deckt ein Kontingent von
40 100 Stellen bei weitem nicht den Mangel im schulpsychologischen Bereich ab. Weiterhin
41 ist die Fortbildung von Sozialpädagog*Innen, die letztlich die Aufgaben von
42 Schulpsycholog*Innen übernehmen sollen, eine teure Maßnahme, die unnötige
43 Parallelstrukturen schafft [7].

44

45 **Forderungen:**

46 Finanzieller und personeller Ausbau des schulpsychologischen Dienstes im Saarland.

47

48

49 **Quellen:**

50 [1]

51 [https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)
52 [stoerung/](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)

53 [2]

54 [https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)
55 [stoerung/](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)

56 [3] <https://www.uni-saarland.de/aktuell/guckhin-studie-erste-ergebnisse-26897.html>

57 [4]

58 [https://www.saarland.de/mbk/DE/portale/bildungsserver/eltern-](https://www.saarland.de/mbk/DE/portale/bildungsserver/eltern-schueler/schulpsychologischerdienst/schulpsychologischerdienst_node.html)
59 [schueler/schulpsychologischerdienst/schulpsychologischerdienst_node.html](https://www.saarland.de/mbk/DE/portale/bildungsserver/eltern-schueler/schulpsychologischerdienst/schulpsychologischerdienst_node.html)

60 [5] <https://www.zeit.de/2023/16/psychologie-schule-lehrkraefte-schueler>

61 [6]

62 [https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/warum-gibt-es-in-deutschland-so-](https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/warum-gibt-es-in-deutschland-so-wenige-schulpsychologen-18959910.html)
63 [wenige-schulpsychologen-18959910.html](https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/warum-gibt-es-in-deutschland-so-wenige-schulpsychologen-18959910.html)

64 [7]

65 [https://www.bdp-verband.de/presse/stellungnahmen-politische-](https://www.bdp-verband.de/presse/stellungnahmen-politische-positionen/detailansicht/psychische-gesundheit-an-deutschen-schulen-position-der-sektion-schulpsychologie-im-bdp)
66 [positionen/detailansicht/psychische-gesundheit-an-deutschen-schulen-position-der-](https://www.bdp-verband.de/presse/stellungnahmen-politische-positionen/detailansicht/psychische-gesundheit-an-deutschen-schulen-position-der-sektion-schulpsychologie-im-bdp)
67 [sektion-schulpsychologie-im-bdp](https://www.bdp-verband.de/presse/stellungnahmen-politische-positionen/detailansicht/psychische-gesundheit-an-deutschen-schulen-position-der-sektion-schulpsychologie-im-bdp)

Antrag B14: Mitbestimmung stärken – Landesschulkonferenz und Schulregionkonferenzen reformieren

Antragsteller*in:	Juso-AK Bildung und Kultur
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 2

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Die Landesschulkonferenz und die Schulregionkonferenzen sind die wichtigsten
3 Mitbestimmungsorgane im saarländischen Schulwesen. Sie sind die einzigen Gremien, in
4 denen Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte vertreten sind. Ihre Aufgaben
5 bestehen darin die Schulaufsichtsbehörde, also das Ministerium für Bildung und
6 Kultur, und die Schulträger, also die Landkreise, den Regionalverband Saarbrücken
7 sowie die Städte und Gemeinden, in allen schulpolitischen Fragen zu beraten und den
8 Erfahrungsaustausch zwischen allen am Schulleben beteiligten Gruppen zu stärken.
9 Dieser Funktion können sie aber seit vielen Jahren nicht gerecht werden. Dies liegt

- 10 vor allem an der Struktur der Gremien. Als basisdemokratische Vertretung aller am
11 Schulleben Beteiligten Gruppen sind viele Wahlgänge notwendig, um ein
12 handlungsfähiges Gremium zu schaffen. Dieser Prozess soll vereinfacht werden, indem
13 Schülersprecher:innen und Elternsprecher:innen, die ohnehin bereits stark in die
14 Schulmitbestimmung involviert und aufgrund ihrer Aufgaben gut innerhalb der eigenen
15 Schule vernetzt sind, automatisch zu Wahlmännern für die Schulregionkonferenz
16 werden.
- 17 Darüber hinaus sollen überflüssige Wahlgänge und Untergliederungen abgeschafft
18 werden. Eine Schulregionkonferenz, die im Regelfall aus 19 Personen besteht, benötigt
19 keinen zusätzlichen geschäftsführenden Ausschuss. Auch ist es nicht notwendig aus
20 fünf Mitgliedern drei Wahlmänner für die Landesschulkonferenz zu wählen. Stattdessen
21 sollen sämtliche Aufgaben der Schulregionkonferenz bei all ihren gewählten
22 Mitgliedern liegen, die wiederum automatisch zu Wahlmännern für die
23 Landeschulkonferenz werden.
- 24 Die Schulregionkonferenzen und die Landesschulkonferenz sollen gestärkt werden, indem
25 Schulträger und Schulaufsichtsbehörde verpflichtet werden proaktiv über aktuelle
26 Vorhaben zu berichten und regelmäßig zu Sitzungen einzuladen.
- 27 Durch Bürokratieabbau, eine Informationspflicht für Schulträger und
28 Schulaufsichtsbehörde und einer besseren Unterstützung in organisatorischen Fragen
29 der Schulregionkonferenzen und der Landesschulkonferenz, soll das
30 Schulmitbestimmungswesen an einer entscheidenden Schnittstelle maßgeblich gestärkt
31 werden.
- 32
- 33 **Forderungen:**
- 34 1. Die Schulaufsichtsbehörde mindestens einmal im Quartal eine Sitzung der
35 Landesschulkonferenz und je eine Sitzung jeder Schulregionkonferenz einberuft.
 - 36 2. Der geschäftsführende Ausschuss der Schulregionkonferenzen abgeschafft wird und
37 seine Aufgaben auf die Schulregionkonferenz übergehen.
 - 38 3. Die Wahlmänner für die Landesschulkonferenz sich aus den Vertreterinnen und
39 Vertreter der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte in den
40 Schulregionkonferenzen zusammensetzen.
 - 41 4. Die Wahlen der Mitglieder der Schulregionkonferenzen gültig sind, sofern
42 mindestens zwei der Wahlmänner oder ein 1/3 der Wahlmänner anwesend sind.
 - 43 5. Die Schulaufsichtsbehörde und die Schulträger verpflichtet werden regelmäßig
44 über aktuelle schulpolitische und bauliche Vorhaben und Entwicklungen gegenüber
45 der Landesschulkonferenz und den Schulregionkonferenzen zu berichten.
- 46 Die Wahlmänner der Schulregionkonferenzen sich für die Gruppen der Schülerinnen und
47 Schüler sowie Eltern aus den Schülersprecher:innen und Elternsprecher:innen der
48 jeweiligen Schulen zusammensetzen.

Antrag B15: Breite der Gesellschaft in Landesschulkonferenz beteiligen!

Antragsteller*in:

Juso-AK Bildung und Kultur

Sachgebiet: B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Die Landesschulkonferenz ist das oberste Mitbestimmungsgremium im Saarland. In ihr
3 sind sowohl Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte als auch weitere indirekt am
4 Schulleben beteiligte Gruppen wie die Arbeitskammer, die Industrie- und Handels- sowie
5 Handwerkskammer und die Kirchen vertreten. Damit Schulmitbestimmung gelingen kann,
6 müssen alle am Schulleben beteiligten Gruppen ein Mitspracherecht haben.

7 Diesem Anspruch wird die Landesschulkonferenz in vielen Punkten bereits gerecht.
8 Zurzeit findet aber eine Ungleichbehandlung in verschiedenen Bereichen statt. So sind
9 beispielsweise Jüd:innen und Muslim:innen nicht vertreten, obwohl auch für diese
10 Religionsgemeinschaften im Saarland ein Religionsunterricht eingerichtet ist. Darüber
11 hinaus sind mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer
12 Vertreter:innen der Ausbildungsberufe in das Schulmitbestimmungswesen eingebunden.
13 Gleichwohl haben die saarländischen Hochschulen, die die akademischen Berufe
14 vertretenden, kein Mitspracherecht. Hierdurch wird die Bedeutung der
15 Landesschulkonferenz erheblich geschwächt, weil sie nur für einen Teil der
16 Schullandschaft sprechen kann.

17 Wir möchten diese Ungleichbehandlung beenden und dafür sorgen, dass die Breite der
18 Gesellschaft in der Landesschulkonferenz vertreten ist.

19

20 **Forderungen:**

- 21 1. Wir wollen keine religiösen Vertreter*innen in der Landesschulkonferenz
22 2. Zwei Vertreter:innen der saarländischen Hochschulen, die von diesen entsandt
23 werden, der Landesschulkonferenz angehören

Antrag B16: #FairesPJ: Ein Jahr, sie zu knechten

Antragsteller*in:	Juso-Arbeitskreis ASG
Sachgebiet:	B - Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung
Antragsblock:	Antragsberatung Block 2

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Zur Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos**

2 **Analyse:**

3 Die ärztliche Ausbildung besteht aus drei Teilen: dem vorklinischen Studienabschnitt
4 (1-4. Semester), dem klinischen Studienabschnitt (5-10. Semester) und dem
5 abschließenden Praktischen Jahr. Nach jedem Abschnitt steht den Absolvent*innen der
6 einzelnen Abschnitte ein Staatsexamen bevor. Nach der Vorklinik besteht das erste
7 Staatsexamen aus einem schriftlichen und mündlichen Teil, nach dem klinischen
8 Abschnitt schreibt man eine schriftliche Prüfung und nach dem Praktischen Jahr
9 absolviert man eine finale mündliche Prüfung, das sogenannte 3. Staatsexamen, nach

10 diesem man die Approbation beantragen darf und als Ärzt*in arbeiten darf. Der Fokus
11 im vorklinischen Abschnitt liegt auf dem Erlernen von medizinisch-
12 naturwissenschaftliche Grundlagen wie bspw. Anatomie, Physiologie und Biochemie. Im
13 klinischen Abschnitt baut man auf diese Grundlagen auf und erlernt die Grundzüge der
14 klinischen Fächer, wie man sie aus dem Krankenhaus kennt, beispielsweise Kardiologie,
15 Kindermedizin oder Gynäkologie. Das Praktische Jahr (PJ) soll die Studierenden in
16 ihrem letzten Jahr des Studiums nach einer sehr theorielastigen Zeit endlich zu den
17 Fertigkeiten eines praktizierenden Arztes/einer praktizierenden Ärztin hinführen. Das
18 PJ gilt als Abrundung der bisherigen Studienzeit, es soll den späteren Berufseinstieg
19 erleichtern, man könnte es auch ganz lapidar formulieren: im PJ wird endlich mal
20 etwas richtig gut gelernt, endlich hands on an die Patient*innen.. Das Praktische
21 Jahr ist im Rahmen der ärztlichen Ausbildung als „Highlight“ anzusehen, da man nun
22 täglich mit Patient*innen in Kontakt tritt, diese mitbehandelt und -betreut, wie auch
23 die praktischen Fertigkeiten vertieft. Dementsprechend kommt dem praktischen Jahr des
24 Medizinstudiums eine enorme Bedeutung zu. Leider sieht die Praxis nicht ganz so rosig
25 aus. Deshalb hat die bvmd, die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in
26 Deutschland, einen Notstand ausgerufen und eine Petition mit knapp 102.000
27 Unterschriften (Stand 28.08.2023) gestartet. Ihre Petition beginnen sie mit „Stellen
28 Sie sich vor, Sie kommen in die Notaufnahme und werden von kranken, überarbeiteten
29 oder übermüdeten Studierenden mitbehandelt. Aktuell ist das nicht unwahrscheinlich.“
30 Was ist denn das zugrunde liegende Problem? Da gibt es nicht nur eins, sondern so
31 einige:

32 1. Die Bezahlung

33 PJ-Studierenden sind vollzeit mit 40 Wochenstunden im Krankenhaus tätig. Für die
34 Aufwandsentschädigung ist in der Approbationsordnung lediglich eine obere Grenze in
35 Höhe des Bafög-Höchstsatzes festgelegt, jedoch keine Mindest-Aufwandsentschädigung.
36 Die Höhe der Aufwandsentschädigung wird folglich von den jeweiligen
37 Universitätskliniken und akademischen Lehrkrankenhäusern festgelegt. Leider erhalten
38 Studierende oft kaum bis gar keine Vergütung für ihre Arbeit, was sie in finanzielle
39 Notlagen bringt. Viele müssen sich während des PJs auf familiäre Finanzhilfen
40 verlassen. So werden unter anderem Studierende ohne einkommensstarken Hintergrund
41 benachteiligt. Studierende, die sich bisher mit einer Nebenbeschäftigung im Studium
42 finanziert haben, können dies nicht mehr aufgrund des Vollzeitcharakters des PJs.
43 Fakt ist, dass bei einer durchschnittlichen Aufwandsentschädigung von 2,33 Euro pro
44 Stunde sich viele noch nicht einmal ihre Miete im PJ leisten können. Eine
45 Mindestvergütung in Höhe des BaFöG-Mindestsatzes würde solche prekäre Verhältnisse
46 einigermaßen vermeiden.

47 2. Mangelhafte Betreuung

48 PJ-Studierende werden oftmals einfach nur als billige Arbeitskräfte auf Station
49 angesehen, die Routineaufgaben machen wie bspw. Blutabnahmen. Blutabnahmen gehören
50 zum ärztlichen Tätigkeitsfeld, wenn man aber den Großteil des Tages Blutabnahmen
51 erledigen soll, bleibt keine Zeit um an Visiten teilzunehmen oder eigene
52 Patient*innen zu betreuen. Im letzten Jahr soll man auf die praktische Tätigkeit
53 vorbereitet werden und nicht nur die Hilfsarbeiten machen. Gute Lehre und Betreuung
54 sollten selbstverständlich sein, sind es aber leider ganz und gar nicht. Deshalb
55 müssen die bereits erstellten Lehrstandards nach dem Entwurf der Approbationsordnung

56 2025, am besten schon davor, schnellstmöglich umgesetzt werden.

57 3. Die Sache mit den Fehltagen

58 Während des Praktischen Jahrs hat man 30 Fehltag. Dazu zählen Kranktage, Kinder-
59 Krank-Tage, Urlaubstage, Lerntage, einfach alles. Dass das Mist ist, sollte
60 einleuchten: PJ-Studierende können es sich nicht leisten, krank zu sein, kommen
61 dementsprechend krank zur Klinik und tun sich selber und vor allem den Patient*innen
62 und Kolleg*innen keinen Gefallen. Hier werden unnötige Infektionsrisiken geschaffen.
63 Man meint, nach 3 Jahren Corona-Pandemie etwas gelernt zu haben. Eine Trennung von
64 Krankheits- und Fehltagen sollte selbstverständlich sein. Es sollte
65 selbstverständlich sein, sich krankschreiben zu lassen ohne, dass diese Tage unter
66 die 30-Fehltag-Regelung fallen. Während der Pandemiezeit wurde eine solche Regelung
67 für Corona-Infektionen mit verbundener Quarantänezeit geschaffen, diese sollte
68 weiterhin bestand haben und nicht nur auf Corona beschränkt sein.

69 4. Die Sache mit dem dritten Staatsexamen

70 Zahlreiche Studierende müssen sich während der Endphase ihres PJs intensiv auf die
71 bevorstehende mündliche Prüfung des 3. Staatsexamens vorbereiten, viele holen sich
72 dafür noch die restlichen Fehltag des Jahres. Hat man sehr viel Pech, hat man eine
73 Woche nach dem Ende des PJs direkt das Staatsexamen. Die bvmd fordert hier einen
74 Mindestabstand von 4 Wochen zwischen PJ-Ende und Staatsexamen, den wir unterstützen.
75 Deshalb übernehmen wir die Forderungen der bvmd in Bezug auf das Praktische Jahr im
76 Medizinstudium und fordern: - eine Mindestaufwandsentschädigung i.H. des BaFöG-
77 Höchstsatzes - eine Einführung und Umsetzung von Lehrstandards für eine
78 sichergestellte gute Lehre und Betreuung der Studierenden mit kontinuierlicher Re-
79 Evaluation unter Einbeziehung der Studierendenvertretungen - eine Trennung von
80 Krankheits- und Fehltagen - einen Mindestabstand von vier Wochen zwischen dem Ende
81 des Praktischen Jahres und dem dritten Staatsexamen.

82 Deshalb übernehmen wir die Forderungen der bvmd in Bezug auf das Praktische Jahr im
83 Medizinstudium und fordern folgendes:

84 **Forderungen:**

- 85 • eine Mindestaufwandsentschädigung i.H. des BaFöG-Höchstsatzes
- 86 • eine sichergestellte gute Lehre und Betreuung der Studierenden mit
87 kontinuierlicher Re-Evaluation unter Einbeziehung der Studierendenvertretungen
- 88 • eine Trennung von Krankheits- und Fehltagen
- 89 • einen Mindestabstand von vier Wochen zwischen dem Ende des Praktischen Jahres
90 und dem dritten Staatsexamen

91

92 **Quellen:**

93 [https://www.bvmd.de/wp-content/uploads/2022/01/2018-
94 10_Massnahmenvorschlaege_zur_Aenderung_der_Approbationsordnung_fuer_Aerztinnen_und_Ae-
95 rzte_%E2%80%93_Abschnitt_Praktische_Jahr.pdf](https://www.bvmd.de/wp-content/uploads/2022/01/2018-10_Massnahmenvorschlaege_zur_Aenderung_der_Approbationsordnung_fuer_Aerztinnen_und_Aerzte_%E2%80%93_Abschnitt_Praktische_Jahr.pdf)<https://www.bvmd.de/fairespj/>

96 [https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildung-statt-ausbeutung-endlich-ein-
97 fairespj-im-medizinstudium](https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildung-statt-ausbeutung-endlich-ein-fairespj-im-medizinstudium)

Antrag C01: Klimakrise wirkungsvoll bekämpfen: Wir brauchen ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	C - Energie, Umwelt, Verkehr
Antragsblock:	Antragsberatung Block 4

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Die Klimakrise ist die größte globale Herausforderung unserer Zeit, die alle Bereiche
3 der Gesellschaft und des Lebens betrifft. Effektive Maßnahmen sind dringend
4 erforderlich, um die negativen Auswirkungen zu begrenzen und eine lebenswerte Zukunft
5 für kommende Generationen zu sichern.

6 Die Anstiege von Treibhausgasemissionen haben zu einer weltweiten Erwärmung geführt,
7 die bereits gegenwärtig spürbare Folgen nach sich zieht. Hierzu zählen vermehrte
8 Hitzewellen, Dürren, heftige Starkregenereignisse, Extremwetterereignisse und
9 zunehmend intensive Naturkatastrophen wie Hurrikane und Waldbrände.

10 Zusätzlich potenziert die Klimakrise den Schwund der Biodiversität. Aktuell erleben
11 wir ein nie dagewesenes Artensterben. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind durch
12 veränderte klimatische Bedingungen, Verlust von Lebensraum und anderen Einflüssen
13 bedroht, wodurch ökologische Gleichgewichte gestört und Arten ausgelöscht werden.

14 Die gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise sind auch bereits jetzt für den
15 Menschen unmittelbar spürbar. Hitzestress, Luftverschmutzung, die Verbreitung von
16 Krankheitserregern sowie eine höhere Wahrscheinlichkeit von Pandemien haben erhöhte
17 Gesundheitsrisiken zur Folge, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen –
18 bereits jetzt erleben wir beispielsweise jedes Jahr einen exponentiellen Anstieg von
19 Hitzetoten.

20 Extreme Ereignisse aufgrund des Klimawandels sowie veränderte Bedingungen für die
21 Landwirtschaft beeinflussen die Nahrungsmittelproduktion und gefährden die
22 Ernährungssicherheit. Besonders gefährdet sind hierbei anfällige Regionen und
23 Bevölkerungsgruppen.

24 Ebenfalls führt die Klimakrise zu substanziellen wirtschaftlichen Schäden, sei es
25 durch Naturkatastrophen, verringerte Ernteerträge, steigende Infrastruktur- und
26 Gesundheitskosten oder die Beeinträchtigung von Wirtschaftszweigen, die von stabilen
27 klimatischen Verhältnissen abhängen.

28 Zusätzlich ergeben sich aus klimabedingten Umweltveränderungen
29 Bevölkerungsverschiebungen und Migration, die wiederum soziale Spannungen und
30 Konflikte auslösen können, insbesondere in ressourcenknappen Regionen.

31 Die Zeit, um die gravierendsten Folgen der Klimakrise zu mildern, ist begrenzt. Je
32 länger wir zögern, desto komplexer wird die Umsetzung notwendiger Veränderungen und
33 die Erreichung der Klimaziele. Wir sind die letzte Generation, die der Klimakrise
34 noch effektiv entgegenwirken kann.

35 Im Dezember 2015 wurden während der 21. Konferenz der Vertragsparteien (COP 21) der

36 UN-Klimarahmenkonvention die Pariser Klimaziele international verbindlich festgelegt.
37 Das Übereinkommen strebt an, den globalen Temperaturanstieg erheblich zu begrenzen
38 und die Auswirkungen der Klimakrise zu dämpfen.

39 Das primäre Ziel des Pariser Abkommens ist es, den Anstieg der globalen
40 Durchschnittstemperatur auf "deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen
41 Niveau" zu begrenzen und Bemühungen zu unternehmen, den Anstieg auf 1,5 Grad Celsius
42 zu beschränken. Diese Zielsetzung zielt darauf ab, die schlimmsten Auswirkungen der
43 Klimakrise zu verhindern.

44 Zusätzlich verpflichten sich die Vertragsstaaten des Abkommens dazu, nationale
45 Klimaschutzpläne (sogenannte Nationally Determined Contributions, NDCs) zu
46 formulieren und regelmäßig zu aktualisieren. Diese NDCs umfassen geplante Maßnahmen
47 zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, um zum Erreichen der globalen
48 Temperaturziele beizutragen.

49 Industrienationen haben zugesichert, finanzielle Mittel zur Unterstützung von
50 Entwicklungsländern bereitzustellen, um ihnen bei der Anpassung an die Folgen des
51 Klimawandels und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu helfen. Bis 2020 sollte
52 eine jährliche Mobilisierung von 100 Milliarden US-Dollar erreicht werden. Das
53 Abkommen betont zudem die Notwendigkeit, Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen, um die
54 Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften und Ökosystemen gegenüber den Folgen des
55 Klimawandels zu stärken.

56 Das Pariser Abkommen markiert einen historischen Schritt im globalen Kampf gegen den
57 Klimawandel, da es nahezu alle Länder der Welt erstmalig dazu verpflichtet,
58 gemeinsame Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen zu unternehmen und
59 die Erwärmung des Planeten zu begrenzen. Die Umsetzung der Pariser Klimaziele
60 erfordert jedoch weiterhin koordinierte Bemühungen auf nationaler und internationaler
61 Ebene.

62 Auch das Saarland muss seinen Beitrag zu den Klimaschutzzielen des Bundes leisten.
63 Durch das erste saarländische Klimaschutzgesetz wurde bereits eine rechtliche
64 Grundlage für bisherige und zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise
65 geschaffen.

66 Unsere Ausgangssituation im Saarland ist besonders: Wir wollen ein Industrieland
67 bleiben und verfügen über eine dichte Siedlungsstruktur. Unter Berücksichtigung
68 dieser speziellen Umstände legt das saarländische Klimaschutzgesetz Ziele und
69 verschiedene Instrumente zur Umsetzung fest, die spezifisch auf unser Bundesland
70 zugeschnitten sind. Das Gesetz dient unter anderem der Gesundheit, der Sicherung der
71 Versorgung, der Förderung gewerblicher und industrieller Wertschöpfung, der Erhaltung
72 von Arbeitsplätzen sowie der Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen.

73 Konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Saarland sollen in einem
74 verbindlichen Klimaschutzkonzept (KSK) festgelegt werden. Das Institut für
75 Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme gGmbH (kurz IZES gGmbH) wird bis 2024 ein
76 solches Klimaschutzkonzept für das Saarland erarbeiten.

77 Das Klimaschutzkonzept ist, anders als ein Gesetz, leicht anzupassen, sodass das
78 Konzept etwaigen Änderungen, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht einschätzbar sind,
79 Rechnung tragen kann.

80 In diesem Klimaschutzkonzept müssen ambitionierte, wirkungsvolle und konkrete
81 Maßnahmen festgeschrieben werden. Das Konzept muss erkennen lassen, dass angesichts
82 der drängenden Notwendigkeit, die Klimakrise anzugehen, keine weitere Verzögerung
83 mehr hingenommen werden darf. Es muss der Aufgabe gerecht werden, sofort zu handeln
84 und Maßnahmen zu ergreifen, die den Klima- und Umweltwandel sowohl sozial gerecht als
85 auch ökologisch nachhaltig bekämpfen.

86

87 **Forderungen:**

- 88 • Ein umfassendes Konzept, das die Erreichung von Klimaneutralität bis 2035
89 anstrebt und klare, verbindliche Ziele sowie Meilensteine festlegt. Dieses
90 Konzept sollte konkrete Maßnahmen beinhalten, um sicherzustellen, dass das
91 Saarland seinen gerechten Anteil zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze gemäß des
92 Pariser Klimaabkommens leistet.
- 93 • Einen breiten Beteiligungsprozess der Hauptakteur*innen und der Bevölkerung.
- 94 • Verpflichtende regelmäßige Weiterbildungen für Lehrkräfte im Bereich Bildung für
95 Nachhaltige Entwicklung (BNE), um das Bewusstsein für nachhaltige Praktiken zu
96 fördern.
- 97 • Eine effektivere Integration der Problematik der durch den Menschen verursachten
98 Klimakrise in alle schulischen Lehrpläne und Vorgaben.
- 99 • Die Durchführung einer landesweiten Öffentlichkeitskampagne zur Förderung von
100 Klimagerechtigkeit, Artenvielfalt, Naturschutz und Umweltschutz, um das
101 Wohlbefinden und Überleben der Menschheit zu sichern.
- 102 • Die konsequente Erweiterung der Infrastruktur für Fahrrad- und Fußverkehr und
103 gleichzeitig die Verringerung der Privilegien des motorisierten
104 Individualverkehrs.
- 105 • Die Erstellung eines Registers für Leerstände sowie die Entwicklung einer
106 landesweiten Strategie zur Reduzierung von Leerständen.
- 107 • Der eigenproduzierte Anteil erneuerbarer Energien soll im Saarland bis 2035
108 höchstmöglich steigen. Der verbrauchte Strom soll bis 2023 auf 100 % erhöht
109 werden.
- 110 • Der Anteil an erneuerbarer Energie des im Saarland produzierten Strom soll bis
111 2035 auf 100% erhöht werden.
112 Der Anteil der erneuerbaren Energien am verbrauchten Strom im Saarland soll bis
113 2035 höchstmöglich erhöht werden.
- 114 • Die Einrichtung einer permanenten Kommission, die den sozial-ökologischen
115 Strukturwandel begleitet und Umweltverbände, -organisationen und
116 Klimaschutzgruppen, Gewerkschaften und die Industrie einbezieht.
- 117 • Eine verstärkte Unterstützung von sozial und ökologisch nachhaltiger
118 Landwirtschaft durch intensive Beratungs- und Förderungsmaßnahmen.
- 119 • Die Entwicklung und Umsetzung von Katastrophenschutzplänen auf Landes- und
120 Kommunalebene für Hochwasser und Hitze sowie die Erstellung einer Risikokarte
121 für Starkregen und Hochwasser.
- 122 • Flächenentsiegelungen, die verpflichtende Berücksichtigung von nachhaltigem

- 123 Bauen mit einem Fokus auf Sanierung statt Neubau (graue Energie), eine
124 Verpflichtung für das Schaffen von klimaresilienten Städten (Hitzeinseln
125 entsiegeln) sowie die Vereinfachung von baurechtlichen Genehmigungsverfahren
126 (Bürokratieabbau).
- 127 Darüber hinaus fordern wir:
- 128 • Die Erhaltung und der Schutz von Grünflächen, Gewässern, Mooren und Waldgebieten
129 als natürliches CO₂-Senken im Landesentwicklungsplan.
 - 130 • Die Einführung eines Mobilitätsgesetzes im Saarland mit klaren Zielen für eine
131 deutliche Verschiebung der Verkehrsmittelwahl (Modal Split), insbesondere eine
132 Halbierung des motorisierten Individualverkehrs.
 - 133 • Den Ausbau des ÖPNV, den Erhalt des Junge-Leute-Tickets, die Reaktivierung von
134 Bahnstrecken, Tempo 30 in Innenstädten, sowie die Fokussierung auf
135 grenzüberschreitenden Verkehr.
 - 136 • Den Abbau übermäßig hoher Barrieren für den Ausbau erneuerbarer Energien, unter
137 Berücksichtigung von Tieren, Natur und Umwelt.
 - 138 • Einen Co₂-Schattenpreis, bei dem ein Co₂ Preis pro Tonne den Verursachern
139 angelastet wird.
- 140 Die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Klimaschutz & Klimaanpassung“ in Art
141 91a des Grundgesetzes. Über die in Art 91a GG geregelte Kofinanzierung des Bundes
142 sollen landesrechtliche Regelungen zu verpflichtenden Klimaschutz und
143 Klimaanpassungsmaßnahmen in Kommunen mitfinanziert werden. Diese Regelungen sind im
144 Anschluss eine Änderung des Art. 91a GG zu treffen.

Antrag CO₂: Deutschlandticket – Warum ist einfach so kompliziert?

Antragsteller*in:	Juso-AK Umwelt
Sachgebiet:	C - Energie, Umwelt, Verkehr
Antragsblock:	Antragsberatung Block 4

Die Jusos Saar mögen beschließen:

- 1 Der folgende Antrag bezieht sich nicht auf die preislichen Konditionen des
2 Deutschlandtickets, sondern ausschließlich auf die Art und Weise, wie es zu erwerben
3 ist.
- 4 **Analyse:**
- 5 Auch diesen Sommer ist uns in etlichen Tagesschau-Sendungen am Abend wieder vor Augen
6 geführt worden, wie sich der Klimawandel konkret auswirkt: Rhodos, Teneriffa, Türkei
7 oder auch Slowenien sind hier nur einige Beispiele, ganz zu schweigen von den
8 Umweltkatastrophen im globalen Süden. Auch ein Blick in die Statistiken des Deutschen
9 Wetterdienstes zeigen, dass wir von 1881 bis 2021 schon einen durchschnittlichen
10 Temperaturanstieg von 1,6°C in Deutschland beobachten können. Neben der
11 Energieerzeugung und der Industrie ist der Verkehrssektor für gut ein Fünftel der
12 Treibhausgasemissionen in Deutschland 2020 verantwortlich gewesen, wie das
13 Statistische Bundesamt zeigt. Eine genauere Betrachtung der Aufschlüsselungen zeigt,
14 dass diese Emissionen maßgeblich (zu mehr als 75%) auf den Straßen durch Autos

15 ausgestoßen wurden. Kurz gesagt: Der Verkehr auf Deutschlands Straßen ist für einen
16 nicht vernachlässigbaren Teil unserer Co2-Emissionen verantwortlich.

17 Außerdem bildet sich schon seit einigen Jahren eine weitere Entwicklung ab: Mobilität
18 wird immer teuer. Aktuell bezahlt man für ein einmaliges Ticket von Saarbrücken nach
19 Otzenhausen 8 Euro, mit dem Auto hingegen 6 Euro. Wenn ich also aus Saarbrücken komme
20 und 2 Tage hintereinander zur Landeskonferenz der Jusos Saar nach Otzenhausen fahren
21 möchte bezahle ich ganze 32 bzw. 24 Euro. Für ein Wochenende. Dies ist nur ein
22 Beispiel dafür, dass Mobilität längst nicht niedrigschwellig ist, sondern viele
23 preisliche Hürden insbesondere für junge Menschen mit sich bringt.

24 Umso wichtiger war es, dass die von der SPD angeführte Ampelkoalition ab Mai 2023 das
25 Deutschlandticket als Nachfolger des 9-Euro-Tickets und sinnvolle Verknüpfung von
26 sozialer und nachhaltiger Mobilität an den Start brachte und die saarländische SPD-
27 Alleinregierung mit dem „Junge Leute Ticket“ für 30,40€ sogar noch einen draufsetzte.
28 Erstmals gab es ein einigermaßen bezahlbares, 1 Monat gültiges und deutschlandweit
29 einsetzbares ÖPNV-Ticket.

30 Jedoch gibt es bei diesem Ticket neben dem Preis einen weiteren entscheidenden
31 Unterschied zum 9-Euro-Ticket. Das Deutschlandticket ist ausschließlich als Abo-
32 Modell erwerbbar, was einige große Nachteile mit sich zieht:

33 Man kann das Deutschlandticket nicht am Fahrkartenautomaten kaufen

34 Dadurch, dass man Abo-Tickets nur online oder in einer Geschäftsstelle der regionalen
35 Verkehrsbetriebe kaufen kann werden Barrieren, insbesondere für Ältere und
36 Minderjährige aufgebaut.

37 Terminfristen

38 Wer das Deutschlandticket ab einem bestimmten Monat bestellen möchte, muss dies
39 spätestens bis zum 15. des vorherigen Monats getan haben. Kündigungen zum Monatsende
40 müssen spätestens bis zum 10. des laufenden Monats eingereicht werden. Diese Fristen,
41 insbesondere erstere steht dem spontanen Charakter entgegen, welcher das 9-Euro-
42 Ticket so attraktiv gemacht hat. Reisen mit dem Deutschlandticket müssen frühzeitig
43 geplant werden, was oft nicht zur Lebensrealität, insbesondere von jungen Menschen
44 passt.

45 Bezahlung

46 Durch den Abonnement-Charakter des Deutschlandtickets muss in der Regel eine Schufa-
47 Prüfung vorgenommen werden. Bei negativen Schufa-Auskünften kann das
48 Deutschlandticket einigen Menschen vorenthalten bleiben. Außerdem ist das Ticket
49 nicht Bar Bezahlbar, sondern nur mit Online-Bezahlmethoden oder per
50 Lastschrift einzug. Dadurch werden besonders die ärmsten unserer Gesellschaft
51 ausgeschlossen. Des Weiteren erfordert die Bezahlung eines Abo-Tickets die
52 Geschäftsfähigkeit, welche bei Minderjährigen nur eingeschränkt gegeben ist. Dadurch
53 werden Unterschriften von Eltern nötig, was den gesamten Prozess deutlich
54 verkompliziert.

55 Aufgrund dieser Barrieren ist das Deutschlandticket nicht so niedrigschwellig wie es
56 sein könnte. Außerdem sind die genannten Punkte Faktoren, welche die Attraktivität
57 des Deutschlandtickets insbesondere für die weniger lauten Gruppen unserer
58 Gesellschaft wie Kinder, ärmere Menschen und Ältere deutlich verringert.

59

60 **Forderungen:**

61 Das Deutschlandticket soll sobald wie möglich neben dem Abo-Modell um eine weitere
62 Variante erweitert werden. Diese soll ebenfalls 49 Euro (30,40 Euro für Junge Leute
63 und 26,83 für Studierende im Aufstockermodell) kosten und unter folgenden Bedingungen
64 erworben werden können:

65 Gültigkeitszeitraum

66 Das Ticket gilt jeweils vom 1. Tag eines Monats bis zum letzten tag dieses Monats.
67 Das Ticket kann sowohl für den aktuell laufenden Monat, wie auch für einen der
68 kommenden 3 Monate im Voraus erworben werden.

69 Verkaufsstellen

70 Das Ticket soll an jedem Fahrkartenautomaten und online gekauft werden können.

71 Bezahlung

72 Das Ticket soll an den Automaten Bar oder mit Karte bezahlt werden können.

73 Von dieser Erweiterung versprechen wir uns mehr Flexibilität und eine
74 niedrighschwelligere Erreichbarkeit von Mobilität für alle. Unabhängig davon setzten
75 wir Jusos Saar uns weiterhin für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein.

76

Antrag C03: Koordinierungsstellen Nachhaltigkeit an Schulen

Antragsteller*in:	Juso-AK Umwelt
Sachgebiet:	C - Energie, Umwelt, Verkehr
Antragsblock:	Antragsberatung Block 4

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Das Ahrtal wurde überschwemmt, Unwetter wüten in Slowenien, Griechenland und Kroatien
3 leiden unter verheerenden Waldbränden,....

4 Die Folgen des menschengemachten Klimawandels sind bereits jetzt allgegenwertig. Vor
5 allem die junge Generation, wird in Zukunft keine andere Wahl haben, als sich
6 umfassend mit der Klimakrise zu beschäftigen. Deswegen muss Bildung für nachhaltige
7 Entwicklung eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Aufgabe von Schule sein.

8 Aktuell gibt es sehr große Unterschiede zwischen den Schulen und das Engagement im
9 Bereich BNE ist extrem Lehrkräfteabhängig. Wir können es uns als Gesellschaft nicht
10 leisten, dass viele Schüler*innen in ihrer Schulzeit kaum oder zu wenig mit dem Thema
11 Nachhaltigkeit in Berührung kommen. Deswegen müssen wir abgesehen von der
12 Lehrkräftefortbildung, im Sinne der multiprofessionellen Teams, auch Expert*innen mit
13 einbeziehen.

14 Es gibt zwar auch im Saarland bereits einige Akteur*innen der Bildungsarbeit, die
15 spezielle Workshops, Vorträge und Seminare für Schulen anbieten. Zurzeit fehlt jedoch
16 häufig die Vernetzung zu den Schulen oder die finanziellen Mittel der Schule reichen

17 nicht aus, um die Honorare zu begleichen.

18 Eine angespannte Personalsituation, fehlende Expertise von Lehrkräften und
19 Schulleitung und/ oder fehlende finanzielle Mittel führen an einigen Schulen auch zu
20 mangelndem Engagement die täglichen Abläufe hin zu einer nachhaltigen Struktur zu
21 optimieren (z.B. Mülltrennung, nachhaltige Mensa, recyceltes Druckerpapier,...). Für
22 uns ist klar, dass es nicht ausreicht im Unterricht über Nachhaltigkeit zu sprechen,
23 wenn sie in der Schule nicht gelebt wird. Es ist widersprüchlich sich Beispielsweise
24 mit dem Müllproblem zu beschäftigen, aber an der Schule selbst keinen Müll zu
25 trennen.

26

27 **Forderungen:**

28 Deswegen fordern wir eine Koordinierungsstelle BNE in jedem Landkreis und dem
29 Regionalverband mit folgenden Aufgaben:

- 30 1. Vernetzung der Schulen mit Akteur*innen der nachhaltigen Bildungsarbeit.
- 31 2. Erarbeitung von individuellen Konzepten, gemeinsam mit der Schulgemeinschaft,
32 zur nachhaltigen Optimierung der täglichen Prozesse und der Infrastruktur an den
33 Schulen. Es sollen bestimmte Kriterien erarbeitet werden, welche die Schulen
34 verpflichtend erfüllen müssen (z.B Mülltrennung, Energiesparlampen,...).
- 35 3. Planung, Durchführung und Unterstützung von BNE Projekten an Schulen.
- 36 4. Mitwirkung in der Lehrkräfte Aus- und Fortbildung.
- 37 5. Begleitung von Schulen, die die Zertifizierung als „ Schule der Nachhaltigkeit“
38 oder „Fair Trade Schule“ anstreben.

39 Über die Koordinierungsstellen hinaus müssen die finanziellen Mittel für Projekte,
40 Workshops und sonstige Mehrkosten, die durch einen nachhaltigeren Schulalltag
41 entstehen können, sichergestellt werden.

42 Anmerkung: Der Begriff Nachhaltigkeit wird im gesamten Antrag im Sinne der von den
43 vereinten Nationen festgelegten, „sustainable development goals“ definiert.

Antrag D03: Gleichberechtigung! Hilfsangebote gegen häusliche Gewalt stärken – auch für Männer*

Antragsteller*in:	Jusos WND
Sachgebiet:	D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Gewalt gehört in unserer Gesellschaft dazu. Leider. Immer wieder hört man von Gewalt
3 an Frauen*, an der LGBTQIA+ Community, aber auch an Männern*. Diese sind statistisch
4 gesehen, sogar oft häufiger Betroffene von grundsätzlicher Gewalt, als Frauen*.
5 Verstärkt wird dies ebenfalls durch die Hemmungen der toxischen Männlichkeit, die
6 Männer* daran hindern öffentlich dagegen vorzugehen. [1]

7 In diesem Fall sprechen wir nicht von Auseinandersetzungen in einem Fußballstadion
8 oder von Schlägereien. Auch das kommt vor, keine Frage, aber wir möchten auf ein viel
9 grundlegenderes und erschreckendes Problem abzielen.

10 Ebenso wie Gewalt ist jedem von euch auch häusliche Gewalt ein Begriff, mit dem man
11 etwas verbindet und anfangen kann. Viele denken dabei direkt an Gewalt, die Frauen*
12 in ihren Partnerschaften und vier Wänden erleben müssen. Jedoch macht gewaltbereites
13 Verhalten nicht vor Männern* halt! Im Jahr 2022 gab es in Deutschland 240.547 Opfer*
14 häuslicher Gewalt. 28,9 %, also 69.471 Personen, davon waren Männer*[2] Das sind aber
15 natürlich nur die Fälle, die sich zu einer Anzeige durchgerungen haben. Man geht, wie
16 auch bei Frauen*, von einer deutlich höheren Dunkelziffer aus.

17 Durch die Corona-Pandemie konnte man ebenfalls einen sprunghaften Anstieg der
18 Vorfälle erkennen, wobei vor allem die Anzahl der männlichen* Betroffenen stark
19 angestiegen ist. Bei Frauen* war es ein Anstieg von 21,5%, bei Männern*, auch wenn
20 dort die Betroffenenanzahl natürlich deutlich geringer ist, stiegen die Betroffenen*
21 um 42,1%. [3]

22 Viele Menschen in unserer Gesellschaft finden den Gedanken daran, dass Männer* Opfer
23 von Gewalt durch ihre Partner*innen erfahren, absurd. Der Gedanke passe nicht in die
24 Rolle, die man den Männern* in unserer Gesellschaft zuschreibt und kommt deshalb oft
25 nicht in unseren Gedankenstrukturen vor. Dadurch besteht ein massives Schamgefühl,
26 wie auch der Glaube vieler Männer*, sie seien allein mit den Vorfällen. [4]

27 Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist 365 Tage im Jahr für 24h am Tag besetzt
28 und wird seit 2013 von 80 Mitarbeiter*innen betreut. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen
29 Männer“ jedoch nur an Wochentagen, in einem Zeitraum von 20h. Und, dass auch erst
30 seit 2020. [5]

31 Bundesweit gibt es 377 Frauenschutzhäuser, in denen Frauen* die Hilfe bekommen, die
32 sie benötigen. 4 davon im Saarland!

33 Bei Männern* sieht das schon ganz anders aus. Es gibt 12 Männerschutzhäuser in ganz
34 Deutschland. Kein einziges im Saarland!

35 Das wollen wir ändern!

36

37 **Forderungen:**

- 38 • Den flächendeckenden Ausbau der Männerschutzeinrichtungen. (hier will ich
39 klarstellen, dass auch die Schutzeinrichtungen für Frauen* weiter ausgebaut
40 werden müssen, aber auch männliche Opfer* gilt es zu stärken.) 12 Schutzhäuser
41 sind einfach zu wenig!
- 42 • Werbekampagnen zur Enttabuisierung des Themas „Gewalt gegen Männer*“, damit
43 darauf aufmerksam gemacht wird!
- 44 • Den Ausbau des Hilfetelefons bzw. die Zusammenführung der Hilfetelefone!
- 45 • Die Fortbildung für medizinisches Personal, um Fälle besser zu erkennen!
- 46 • Enge Zusammenarbeit mit den Hilfestellen, um Prävention zu fördern!

47

48

49 **Quellen:**

- 50 [1] [https://bnn.de/nachrichten/deutschland-und-welt/medizinerin-maenner-haeufiger-](https://bnn.de/nachrichten/deutschland-und-welt/medizinerin-maenner-haeufiger-opfer-von-haeuslicher-gewalt)
51 [opfer-von-haeuslicher-gewalt](https://bnn.de/nachrichten/deutschland-und-welt/medizinerin-maenner-haeufiger-opfer-von-haeuslicher-gewalt)
- 52 [2]
53 [https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/230711_BLB_Haeusliche_Ge-](https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/230711_BLB_Haeusliche_Gewalt.html)
54 [walt.html](https://www.bka.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/Kurzmeldungen/230711_BLB_Haeusliche_Gewalt.html)
- 55 [3] [https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/haeusliche-gewalt-gegen-maenner-taeter-](https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/haeusliche-gewalt-gegen-maenner-taeter-frauen-steigende-fallzahlen-hilfetelefon-maennerhaeuser-pdw)
56 [frauen-steigende-fallzahlen-hilfetelefon-maennerhaeuser-pdw](https://bnn.de/karlsruhe/karlsruhe-stadt/haeusliche-gewalt-gegen-maenner-taeter-frauen-steigende-fallzahlen-hilfetelefon-maennerhaeuser-pdw)
- 57 [4]
58 [https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84590/a3184b9f324b6ccc05bdfc83ac03951e/studie-](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84590/a3184b9f324b6ccc05bdfc83ac03951e/studie-gewalt-maenner-langfassung-data.pdf)
59 [gewalt-maenner-langfassung-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/84590/a3184b9f324b6ccc05bdfc83ac03951e/studie-gewalt-maenner-langfassung-data.pdf)
- 60 [5] <https://www.hilfetelefon.de/aktuelles/auch-maenner-erleben-gewalt.html>

Antrag D05: Psychisch kranke Menschen nicht länger im Stich lassen!

Antragsteller*in:	Jusos SB-Stadt, Juso-Arbeitskreis ASG
Sachgebiet:	D - Gleichstellung, Familie, Gesundheit
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Wir erleben eine Pandemie psychischer Erkrankungen. Immer mehr Menschen sind und
3 werden psychisch krank und erhalten keine angemessene Unterstützung. Sowohl die
4 Prävention psychischer Störungen als auch die Versorgung der Erkrankten ist nicht
5 ausreichend gewährleistet.

6 Was ist die Problemlage?

7 In Deutschland leidet jeder vierte Erwachsene innerhalb eines Jahres an einer
8 psychischen Erkrankung [1]. Über die Hälfte aller psychischen Erkrankungen entstehen
9 dabei bereits vor dem 19. Lebensjahr [2], was Kinder und Jugendliche zu einer
10 besonders betroffenen Gruppe macht. Jahrzehntelange Forschung hat wirksame Methoden
11 zur Behandlung dieser Leiden hervorgebracht. Psychotherapie ist eine empirisch
12 fundierte und wirksame Kassenleistung, deren Behandlungsmethoden eine höhere
13 Effektivität aufweist als die vieler somatischer Erkrankungen [3].

14 Folgen von Nicht-Behandlung

15 Auch wenn Psychotherapie Geld kostet, ist der volkswirtschaftliche Nutzen weitaus
16 höher als die Kosten. Kosten-Nutzen-Analysen ergeben auf Basis zahlreicher Faktoren,
17 dass jeder in Psychotherapie investierte Euro einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen
18 von 2 bis 5 Euro ergibt [4]. Mit 42% sind psychische Erkrankungen die mit Abstand
19 häufigste Ursache für eine Erwerbsminderungsrente und der zweithäufigste Grund für
20 Arbeitsunfähigkeitstage. Wird jemand wegen einer psychischen Erkrankung frühberentet,
21 ist er im Schnitt 51 Jahre alt und damit jünger als Personen, die wegen einer
22 körperlichen Erkrankung frühberentet werden. Seit der Jahrtausendwende, sind die
23 Fehltagewegen psychischer Erkrankungen um 239% gestiegen, während sie bei allen

24 anderen Erkrankungsgruppen um nur 28% gestiegen sind [5]. Neben einem erhöhten Risiko
25 für Arbeitsausfall, hat eine psychische Erkrankung weitere Folgen, sowohl für die
26 einzelne Person wie auch für ihr Umfeld und für unser System. Für die Betroffenen
27 erhöht sich mit jedem Tag das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Störungen des
28 Immunsystems, Diabetes und eine Vielzahl weiterer körperlicher Erkrankungen [6]. Das
29 Risiko für Suizid ist um das 30 bis 50-fache erhöht [7]. In der Altersgruppe der 15-
30 24-Jährigen ist Suizid neben Verkehrsunfällen die häufigste Todesursache [8]. Kinder
31 psychisch kranker Eltern haben ein deutlich höheres Risiko selbst zu erkranken [9].
32 Werden die Leiden dieser Menschen nicht behandelt, betrifft das also nicht nur die
33 Erkrankten selbst, sondern es betrifft uns alle.

34 Gemeinsamer Bundesausschuss

35 Tragischerweise muss jemand der in unserem Gesundheitssystem um Hilfe bittet, aktuell
36 im Schnitt 142 Tage zwischen einem Erstgespräch und dem Beginn der eigentlichen
37 Therapie warten [10]. Dies liegt nicht an einem Mangel an Psychotherapeut*innen,
38 sondern daran, dass zu wenige Kassensitze vorhanden sind [11]. Ein Kassensitz ist die
39 Berechtigung zur Abrechnung der therapeutischen Leistung mit den gesetzlichen
40 Krankenversicherungen (GKV). Damit die eigene Psychotherapie von der Kasse bezahlt
41 wird, muss man sich also an eine*n Therapeut*in mit einem Kassensitz wenden.
42 Festgelegt wird das Kontingent der Sitze, vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA),
43 einem Gremium in dem Vertreter*innen der Kassen und der Leistungserbringer sitzen.
44 Die Anzahl an Kassensitzen wird vom G-BA durch die Bedarfsplanung bestimmt. Diese
45 Bedarfsplanung hat jedoch gravierende Mängel [12]. Sie beruht auf der Lage aus dem
46 Jahr 1999 und unterliegt damit der Annahme, es habe sich innerhalb der letzten 20
47 Jahre nichts am Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung geändert. Als "Bedarf"
48 festgesetzt wurde nämlich die Anzahl der Psychotherapeut*innen, die damals einen
49 Kassensitz bekamen. Das führt zu einer hohen Diskrepanz zwischen der vom G-BA
50 errechneten Versorgungsrate und den tatsächlichen Wartezeiten. Rechnet man nach dem
51 System der Bedarfsplanung, haben wir in Deutschland im Schnitt eine
52 psychotherapeutische Überversorgung von 131% [13]. Das lässt sich mit einer Wartezeit
53 von 142 Tagen nicht vereinen.

54 Darüber hinaus hat der Gesetzgeber keinen wirklichen Einfluss auf die Beschlüsse des
55 G-BA. Besonders bezeichnend ist die häufig verwendete Formulierung „Das
56 Zentralkomitee des deutschen Gesundheitssystems“. Obwohl 90% der Deutschen in der GKV
57 versichert sind und entsprechend laut SGB V einen Anspruch auf ausreichende und
58 bedarfsgerechte medizinische Krankenbehandlung haben, haben sie keine Kontrolle
59 darüber, welche und wie viele Leistungen die GKV's übernehmen.

60 Coronapandemie und weitere Krisen - Öl ins Feuer

61 Die Covid-19 Pandemie hat die Lage in Deutschland als multidimensionaler Stressfaktor
62 für die psychische Gesundheit deutlich verschlimmert. Das subjektive Gefühl von
63 Kontrollverlust, der Wegfall sozialer Kontakte und die Bedrohung von Bildungs- und
64 Arbeitsmöglichkeiten sind an der Bevölkerung nicht spurlos vorübergegangen. In Folge
65 der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben sich in der deutschen
66 Bevölkerung laut repräsentativer Umfragen vermehrt Ängste, Stress und Sorgen
67 verbreitet. Eine aktuelle Studie an der Universität des Saarlandes hat die
68 psychischen Auswirkungen der Krisen, wie der Pandemie, dem Ukraine-Krieg und dem
69 Klimawandel bei Kindern und Jugendlichen untersucht [14]. Rund 54 Prozent haben bei

70 Befragungen klinisch auffällige Angstsymptome, 41 Prozent berichteten über klinisch
71 auffällige Depressionssymptome.

72 Gleichzeitig hat sich die Wartezeiten-Problematik in dieser Zeit nochmals deutlich
73 verschärft. Waren es 2021 noch 38,3% der Praxen, bei denen Patient*innen
74 durchschnittlich länger als sechs Monate auf den Beginn einer Psychotherapie warten
75 mussten, so stieg die Zahl bis 2022 auf fast 50% an. Die Wartezeiten für Kinder und
76 Jugendliche sind seit Pandemiebeginn auf durchschnittlich 25 Wochen gestiegen und
77 haben sich somit nahezu verdoppelt [15]. Infolgedessen erhält aktuell nur jedes
78 zehnte (!) psychisch erkrankte Kind eine antragspflichtige Psychotherapie [16].

79 Der Einfluss der "Klasse"

80 Die finanziellen Ressourcen einer Person spielen eine große Rolle bei der Entstehung
81 und Behandlung psychischer Störungen. Zahlreiche Studien legen einen Zusammenhang
82 zwischen dem sozioökonomischen Status und der psychischen Gesundheit nahe [17]. Das
83 Stresslevel ist um ein Vielfaches erhöht, wenn man in ständiger Unsicherheit über die
84 Versorgung von sich und seiner Familie lebt. Es kostet massive kognitive Ressourcen,
85 sich andauernd über die Finanzierung des alltäglichen Lebens Gedanken machen zu
86 müssen, sodass viel weniger Zeit bleibt, sich um protektive Faktoren, wie ein
87 funktionierendes soziales Umfeld, ausreichend Entspannungsmöglichkeiten oder um Sport
88 und gesunde Ernährung zu kümmern. Entsprechend überrascht es nicht, dass Kinder und
89 Jugendliche mit niedrigem sozioökonomischem Status mit einer 2-3 mal höheren
90 Wahrscheinlichkeit psychisch krank werden [18].

91 Darüber hinaus haben psychisch erkrankte Personen mit genügend finanziellen Mitteln
92 viel eher die Möglichkeit eine selbstfinanzierte Psychotherapie zu bezahlen. Das
93 mangelhafte Versorgungsnetzwerk der GKV führt somit auch dazu, dass Kinder und
94 Jugendliche, die Hilfe brauchen, vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängig sind. Wer Hilfe
95 benötigt und für seine Psychotherapie nicht selbst bezahlen kann, der leidet enorm -
96 eine bittere Manifestation der Ungleichheit in unserer Gesellschaft.

97 Die weitreichenden Folgen für unsere Gesellschaft

98 Psychische Erkrankungen sind fast immer gekennzeichnet durch ein Gefühl der
99 Machtlosigkeit. Gerade in solchen Situationen erhöht sich das Bedürfnis nach
100 einfachen Antworten. Versäumen wir es uns den Betroffenen zuzuwenden und uns um ihr
101 Wohlergehen zu kümmern, werden andere diesen Platz einnehmen. Es kommt nicht von
102 ungefähr, dass selbsternannte SelfHelp-Gurus mit fragwürdiger politischer Agenda
103 immer mehr Menschen finden, die bereit sind, sich ihnen anzuschließen und die
104 politische Linke, Trans-Menschen, Geflüchtete und den Feminismus für ihre Lage
105 verantwortlich zu machen. Diesen Akteuren geht es leider nicht darum, den Menschen zu
106 helfen, sondern sie wollen die Frustration und die Hoffnungslosigkeit in Wut
107 umwandeln, um sie in die Richtung von Minderheiten zu lenken. Dieser Trend war noch
108 nie ein gutes Zeichen und zeigt in aller Deutlichkeit, dass ein schlechtes
109 Versorgungsnetzwerk für psychische Gesundheit, letztlich nicht nur eine Gefahr für
110 das Gesundheitssystem, sondern auch für die Demokratie an sich ist.

111

112 **Forderungen:**

- 113 • Schaffung von mehr Kassensitzen für Psychotherapeut*innen. In Deutschland gibt
114 es genügend Menschen, die sich für den Beruf des Psychotherapeuten/der

115 Psychotherapeutin entschieden haben, um den wachsenden Bedarf zu decken. Es ist
116 dringend notwendig den 20 Jahre alten Fehler zu korrigieren und die Versorgung
117 für die Versicherten zu gewährleisten. Insbesondere junge Menschen leiden stark
118 unter den Fehlern im System. Als 2020 die Corona-Pandemie begann, wurde sehr
119 häufig an die Solidarität appelliert. Es waren vor allem Kinder und Jugendliche,
120 die sich zweieinhalb Jahre lang immer wieder solidarisch gezeigt haben. Wir
121 müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität nicht unerwidert bleibt. Eine
122 vorläufige erste Maßnahme, die noch bei weitem nicht ausreichen würde, wäre eine
123 Absenkung der Verhältniszahlen für die Arztgruppe der Psychotherapeut*innen um
124 mindestens 20%. Dadurch wäre ein Psychotherapeut für weniger Einwohner*innen
125 zuständig und diese Maßnahme hätte eine Zunahme von ca. 1.600 Kassensitzen zur
126 Folge.

- 127 • Aktuell werden Kinder- Jugendpsychotherapeut*innen (KJPLer) und Erwachsenen-
128 Psychotherapeut*innen zur selben Gruppe in der Bedarfsplanung gezählt. KJPLer
129 dürfen jedoch keine Erwachsenen therapieren und umgekehrt. Da sich der Anteil an
130 KJPLern gemessen an allen Psychotherapeut*innen nicht mit dem Verhältnis der
131 Kinder und Jugendlichen gemessen an allen Patient*innen deckt, müssen die
132 Wartezeiten für Kinder und Jugendliche über eine eigene Bedarfsplanung gezielt
133 abgebaut werden.
- 134 • Transparenz über die Verfügbarkeit von Therapieplätze und Gruppenangebote in
135 Form von einem bundesweiten Register stärken
- 136 • Demokratische Legitimierung des Gemeinsamen Bundesausschusses
- 137 • Eine einheitliche Aufklärungskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche
138 Aufklärung zum Thema psychische Gesundheit

139

140 Quellen

- 141 • Jeder vierte Erwachsene leidet innerhalb eines Jahres an einer psychischen
142 Erkrankung:
143 <https://www.dgppn.de/schwerpunkte/zahlenundfakten.html#:~:text=Bundesweit%20erfüllt%20mehr%20als%20jeder,Störungen%20durch%20Alkohol-%20oder%20Medikamentengebrauch.>
- 146 • Age of Onset psychische Erkrankungen:
147 <https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/>
- 149 • Psychotherapie ist wirksam: Margraf, J., & Schneider, S. (Hrsg.). (2009).
150 Lehrbuch der Verhaltenstherapie. Springer Berlin Heidelberg.
151 <https://doi.org/10.1007/978-3-540-79541-4>
- 152 • Kosten-Nutzen-Analyse: <https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026/00333042/a000154>
- 153 • Frühberentung und AU-Tage:
154 <https://www.deutsche-depressionshilfe.de/depression-infos-und-hilfe/depression-in-verschiedenen-facetten/depression-und-arbeit>
- 156 • Erhöhtes Risiko für körperliche Erkrankungen:
157 <https://bptk.de/neuigkeiten/psychische-erkrankungen-schaedigen-das-herz> ;
158 <https://www.orthomol.com/de-de/lebenswelten/immunsystem/psychoneuroimmunologie> ;

- 159 <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10133031/>
- 160 • Erhöhtes Risiko für Suizid:
- 161 [https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen-helfen-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen-helfen-statt-absichten-foerdern.html)
- 162 [statt-absichten-foerdern.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen-helfen-statt-absichten-foerdern.html)
- 163 • Suizide bei 15-24 jährigen:
- 164 [https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste-todesursache-](https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste-todesursache-juengeren-wissen-36299342)
- 165 [juengeren-wissen-36299342](https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste-todesursache-juengeren-wissen-36299342)
- 166 • Kinder psychisch kranker Eltern:
- 167 [https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021-november-](https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021-november-2021/kinder-psychisch-kranker-eltern)
- 168 [2021/kinder-psychisch-kranker-eltern](https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021-november-2021/kinder-psychisch-kranker-eltern)
- 169 • 142 Tage Wartezeit:
- 170 [https://bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank-warten-142-tage-auf-eine-](https://bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank-warten-142-tage-auf-eine-psychotherapeutische-behandlung/)
- 171 [psychotherapeutische-behandlung/](https://bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank-warten-142-tage-auf-eine-psychotherapeutische-behandlung/)
- 172 • Wartezeiten:
- 173 <https://www1.wdr.de/nachrichten/psychotherapie-platzsuche-tipps-100.html>
- 174 • Fehlerhafte Bedarfsplanung:
- 175 <https://bptk.de/stellungnahmen/willkuerliche-berechnung-und-formaler-fehler/>
- 176 • Versorgung laut KBV: <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/17016.php>
- 177 • Aktuelle Studie der UdS zur psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen:
- 178 <https://www.uni-saarland.de/aktuell/guckhin-studie-erste-ergebnisse-26897.html>
- 179 • Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer:
- 180 https://api.bptk.de/uploads/20230713_B_Pt_K_Pressemappe_b45bb35bb0.pdf
- 181 • Versorgung Kinder und Jugendliche:
- 182 [https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-](https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-den-blick-nehmen/)
- 183 [den-blick-nehmen/](https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-den-blick-nehmen/)
- 184 • Zusammenhang mit sozioökonomischem Status:
- 185 <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6415852/>
- 186 • Höheres Risiko für Kinder und Jugendliche:
- 187 <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/23746605/>

Antrag E02: Polizeiberuf attraktiver machen – Freie Heilsfürsorge jetzt!

Antragsteller*in:	Juso-AK Inneres
Sachgebiet:	E - Inneres, Sicherheit
Antragsblock:	Antragsberatung Block 1

Die Jusos Saar mögen beschließen:

- 1 **Analyse:**
- 2 In Anbetracht der Tatsache, dass sich die BewerberInnenlage bei der saarländischen
- 3 Polizei trotz großer Bemühungen (als Beispiel kann da der Auftritt bei Social-Media
- 4 genannt werden) seit Jahren abnimmt oder stagniert und generell das Interesse an dem

5 Beruf der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten abnimmt, muss eine größere Reform bei der
6 Besoldung und den Zulagen folgen.

7 Mittlerweile sind 11 Bundesländer zur freien Heilfürsorge zurückgekehrt oder haben
8 diese nie abgeschafft. Es kann nicht sein, dass sich das Saarland als eines der
9 wenigen Bundesländer vor seiner Verantwortung gegenüber seinen
10 PolizeivollzugsbeamtInnen drückt und auf das Beihilfesystem zurückgreift. Ein/e
11 PolizistIn auf der Karcherstraße in Saarbrücken leistet die gleiche Arbeit wie ein/e
12 PolizistIn in NRW, muss aber jeden Monat von seiner/ihrer Netto-Besoldung zusätzlich
13 im Durchschnitt 250 Euro (der Betrag variiert sehr stark, angepasst an die
14 Lebenssituation der Beamtin/des Beamten) für die private Krankenversicherung zahlen.
15 Zudem ist die Besoldung für alle saarländische BeamtInnen im Bundesvergleich deutlich
16 zu niedrig angesetzt, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes dazu steht noch
17 aus. Als kleines Beispiel: Eine Polizeikommissarin/ ein Polizeikommissar am HBF in
18 Saarbrücken (Bundespolizei) verdient jeden Monat mindestens 300 Euro mehr, als
19 der/die KollegIn auf der Karcherstraße in Saarbrücken (saarländische Polizei).
20 Außerdem stehen PolizistInnen jeden Tag für die freiheitliche demokratische
21 Grundordnung ein und setzen mit dem alleinigen Gewaltmonopol unseren Rechtsstaat
22 durch. Der Dienstherr steht deshalb in der Pflicht (Stichwort Fürsorgepflicht),
23 optimal für seine PolizeivollzugsbeamtInnen zu sorgen.

24 Außerdem brauchen wir eine Erhöhung der Polizeizulage auf mindestens 180 Euro im
25 Monat. Zum Vergleich, die Polizeizulage für BundesbeamtInnen liegt mittlerweile bei
26 228 Euro im Monat und wurde kürzlich erst wieder ruhegehaltstfähig gemacht. Uns ist
27 bewusst, dass das Saarland ein Haushaltsnotlageland ist und die Spielräume in
28 finanzieller Hinsicht sehr gering sind. Allerdings befindet sich das Land Bremen in
29 einer ähnlichen prekären finanziellen Lage, geht aber ganz anders mit seinen
30 PolizeibeamtInnen um (Stichwort freie Heilfürsorge). Diese Zulage spiegelt die
31 Wertschätzung gegenüber der PolizeivollzugsbeamtInnen wider. Wenn sogar das Land
32 Berlin eine höhere Zulage zahlt als das Saarland, läuft definitiv im Saarland in
33 dieser Hinsicht etwas falsch.

34 Für uns ist klar, dass das Land nun endlich Geld in die Hand nehmen muss und eine
35 Reform bei der saarländischen Polizei anstreben sollte. Das Argument, dass die
36 Lebenshaltungskosten im Saarland deutlich niedrig sind, zählt spätestens seit der
37 hohen Inflation absolut nicht mehr. Außerdem kommen Studien zu dem Schluss, dass auf
38 längerfristiger Sicht die freie Heilfürsorge sogar Kosten einspart.

39

40 **Forderungen:**

- 41 • Die Einführung der freien Heilfürsorge für PolizeibeamtInnen im Saarland
- 42 • Eine Erhöhung der Polizeizulage auf mindestens 180€ im Monat

Antrag F01: Auch die Würde von geflüchteten Menschen ist unantastbar – Kurswechsel im Asylrecht jetzt!

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	F - Internationales

Antragsblock:

Antragsberatung Block 1

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 In Anlehnung an die Erklärung des Bundesvorstandes der AG Migration und Vielfalt in
2 der SPD:

3

4 **Analyse:**

5 Am 9. Juni 2023 traf die Konferenz der Innenminister*innen der Europäischen Union
6 während ihres Gipfeltreffens in Luxemburg eine Entscheidung, die als EU-
7 Asylkompromiss bekannt ist. Anwesend war auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser
8 als Vertreterin der deutschen Bundesregierung. Diese Vereinbarung verkörpert eine
9 deutliche Abschottungshaltung gegenüber Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu
10 verlassen. Die Absicht, verbindliche Grenzverfahren und Flüchtlingslager
11 einzurichten, um den Asylanspruch der Geflüchteten vor Ort zu prüfen, wird von vielen
12 als Zugeständnis an rechtspopulistische Strömungen innerhalb der EU betrachtet.
13 Besonders stark von diesen Maßnahmen betroffen sind diejenigen, die bereits in einer
14 verletzlichen Lage sind, darunter Familien mit Kindern, Minderjährige und
15 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie andere schutzbedürftige Gruppen. Diese
16 Vorgehensweise wird von uns auf das Schärfste abgelehnt.

17 Die Behauptung, dass im Trilog mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament
18 möglicherweise noch Verbesserungen erzielt werden können, erscheint wenig
19 überzeugend, da im EU-Parlament eine konservative Mehrheit besteht, die
20 möglicherweise nicht bereit ist, den Forderungen progressiver Parteien nachzukommen.

21 Wir teilen nicht die Einschätzung von Innenministerin Faeser und der deutschen
22 Bundesregierung, dass dieser sogenannte Asylkompromiss als historischer Erfolg
23 anzusehen sei. Stattdessen betrachten wir ihn als bedeutenden Rückschritt, bei dem
24 sozialdemokratische Werte und politische Versprechungen in den Hintergrund gerückt
25 werden. Wir appellieren an die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion, am
26 Ende der Verhandlungen mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament keinem
27 Kompromiss zuzustimmen, der nicht die Grundlagen einer humanitären Asylpolitik
28 berücksichtigt.

29 Insbesondere der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition hat einen Neuanfang in der
30 Gesellschaftspolitik und eine humanitäre Asylpolitik versprochen. Wir sehen uns
31 diesem Vertrag verpflichtet und stehen bedingungslos hinter den vereinbarten
32 migrationspolitischen Maßnahmen, die konsequent umgesetzt werden müssen:

33

- 34 • Ein Ende der rechtswidrigen Zurückweisungen und der Not an den Außengrenzen ist
35 unabdingbar.
- 36 • Es ist erforderlich, höhere Schutzstandards für Suchende nach Sicherheit sowohl
37 während des Asylverfahrens als auch bei der Eingliederung in die EU-
38 Mitgliedstaaten zu etablieren.
- 39 • Die Prüfung von Asylanträgen von Individuen, die Schutz innerhalb der EU suchen,
40 muss innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens innerhalb der EU erfolgen.

41

42

43 Wir verlangen von der Bundesregierung, umgehend von ihrem menschenverachtenden Kurs
44 im Bereich des Asylrechts Abstand zu nehmen und sich an die Verpflichtungen aus dem
45 Koalitionsvertrag zu halten.

46

47 Wir erinnern die Führungspersonen der SPD daran, dass ihre Aufgabe nicht nur darin
48 besteht, die Harmonie zwischen den Koalitionspartnern und den europäischen Partnern
49 sicherzustellen, sondern auch die Beschlüsse unserer Partei bei der Umsetzung des
50 Koalitionsvertrags zu respektieren.

51

52 Ein Asylpaket, das im Gegensatz zu humanitären Standards geschnürt wurde und
53 normalerweise eher von konservativen Kräften erwartet wird, entspricht niemals
54 unserer Vorstellung von einem menschenrechtsbasierten Asylrecht. Trotz unserer
55 Unterstützung für eine europäische Einigung dürfen wir die humanitäre
56 Grundausrichtung nicht außer Acht lassen. Das Dublin-System sollte überwunden werden,
57 ohne jedoch die Situation der Betroffenen zu verschärfen.

58

59 Im Koalitionsvertrag haben wir unsere Forderungen im Einklang mit unseren Grundwerten
60 deutlich formuliert. Von diesem Kurs abzuweichen und eine Haltung à la Seehofer zu
61 präsentieren, die von uns verurteilt und kritisiert wird, dürfen wir nicht
62 akzeptieren.

63

64

65 Die kontinuierlichen Misserfolge an den EU-Außengrenzen und die unmenschlichen
66 Zustände in den Flüchtlingslagern, die ungeahndeten und systematischen
67 Zurückweisungen, die vorübergehende Aussetzung der Aufnahme von Flüchtlingen aus
68 Afghanistan, die steigenden Abschiebungen sowie das Fehlschlagen bei der Aufnahme von
69 Erdbebenopfern aus der Türkei und Syrien – diese strategische Neuausrichtung wurde
70 ohne Konsultation der Parteigremien und der Fraktion beschlossen. Dies steht in
71 deutlichem Widerspruch zur Ernsthaftigkeit der Lage und ist keineswegs angemessen.

72

73 Experten und Arbeitsgruppen innerhalb der Partei, die über Fachkenntnisse im Bereich
74 Migration verfügen, ebenso wie die zahlreichen Organisationen, die sich für eine
75 menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzen, müssen in solche weitreichenden
76 Änderungen einbezogen werden.

77

78 Der Titel des Koalitionsvertrags lautet: "Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für
79 Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit". Das vorgelegte Asylpaket stellt jedoch
80 einen barbarischen Rückschritt dar. Die Idee, die EU-Außengrenzen zu verriegeln,
81 willkürliche Ablehnungsmechanismen zu institutionalisieren, unbegründete
82 Haftbedingungen einzuführen, Abschiebungen und Rückführungen als primäre Ziele zu
83 etablieren und damit Menschen ihrem Schicksal zu überlassen, mag für

84 rechtskonservative EU-Länder von Bedeutung sein, ist jedoch für uns demokratische
85 Länder nicht akzeptabel.

86

87 Ein derartiger europäischer Kompromiss verschärft die Bedingungen für Flüchtlinge.
88 Gemeinsam mit den zahlreichen Flüchtlingsorganisationen werden wir dies nicht dulden
89 und erwarten eine sofortige Abkehr von diesem Asylpaket. Wir setzen uns für eine
90 Regierung ein, die sich der Bewahrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
91 verschrieben hat – sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene.

92

93 Der sogenannte europäische Asylkompromiss in der Flüchtlingspolitik ist schmerzhaft,
94 da er auf der Abwehr von Flüchtlingen basiert. Dies steht im direkten Gegensatz zu
95 einem progressiven Aufbruch und bedeutet, dass wir denjenigen in der EU
96 hinterherlaufen, die Flüchtlinge ablehnen. Dies ist auch eine Verletzung all jener,
97 die sich für eine humane Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa einsetzen.
98 Während Europa zweifellos eine solidarische Verteilung benötigt, erfordert dies auch
99 humane, rechtlich einwandfreie und faire Verfahren. Deutschland sollte für diese
100 Prinzipien eintreten anstatt für eine Politik der Abschottung. Wir verurteilen den
101 Kompromiss der europäischen Innenminister:innen vom 9. Juni 2023 aufs Schärfste!

102

103 Die gegenwärtige Diskussion über Reformen betrifft auch die Frage, wie die EU mit
104 Personen umgehen sollte, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Unsere Herangehensweise
105 besteht nicht darin, haftähnliche Zustände an den Außengrenzen zu schaffen, sondern
106 vielmehr in der Förderung der Arbeitsmigration – sowohl aus eigenem Interesse als
107 auch mit dem Ziel, das Asylsystem zu entlasten. Dieses System ist für viele Menschen
108 in unseren südlichen Nachbarländern derzeit die einzige praktische Möglichkeit der
109 Migration. In Bezug auf abgelehnte Asylbewerber:innen setzen wir nach wie vor auf
110 einen konkreten Kurswechsel – das Chancenaufenthaltsrecht stellt hierbei eine
111 wichtige Maßnahme dar, die jedoch nicht als abschließende Lösung betrachtet werden
112 sollte, da es erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren in Kraft tritt. Für Personen
113 ohne Aussicht auf dauerhaften Aufenthalt setzen wir auf freiwillige Rückkehr.

114

115

116

117 **Forderungen:**

- 118 • Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-
119 Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteivorstand und die SPD-Mitglieder in der
120 S&D-Fraktion im Europäischen Parlament müssen sich für die Wahrung und Achtung
121 der Menschenrechte und Solidarität mit den Geflüchteten einsetzen.
- 122 • Die Bundesregierung sollte sich von populistischen Ansätzen und Erzählungen
123 distanzieren, die die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnen. Es ist erforderlich,
124 dass sie sich klar für die Aufnahme von geflüchteten Menschen ausspricht und
125 gemäß den sozialdemokratischen Prinzipien von "Freiheit, Gerechtigkeit und
126 Solidarität" agiert, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.
- 127 • Anstatt Transitzentren zu errichten, sollte die Betonung auf rechtsstaatlichen

- 128 Aufnahmeverfahren und einheitlichen Aufnahme Standards liegen. Hierbei sollten
129 die betroffenen EU-Länder personell und finanziell unterstützt werden.
- 130 • Die EU muss sich vom bestehenden Dublin-System und der Alleinverantwortung der
131 Grenzstaaten entfernen. Es ist notwendig, einen solidarischen
132 Verteilungsmechanismus innerhalb der EU zu etablieren.
 - 133 • Die derzeit diskutierte Asylverfahrens-Verordnung steht im Widerspruch zu einem
134 Europa der Menschlichkeit. Insbesondere lehnen wir die Bestimmungen ab, die für
135 begleitete geflüchtete Kinder weitreichende Beschränkungen des Asylrechts und
136 der Einreise vorsehen. Wir setzen uns für Ausnahmen von diesen Bestimmungen ein
137 und unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, Verhandlungen mit der
138 Europäischen Kommission und dem EU-Parlament in dieser Hinsicht zu führen.
 - 139 • De facto Inhaftierungen sind abzulehnen. Alle Einrichtungen müssen es den
140 Menschen ermöglichen, während des laufenden Asylprozesses jederzeit und an jedem
141 Punkt diese Einrichtungen ohne Verzögerung zu verlassen.
 - 142 • Die Annahme einer Nichteinreise-Fiktion ist nicht akzeptabel.
 - 143 • Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Vulnerabilität von Individuen
144 angemessen von unabhängigen Stellen überprüft wird. Die Bereitstellung
145 medizinischer und psychologischer Betreuung muss dauerhaft gewährleistet sein.
 - 146 • Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüchtete das Recht auf unabhängige
147 Verfahrensberatung haben. Hilfsorganisationen müssen jederzeit Zugang haben.
 - 148 • Nichtregierungsorganisationen sollten verpflichtend in allen Phasen des
149 Asylprozesses für Menschenrechtsüberwachung sorgen. Der Zugang und die
150 Transparenz sollten vollständig gewährleistet sein.
 - 151 • Die Bundesregierung muss sich in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern für
152 eine humane Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung einsetzen, um das Sterben
153 von Flüchtlingen im Mittelmeer zu beenden. Hierfür ist eine staatlich
154 organisierte europäische Seenotrettung notwendig, bei der Hilfsorganisationen
155 Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen bringen dürfen.
 - 156 • Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen, einschließlich
157 solcher, an denen Frontex beteiligt ist, müssen aufhören. Die Politik von
158 Frontex an den europäischen Grenzen wird im Sinne humanitärer Unterstützung
159 überarbeitet. Die Bundesregierung muss sich entschieden gegen Pushbacks
160 einsetzen.
 - 161 • Frontex sollte dem Europäischen Parlament und dem Rat rechenschaftspflichtig
162 sein und von einem ständigen parlamentarischen Kontrollgremium überwacht werden,
163 ähnlich dem Modell des parlamentarischen Kontrollgremiums von Europol. Frontex
164 sollte regelmäßig, transparent und umfassend über allgemeine Aktivitäten und
165 bedeutende Vorgänge informieren und auf Berichtsanfragen eingehen.
- 166
167
- 168 Auf nationaler Ebene setzen wir uns dafür ein:
- 169 • Die Stärkung der Kommunen durch finanzielle, strukturelle und personelle
170 Unterstützung.

- 171 • Die Integration sollte als Pflichtaufgabe etabliert werden und hierfür eine
172 rechtliche Grundlage geschaffen werden.
- 173 • Die Evakuierung von geflüchteten Menschen aus Afghanistan sollte unverzüglich
174 fortgesetzt werden, ebenso wie die Verbesserung des Bundesaufnahmeprozesses und
175 die Steigerung der Transparenz. Unabhängig davon sollten alle Aufnahmeprogramme
176 umgesetzt werden.

Antrag F03: Eine Reform der GEAS auf Augenhöhe: Schluss mit Privilegien! - Eine radikale Umgestaltung der GEAS für gleiche Rechte aller Geflüchteten und humane Bedingungen!

Antragsteller*in:	Juso-AK Inneres, Juso-AK Europa
Sachgebiet:	F - Internationales
Antragsblock:	Antragsberatung Block 1

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Anfang Juni haben sich die EU-Innenminister*innen, der Rat der EU, über eine Reform
3 des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Diese Reform sieht restriktivere
4 Maßnahmen gegenüber geflüchteten Menschen und allgemein eine Verschärfung der
5 Asylregeln vor. Diese Reform betrifft vor allem das schnellere Asylverfahren an den
6 EU-Außengrenzen, ganz besonders das EU-Mitgliedsland Griechenland. Es ist vorgesehen,
7 dass Geflüchtete aus spezifischen Herkunftsländern, deren Asylanträge meist wenig
8 Erfolgsaussichten aufweisen, in besonderen Asylzentren an der Grenze unterbracht
9 werden sollen, wobei ihre Bewegungsfreiheit begrenzt wird.

10 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beinhaltet unter anderem ein
11 restriktiveres Vorgehen gegenüber Migrant*innen ohne Bleibeperspektive und die
12 Durchführung von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, um Menschen mit geringer
13 Chance auf Aufnahme erst gar nicht in die EU zu lassen. Die geplante Unterbringung
14 von Asylzentren an der Grenze ist jedoch praktisch kaum umsetzbar, insbesondere wenn
15 zudem Menschen innerhalb von fünf Tagen Einspruch dagegen erheben können. Diese
16 Maßnahme birgt zudem die Gefahr einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit der
17 Geflüchteten. Zudem ist es wichtig zu überlegen, welche Länder eine Anerkennungsquote
18 von unter 20% haben, da die geplanten Außengrenz-Verfahren vorerst nur für
19 Migrant*innen aus solchen Ländern gelten sollen. Hierbei müssen wir ebenfalls die
20 Rückkopplung mit den Anerkennungsraten im Blick behalten, um sicherzustellen, dass
21 keine diskriminierenden Maßnahmen ergriffen werden. Es ist unabdingbar, dass die
22 Stimme der Geflüchteten bei der Ausarbeitung solcher Entscheidungen Gehör findet.
23 Denn diesen Eindruck haben wir als Jusos nicht.

24 Insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Europawahl müssen wir uns bewusst
25 machen, dass die Gestaltung des europäischen Asylsystems eine zentrale politische
26 Frage ist.

27 Migration und Integration neu denken:

28 1. Fokus auf gemeinsame Werte: Ein Schlüssel zur erfolgreichen Integration von

- 29 Migranten ist, dass wir uns auf gemeinsame Werte und Ziele konzentrieren.
30 Unabhängig von unserem Hintergrund oder unserer Kultur gibt es Dinge, die uns
31 alle verbinden, wie z.B. die Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz.
32 Wenn wir uns auf diese gemeinsamen Werte konzentrieren und sie als Grundlage für
33 unsere Gesellschaft und unsere Politik nutzen, können wir sicherstellen, dass
34 alle Bürger, einschließlich der Migranten, Teil der Gemeinschaft sind.
- 35 2. Stärkung der Bildung: Bildung ist ein wichtiger Faktor für die Integration von
36 Migrant*innen. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem
37 Hintergrund, Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung haben. Dazu gehört
38 auch, dass wir uns darauf konzentrieren, Sprachbarrieren abzubauen und
39 Sprachunterricht anzubieten. Eine gute Bildung ist der Schlüssel zur Schaffung
40 von Chancengleichheit und zur Integration in die Gesellschaft.
- 41 3. Förderung der Zusammenarbeit: Wir müssen sicherstellen, dass Migrant*innen in
42 die Gesellschaft integriert sind und dass sie die Möglichkeit haben, aktiv an
43 der Gesellschaft teilzunehmen, auch politisch. Dies kann durch die Förderung von
44 Zusammenarbeit und Zusammengehörigkeit erreicht werden, indem wir Möglichkeiten
45 schaffen, bei denen Menschen aus verschiedenen Kulturen und Hintergründen
46 zusammenkommen und miteinander arbeiten können. Dies könnte in Form von
47 kulturellen Festivals, gemeinsamen Projekten oder der Teilnahme an
48 Freiwilligenarbeit sein.
- 49 4. Unterstützung der wirtschaftlichen Integration: Migrant*innen müssen in die
50 Wirtschaft integriert werden, um erfolgreich in der Gesellschaft zu sein. Dies
51 bedeutet, dass wir sicherstellen müssen, dass Migrant*innen schneller die
52 Möglichkeit haben, Zugang zu Bildung und Ausbildung zu haben, um die
53 erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben, um in der Wirtschaft erfolgreich zu
54 sein. Wir müssen auch sicherstellen, dass Migrant*innen Zugang zu Jobs und
55 wirtschaftlichen Chancen haben, um finanzielle Stabilität zu erlangen. Bei den
56 Kammern (IHK, HWK, Arbeitskammer) sollen Stellen geschaffen werden, die sich
57 zentral mit Problemen in der Ausbildung befassen (z.B.: das Nicht-Erscheinen
58 auf der Arbeit).
- 59 5. Vermeidung von Diskriminierung: Wir müssen Diskriminierung aufgrund von
60 Ethnizität, Ethnie oder Religion aktiv bekämpfen, um sicherzustellen, dass
61 Migrant*innen in der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden. Dies kann
62 durch Gesetzgebung, politische Maßnahmen und die Förderung von Toleranz und
63 Vielfalt in der Gesellschaft erreicht werden.
- 64 6. Bessere Wohnbedingungen:
65 Migrant*innen sollten wohnlich mehr in Orte/Städte integriert werden, statt in
66 separaten Flüchtlingsunterkünften. Dies würde die Integration stärken und
67 Vorurteile gegenüber Migrant*innen abbauen. Zudem würde dadurch das Erlernen
68 einer Sprache gefördert.

69

70 Legale Migrationswege:

71 Einige der legalen Migrationswege, die für Afrikaner*innen und andere Migrant*innen
72 verfügbar sein könnten, sind:

- 73 1. Arbeitsmigration: Viele Länder haben Arbeitsmigrationsprogramme, die es

- 74 qualifizierten Arbeitskräften ermöglichen, legal in das Zielland einzureisen, um
75 dort zu arbeiten. Diese Programme können zeitlich begrenzt sein oder die
76 Möglichkeit einer dauerhaften Niederlassung bieten, je nach den Bedürfnissen des
77 Ziellandes.
- 78 2. Studium und Forschung: Viele Länder bieten Studien- und Forschungsvisa für
79 internationale Studierende und Wissenschaftler an, die legal in das Land
80 einreisen möchten, um an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen zu studieren
81 oder zu arbeiten.
- 82 3. Familienzusammenführung: In einigen Fällen können Familienangehörige von in
83 einem Land lebenden Migranten die Möglichkeit haben, legal in das Zielland
84 einzureisen, um sich mit ihren Verwandten zu vereinen.
- 85 4. Humanitäre Aufnahme: In besonderen Notfällen und humanitären Krisensituationen
86 können Länder humanitäre Visa oder Schutzstatus gewähren, um Menschen zu helfen,
87 die vor Verfolgung, Krieg oder Naturkatastrophen fliehen müssen.
- 88 5. Studentenaustauschprogramme und Stipendien: Internationale
89 Studentenaustauschprogramme und Stipendien können für Student*innen und
90 Schüler*innen aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit bieten, legal in ein
91 anderes Land zu reisen, um dort zu studieren oder Erfahrungen zu sammeln.
- 92 6. Ausbildung und Arbeit sollen grundsätzlich vor einer Abschiebung schützen.
- 93 7. Zur Verbesserung der Mitgliedsländer soll es auf EU-Ebene einen Fonds geben, in
94 dem alle Mitgliedsstaaten einbezahlen und dessen Geld nur zur Finanzierung des
95 Asyl-Systems genutzt wird.
- 96 8. Wir sprechen uns gegen die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten aus.
97 Außerdem sind wir gegen Abschiebungen in Nachbarstaaten der sichereren
98 Drittstaaten.
- 99 Es ist wichtig zu beachten, dass die Verfügbarkeit und Bedingungen dieser legalen
100 Migrationswege je nach Land und dessen Einwanderungsgesetzen variieren können. Es ist
101 ratsam, die spezifischen Einreisebestimmungen und -anforderungen des Ziellandes zu
102 überprüfen und sich gegebenenfalls rechtzeitig zu bewerben, um eine legale und
103 geordnete Migration zu ermöglichen.

104

105 **Forderungen:**

- 106 • Eine echte Reform des Dublin III-Systems, um den geflüchteten Menschen die
107 Möglichkeit zu geben, ihren Asylantrag in dem EU-Mitgliedstaat zu stellen, in
108 dem sie dies möchten. Dies würde die Freizügigkeit innerhalb der EU unterstützen
109 und den Schutzsuchenden ermöglichen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, wie
110 und wo sie ihr Asylverfahren durchführen möchten. Die Reform muss sicherstellen,
111 dass alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung für die Aufnahme von
112 Asylsuchenden übernehmen. Es muss auch Mechanismen geben, um die Lasten gerecht
113 zu verteilen und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken. Dies
114 kann beispielsweise durch eine faire Aufteilung der Asylbewerberquoten erreicht
115 werden.
- 116 • Einen einheitlichen und gerechten Verteilungsschlüssel unter den EU-
117 Mitgliedsstaaten nach Bevölkerungsanzahl, geographische Lage und BIP.

- 118 • Familien mit Kindern sollen vom Dublin-Verfahren ausgenommen werden.
- 119 • Das Einstimmigkeitsprinzip soll aufgelöst werden, stattdessen soll z.B. ein 2/3-
- 120 Mehrheitsprinzip oder eine qualifizierte Mehrheit gelten.
- 121 • Asylprozessbeschleunigung
- 122 Es ist politisch erforderlich, die GEAS-Reform als verbindlichen Rechtsakt
- 123 umzusetzen, indem sie zu einer Verordnung wird, die von allen EU-Mitgliedstaaten
- 124 umgesetzt werden muss.

Antrag F04: Initiativantrag: Solidarität mit den Armenier*innen in Bergkarabach – Für Frieden und Gerechtigkeit

Antragsteller*in:	Jusos SLS
Sachgebiet:	F - Internationales

Die Jusos Saar mögen beschließen:

- 1 Analyse:
- 2 Seit über 100 Jahren schwelt der Konflikt um das Gebiet Bergkarabach, heute bekannt
- 3 als die Republik Arzach. Die Republik Arzach, die zu 99% von Armenier*innen bewohnt
- 4 wird, kämpft seit 1994 um ihre De-facto-Unabhängigkeit, jedoch bleibt ihre Existenz
- 5 immer wieder bedroht.
- 6 Es ist von entscheidender Bedeutung, die historische Dimension dieses Konflikts zu
- 7 verstehen. Die Geschichte Bergkarabachs ist von Ungerechtigkeiten geprägt. Unter
- 8 Stalin wurde das Gebiet aus politischen Macht-Entscheidungen widerrechtlich an
- 9 Aserbaidschan übergeben, obwohl die Armenier*innen in der Region dies nicht wollten
- 10 und ihnen ihr Mitspracherecht verwehrt wurde. Die Entscheidung, Bergkarabach an
- 11 Aserbaidschan anzuschließen, führte in den folgenden Jahrzehnten zu Spannungen und
- 12 Konflikten zwischen Armenien und Aserbaidschan. Diese Spannungen gipfelten
- 13 schließlich in einem bewaffneten Konflikt und einem Krieg zwischen den beiden Ländern
- 14 um Bergkarabach in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren.
- 15 Dieser Konflikt ist hauptsächlich ein Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan,
- 16 wobei Armenien die Unabhängigkeit unterstützt, während Aserbaidschan das
- 17 Bergkarabach-Gebiet für sich beansprucht. Russland spielte hier in der Vergangenheit
- 18 immer die vermeintliche Rolle der „Schutzmacht“ Armeniens und versuchte zu
- 19 vermitteln.
- 20 Leider wurden diese Meinungsverschiedenheiten in der Vergangenheit wiederholt durch
- 21 militärische Auseinandersetzungen ausgetragen, zuletzt im September 2020 durch den
- 22 von langer Hand geplanten Angriffskrieg, in dem Aserbaidschan die Gebiete
- 23 zurückerobert hat. Dieser Krieg wurde im November durch ein Waffenstillstandsabkommen
- 24 beendet. In diesem Abkommen wurde der freie Personen- und Warenverkehr zwischen
- 25 Armenien und Bergkarabach durch eine 5m breite Verbindung nach Armenien zugesichert,
- 26 doch dieses Versprechen wurde durch die seit 2022 bestehende Blockade des "Latschin-
- 27 Korridors" gebrochen, trotz der Anwesenheit der Russischen „Peacekeeper“. Der Lachin-
- 28 Korridor stellt die einzige befahrbare Straße und sicheren Weg zwischen Arzach und
- 29 Armenien dar und spielt für die Versorgung und den Warenverkehr eine existenziell

30 bedeutende Rolle für die Bevölkerung des Gebiets. Diese Blockade erfolgte seitens
31 Aserbaidschan, was zur Folge hatte, dass sich die Lage derart verschärfte, dass sogar
32 humanitäre Hilfskonvois daran gehindert wurden, dringend benötigte, u.a. auch
33 medizinische Hilfe zu liefern. Ende August dieses Jahres wurde selbst die Pariser
34 Bürgermeisterin Anne Hidalgo mit 10 LKWs voller Hilfsgüter auf dem Weg nach Arzach
35 daran gehindert, humanitäre Hilfe zu leisten, was auf eine dramatische
36 Verschlechterung der humanitären Situation hindeutet.

37 Am 19. September 2023 startete Aserbaidschan einen erneuten unprovokierten
38 Angriffskrieg auf die Republik Arzach, der aufgrund der Stationierung der
39 militärischen Truppen um das Grenzgebiet schon länger geplant gewesen sein muss.
40 Dieses Vorgehen wurde von Aserbaidschan als lokale "Anti-Terror-Maßnahme" bezeichnet,
41 jedoch kann dies nur als militärischer Überfall betrachtet werden. Die militärischen
42 Auseinandersetzungen zwangen Arzach, sein bereits stark dezimiertes Militär
43 aufzulösen und Gesprächen über eine Integration in Aserbaidschan zuzustimmen, um
44 weitere zivile Opfer zu vermeiden. Aserbaidschan hat durch aggressives militärisches
45 Vorgehen seine Ziele verfolgt und scheint diesen nähergekommen zu sein. In den
46 Interviews Aliyevs wird ebenfalls deutlich, dass es nicht bei dem Gebiet Arzach enden
47 soll, sondern er auch Anspruch auf das Land Armenien erhebt. Ein solches Vorgehen
48 verurteilen wir als Jusos auf das Schärfste. Imperialismus und militärische
49 Eroberungen dürfen niemals erfolgreich sein, da sie das friedliche Zusammenleben der
50 Menschen überall auf der Welt gefährden, ein Ziel, das wir Jusos durch unseren
51 Internationalismus anstreben.

52 Die Anwesenheit russischer Friedenstruppen in Bergkarabach hat sich zudem als
53 problematisch erwiesen. Spätestens durch die gleichzeitigen Waffenlieferungen 2020 an
54 Aserbaidschan hat sich gezeigt, dass mitnichten von einer "Schutzmacht" gesprochen
55 werden kann. Es wird immer offensichtlicher, dass diese Truppen nicht ihre
56 eigentliche Aufgabe erfüllen, sondern den taktischen Plänen Putins dienen. Gerade
57 durch den Ukraine Krieg hat Putin gezeigt, wie wenig er von demokratischen Ländern
58 hält und dass auch Armenien, welches sich durch eine friedliche Revolution von der
59 Oligarchie freigesagt und zu einer Demokratie aufgeblüht ist, ist Putin nun ein Dorn
60 im Auge. Daher lässt er dies die armenische Bevölkerung immer wieder spüren und lässt
61 sie gerade jetzt völlig schutzlos, womit Armenien und Arzach völlig schutzlos sind.

62 Besonders Deutschland, das den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 nicht nur
63 anerkannt hat, sondern auch die moralische Verantwortung für die Rolle des deutschen
64 Kaiserreichs in diesem Völkermord trägt, darf in dieser Angelegenheit nicht untätig
65 bleiben. Der Genozid an den Armenier*innen steht als düsteres Kapitel in der
66 Geschichte und als eine Mahnung gegen das Versagen der internationalen Gemeinschaft,
67 Gräueltaten zu verhindern. Angesichts dieser historischen Verantwortung und unter
68 Berücksichtigung der tragischen Ereignisse in Bergkarabach ist Deutschland dazu
69 aufgerufen, aktiv zu handeln, um einen weiteren Völkermord zu verhindern. Diese
70 historische Ungerechtigkeit und die erlittenen Leiden erinnern uns daran, wie wichtig
71 es ist, Unrecht anzuerkennen und historische Verantwortung zu übernehmen.

72 Wir betonen daher, dass Russland nicht als effektiver "Peacekeeper" in Bergkarabach
73 dienen kann. Stattdessen muss die Europäische Union eine führende Rolle übernehmen,
74 um die Sicherheit und Stabilität in der Region zu gewährleisten. Die EU kann aufgrund
75 ihrer Erfahrung in der Konfliktvermittlung und ihres Engagements für Frieden und

76 Menschenrechte eine effektivere und unparteiische Vermittlungsrolle einnehmen.

77 Im UN-Sicherheitsrat äußerte Armenien vor wenigen Tagen die Sorge, dass es in
78 Bergkarabach aufgrund der Aserbaidschanischen Eroberung zu ethnischen Säuberungen
79 kommen könnte. Schon im Jahr 2020 gab es hunderte Berichte und vereinzelt
80 Bildmaterialien von Enthauptungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und sogar
81 verhängte Kopfgelder für diese Taten an armenischen Gefangenen, sowie Menschen aus
82 der Zivilbevölkerung die nicht aus den eroberten Gebieten fliehen konnten und führte
83 zu einer Traumatisierung.

84 Dies bedeutet nun nichts anderes als die erneute Befürchtung vor Unterdrückung,
85 Vertreibung und Ermordung tausender Armenier*innen in der Region. Erfahrungen aus
86 vergangenen Konflikten haben gezeigt, dass insbesondere Mädchen und Frauen in solchen
87 Situationen leiden. Die internationale Gemeinschaft, die EU und Deutschland dürfen
88 nicht tatenlos zusehen, wenn Krieg Leid über tausende Menschen bringt. Deshalb
89 gebietet es unser Internationalismus und Feminismus, nicht nur das Vorgehen
90 Aserbaidschans zu verurteilen, sondern auch alles in unserer Macht Stehende zu tun,
91 um Unterdrückung, Vertreibung und Leid in Bergkarabach zu verhindern. Alle
92 diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel müssen ausgeschöpft werden, um
93 Aserbaidschan zu zwingen, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen, die das
94 Leiden von tausenden Menschen vermeidet und gleichzeitig das unversehrte Leben der
95 Bevölkerung Arzachs garantiert.

96 Besonders die Europäische Union steht in dieser Angelegenheit in der Verantwortung.
97 Über Jahrzehnte hinweg haben die EU und Aserbaidschan enge wirtschaftliche und
98 politische Beziehungen gepflegt. Diese Beziehungen hätten genutzt werden müssen, um
99 auf eine friedliche Lösung des Konflikts hinzuwirken. Stattdessen hat die EU nach der
100 russischen Invasion in der Ukraine ihre Partnerschaft mit Aserbaidschan intensiviert,
101 wobei Aserbaidschan zu einem wichtigen Gaslieferanten für die EU wurde. Für uns ist
102 jedoch klar, dass ein Land, das offensive Militäroperationen zur Unterwerfung
103 benachbarter Regionen und ganzer Bevölkerungsgruppen durchführt, kein
104 "vertrauenswürdiger Energiepartner" sein kann, wie es von Ursula von der Leyen
105 zitiert wurde. Die Vertiefung der wirtschaftlichen Partnerschaft im vergangenen Jahr,
106 obwohl zu diesem Zeitpunkt der Latschin-Korridor bereits durch Aserbaidschan
107 blockiert war, hat es der EU erschwert, eine entscheidende Rolle bei der friedlichen
108 Lösung des Konflikts einzunehmen. Die EU hat sich aus wirtschaftlichen Gründen in
109 eine Abhängigkeit von einem Aggressor begeben. Dies unterstreicht einmal mehr, dass
110 die deutsche und europäische Außenpolitik von unseren Werten des Friedens, der
111 Freiheit, der Menschenrechte und der Gerechtigkeit geleitet sein muss und nicht von
112 ökonomischen Interessen.

113 Daher fordern wir:

- 114 • Die Verurteilung des unprovokierten Angriffskriegs Aserbaidschans auf die
115 Armenier*innen in Bergkarabach.
- 116 • Solidarität mit den Opfern von Krieg und Gewalt in Bergkarabach.
- 117 • Die friedliche Beendigung des Bergkarabach-Konflikts unter Einbeziehung der
118 Interessen der armenischen Bevölkerung vor Ort.
- 119 • Eine gerechte und dauerhafte Lösung, die die Sicherheit der dort lebenden
120 Menschen gewährleistet.

- 121 • Die Nutzung aller diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel durch die EU und
122 Deutschland, um eine friedliche Lösung zu fördern und sicherzustellen.
- 123 • Die Verringerung und Beendigung der energiepolitischen Abhängigkeit von Staaten,
124 die in Konflikte verwickelt sind oder absehbar sein könnten.
- 125 • Die aktive Rolle der Europäischen Union bei der Gewährleistung von Sicherheit
126 und Stabilität in Bergkarabach, um weitere Gewalt und Unterdrückung zu
127 verhindern.
- 128 • Den gemeinsamen Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Verhinderung von
129 weiterem Leid in Bergkarabach, damit historisches Unrecht und internationale
130 Versäumnisse nicht erneut zu einem Völkermord führen.

131

132 Quellen:

133

134 https://de.wikipedia.org/wiki/Aserbaidsschan_und_die_Europ%C3%A4ische_Union

135 <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/zahlen-und-grafiken-gas-aus-aserbaidsschan-so-viel-liefert-das-land-der-eu-und-so-viel-soll-noch-kommen/ar-AA1h42lT>

138 <https://www.morgenpost.de/politik/article239642103/bergkarabach-aserbaidsschan-armenien-konflikt-ethnische-saeuberungen.html>

140 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/berg-karabach-hintergrund-100.html>

141 <https://oc-media.org/aliyev-says-yerevan-historically-azerbaijani/>

142 https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-09/bergkarabach-aserbaidsschan-armenien-konflikt-verhandlungen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

144 <https://www.welt.de/politik/ausland/video247608616/Broder-ueber-Alijews-Angriff-auf-Bergkarabach-Es-ist-die-Absicht-ein-Volk-zu-vernichten.html?fbclid=PAAaYRdYmk3exwzWBOR8ytVpwwwTG7XOCj9LCWs4HJN4RuU1TUESCIJdMI9g>

146 <https://asbarez.com/paris-mayor-leads-french-humanitarian-aid-convoy-to-lachin-corridor/>

149 https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/09/20/azerbaijan-s-bombardment-of-nagorno-karabakh-illustrates-waning-of-moscow-s-influence_6137934_4.html

151 <https://www.politico.eu/article/france-paris-mayor-anne-hidalgo-armenia-azerbaijan-nagorno-karabakh-conflict-war-zone/>

153 <https://www.zeit.de/2023/34/bergkarabach-aserbaidsschan-armenien-hunger-versorgung/komplettansicht>

155 <https://oc-media.org/azerbaijan-takes-control-of-lachin-as-deadline-for-armenians-to-leave-passes/>

157 <https://osteuropa.lpb-bw.de/bergkarabach-konflikt#c68713>

158 <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/9-fragen-zum-konflikt-zwischen-armenien-und-aserbaidsschan>

160 https://web.archive.org/web/20130921073055/http://hudoc.fcnm.coe.int/XML/Ecri/ENGLISH/Cycle_02/02_CbC_eng/02-cbc-azerbaijan-eng.pdf

161

- 162 [https://www.voanews.com/a/south-central-asia_human-rights-watch-accuses-azerbaijan-](https://www.voanews.com/a/south-central-asia_human-rights-watch-accuses-azerbaijan-abusing-armenian-pows/6199086.html)
163 [abusing-armenian-pows/6199086.html](https://www.voanews.com/a/south-central-asia_human-rights-watch-accuses-azerbaijan-abusing-armenian-pows/6199086.html)
- 164 <https://www.hrw.org/news/2021/03/19/azerbaijan-armenian-pows-abused-custody>
- 165 <https://greekcitytimes.com/2020/11/06/syrian-artsakh-armenian/>
- 166 [https://inews.co.uk/news/world/nagorno-karabakh-conflict-execution-videos-armenians-](https://inews.co.uk/news/world/nagorno-karabakh-conflict-execution-videos-armenians-experts-warn-genocide-2636369?ico=most_popular)
167 [experts-warn-genocide-2636369?ico=most_popular](https://inews.co.uk/news/world/nagorno-karabakh-conflict-execution-videos-armenians-experts-warn-genocide-2636369?ico=most_popular)

Antrag G01: Klare Kante gegen Rechts!

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 Analyse:

2 Spätestens seit der Wahl von Robert Sesselmann zum Landrat des Kreis Sonnenberg am
3 25. Juni 2023 lässt es sich nicht mehr leugnen: Die AfD hat es geschafft! Mit Hass,
4 Hetze und Populismus hält sie unsere Demokratie im Würgegriff und ist mittlerweile
5 sogar in der Lage Direktwahlen zu gewinnen. Seit Jahren spielt die AfD mit den
6 Ängsten der Menschen, die sich nun aufgrund der mannigfachen Krisen weiter
7 verschlimmern. Der Krieg in Europa, die Energiekrise, der Klimawandel, die
8 Transformationen der Wirtschaft, das marode Bildungs- und Gesundheitssystem, die
9 wirtschaftliche Rezession nach der Corona-Krise, die wachsende Armut und der
10 befürchtete Wohlstandsverlust der Mittelschicht: All diese Herausforderungen sind
11 eine enorme Belastungsprobe für unsere demokratische Gesellschaft und ja, sie können
12 auch beängstigend sein. Doch die AfD ist weder willens noch in der Lage auch nur ein
13 einziges dieser Probleme zu lösen. Wir dagegen sind in der Lage diese Probleme zu
14 lösen. Wir wollen mutig voran gehen und gerade in diesen schweren Zeiten
15 Verantwortung übernehmen, um Lösungen zu bieten und Vertrauen zu schaffen, statt Hass
16 und Hetze zu verbreiten. Das können wir, denn wir nehmen die Sorgen und Nöte der
17 Bürgerinnen ernst, statt sie zu missbrauchen, um die Demokratie anzugreifen und
18 unsere Gesellschaft zu spalten. Unsere Aufgabe als JungsozialistInnen ist es den
19 Wählerinnen und Wählern die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, wofür die AfD
20 wirklich steht. Nämlich nicht für eine Alternative, sondern für
21 Menschenfeindlichkeit, Chauvinismus, Autoritarismus und Terror, für ein System, das
22 wir aus den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts kennen. Wir müssen den
23 WählerInnen ihre Verantwortung vor Augen führen. Niemand soll im Nachhinein sagen
24 können, er/sie habe es nicht besser gewusst. Gleichzeitig müssen wir aufs Gas treten
25 und die Herausforderungen unserer Zeit noch entschiedener anpacken, um zu zeigen,
26 wozu unsere Demokratie auch in Krisenzeiten fähig ist.

27

28 Bei der CDU mag die Brandmauer zur AfD bröckeln, unsere tut es nicht! Wir arbeiten
29 nicht mit FaschistInnen und VerfassungsfeindInnen zusammen, egal wie viele
30 WählerInnen diese mit falschen Versprechen blenden konnten! Wir lehnen jede
31 Kooperation mit der AfD, ihren Anhängern und Sympathisanten ausdrücklich ab, egal ob

32 auf organisatorischer oder inhaltlicher Ebene, egal ob im Ortsrat, dem Stadt- oder
33 Gemeinderat, auf Landes- oder Bundesebene. Kann eine Entscheidung nicht ohne die
34 Stimmen der AfD zustande kommen, so ist diese Entscheidung zu überdenken und es eine
35 Mehrheit unter den demokratischen Parteien zu finden. Wir appellieren dabei
36 ausdrücklich an die Kompromissfähigkeit aller DemokratInnen jener Parteien, die fest
37 auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Darüber hinaus steht für uns fest, dass eine
38 CDU, die eine Koalition mit der AfD duldet, für uns kein verlässlicher
39 Koalitionspartner mehr sein kann. Ein derartiger Verrat an unseren demokratischen
40 Idealen würde jede Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in Zukunft
41 zerstören. Wir rufen außerdem dazu auf, im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten,
42 den parlamentarischen Einfluss der AfD, etwa durch Änderungen von Geschäftsordnungen,
43 so weit wie möglich einzuschränken. Wer nicht in der Lage ist, einen respektvollen
44 Umgang innerhalb und außerhalb des Parlamentes zu pflegen hat kein Anrecht auf
45 parlamentarische Vorzüge außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die
46 selbstverständlich einzuhalten sind. Demokratischer Anstand bedeutet nicht, dass
47 Feinde der Demokratie durch diese geschützt werden. Eine Demokratie muss andere
48 Meinungen und Positionen aushalten, aber sie muss nicht ihre eigenen Feinde, die sie
49 zerstören wollen, schützen. Eine Demokratie muss wehrhaft bleiben!

50 Wir JungsozialistInnen stehen seit jeher ~~auf~~ gegen alle Formen von Faschismus,
51 Rassismus und Diskriminierung. Angesichts des rasant wachsenden Einflusses von
52 Rechtsextremismus in Deutschland und International wollen und müssen wir unsere
53 Bemühungen in diesem Bereich weiter verstärken. Dazu wollen wir im kommenden
54 Kommunal- und Europawahlkampf 2024 die WählerInnen nicht nur von unseren Programmen
55 und Vorhaben überzeugen, sondern auch gezielt die diskriminierenden und
56 rückschrittlichen Positionen der AfD anprangern. Wir möchten keine Gelegenheit
57 versäumen, um über Rechtsextremismus und seine Folgen zu informieren. Darüber hinaus
58 wollen wir gemeinsam mit externen Organisationen Schulungen in unserem Verband
59 anbieten, um Rechtsextremismus besser verstehen und das neu erworbene Wissen in
60 unseren Kampf gegen Rechts integrieren zu können. Auch auf der Straße wollen wir
61 weiterhin bei Demonstrationen, Protesten und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus
62 vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren, so wie wir es seit jeher getan haben.

63

64 **Forderungen:**

- 65 • Keinerlei inhaltliche oder organisatorische Kooperation mit der AfD, ihren
66 Anhängern und Sympathisanten auf der Kommunal-, der Landes-, der Bundes- und der
67 Europaebene
- 68 • Keine Koalitionen mit einer CDU, die mit der AfD koalisiert oder eine solche
69 Zusammenarbeit in ihren eigenen Reihen duldet.
- 70 • Einschränkung der parlamentarischen Vorteile der AfD, sofern die gesetzliche
71 Grundlage dies erlaubt
- 72 • Aufklärung über die AfD in allen zukünftigen Wahlkämpfen der Saar Jusos
- 73 • Innerverbandliche Schulungen z.B über Themen wie Rechtsextremismus oder den
74 Umgang mit der AfD
- 75 • Regelmäßige Teilnahme und Veranstaltung von Demonstrationen, Kundgebungen,
76 Protesten und weiteren Aktionen gegen Rechts

Antrag G04: Die Zukunft der Stadtplanung ist feministisch - für gleichberechtigte und soziale Städte!

Antragsteller*in:	Jusos Merzig-Wadern
Sachgebiet:	G - Kultur, Infrastruktur, Demokratie
Antragsblock:	Antragsberatung Block 5

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Unsere Städte wurden und werden von Männern für Männer entworfen. In der
3 traditionellen Stadtplanung waren die Infrastruktur unserer Städte, ihr Verkehrsfluss
4 und ihre Architektur auf den berufstätigen Mann ausgerichtet, der mit dem Auto von
5 zuhause zur Arbeit und wieder zurück fährt. Frauen und ihre Bedürfnisse sind in
6 diesen Planungen lange nicht konsequent mitgedacht worden. Leslie Kern spricht in
7 ihrem Buch *A feminist city* von "Ein[em] Patriachat, das in Stein gemeißelt ist".

8 Lange galt die Prämisse, dass Städte vor allem autogerecht sein müssen: Straßen,
9 Verkehrsführung, Wohnräume - vieles orientierte sich am Modell des Ernährers, der mit
10 dem Auto morgens zur Arbeit fährt und abends wieder zurückkommt. Die Haus- und
11 Carearbeit wurde einer „Hausfrau“ zugewiesen, die für die unbezahlte
12 Reproduktionsarbeit verantwortlich war und zuhause bleiben sollte. Da Männer also das
13 Geld verdienten, baute man ihnen Autos, Straßen und Parkplätze, damit sie möglichst
14 schnell vorankamen. Frauen sollten sich um Haushalt und Kinder kümmern, weshalb es
15 nicht vorgesehen war, überhaupt mobil zu sein. Wenn sie aus dem Haus mussten, um
16 einzukaufen oder ihre Kinder wegzubringen, dann schien es kein besonderes
17 städtebauliches Anliegen, ihren Weg angenehm und effizient zu gestalten.

18 Diese gesellschaftlichen Annahmen wirken bis heute nach, denn diese Art der
19 Stadtplanung erzeugt eine systemische Diskriminierung, die die Erfahrungen der Frauen
20 (und selbstverständlich auch die anderer marginalisierter Gruppen) in der Stadt, ihre
21 Freiheit, Sicherheit, Mobilität und Zugang zu öffentlichen städtischen Räumen prägt.
22 So sind in Städten beispielsweise sog. Angsträume entstanden, also Orte oder Wege mit
23 schlechter Einsehbarkeit, Dunkelheit, schlechter Ausleuchtung, Enge, fehlenden
24 Fluchtmöglichkeiten und wenigen Menschen. Laut einer [Studie der Stadt Heidelberg](#)
25 nehmen 83 Prozent der befragten Frauen Umwege in Kauf, um solche Angsträume zu
26 vermeiden. Auch mangelnde Barrierefreiheit und die schlechte Erreichbarkeit von Orten
27 mit öffentlichen Verkehrsmitteln können neben Angsträumen ein Grund dafür sein, dass
28 Frauen sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

29 Die meisten Stadtplaner und Architekten sind immer noch Männer. Dabei prägt die
30 eigene Alltagserfahrung die Arbeit stark: Man muss aktiv aufgefordert werden eine
31 andere Perspektive einzunehmen, damit alle Bewohner*innen ihren Platz in der Stadt
32 finden. Im Studium der künftigen Stadtplaner*innen spielen feministische Konzepte
33 nahezu keine Rolle. Grundlegende Prämisse der feministischen Stadtplanung ist ein
34 kritischer Planungsansatz, der die Bedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher
35 Gruppen bei der Stadtentwicklung und -planung berücksichtigt. Einen solchen Ansatz
36 konsequent zu verfolgen, würde zur Gestaltung von Städten führen, die letztendlich
37 jeder*m zugutekommen.

38 SPD, Grüne und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass sie
39 „lebenswerte Städte, Gemeinden und ländliche Regionen in ganz Deutschland“ anstreben.
40 Diese sollen lebenswert für alle sein. Wir fordern deshalb, dass die Bedürfnisse
41 verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere Frauen, Kinder, Senior:innen,
42 Menschen mit Behinderung, Wohnungslose, Menschen mit Migrationsgeschichte und andere
43 marginalisierte Gruppen bei der Stadtentwicklung und -planung berücksichtigt werden.
44 Zu den wichtigsten Merkmalen feministischer Stadtplanungsmaßnahmen gehören kompakte
45 Stadtviertel mit gemischter Nutzung, eine fußgängerzentrierte Straßengestaltung und
46 die öffentliche Bereitstellung kritischer städtischer Infrastruktur, besonders in den
47 Bereichen öffentliche Verkehrsmittel, Kinderbetreuung und sanitäre Anlagen. Wer zu
48 mehr Gleichberechtigung in der Stadt beitragen will, muss die Care-Perspektive
49 mitdenken: Kinder zur Kita bringen, ältere Angehörige im Alltag unterstützen und
50 einkaufen gehen. Dies gilt auch für den ländlichen Raum. Weitere Merkmale einer
51 lebenswerten Stadt für alle sind mehr Aufenthaltsflächen, breitere Gehwege,
52 Abstellmöglichkeiten für Fahr- und Lastenräder, Gemeinschaftsflächen zum Treffen und
53 Sitzen, auf denen auch Kinder sich frei bewegen können.
54 Wege sollten nicht nur barrierefrei, also ohne Bürgersteigkanten und Schwellen sein,
55 sondern auch möglichst kurz und gut ausgeleuchtet. Es ist wichtig, die Infrastruktur
56 auszubauen und neue Quartiere zu schaffen, bei denen Wohnen, Arbeit und der tägliche
57 Bedarf eng beieinander ist - fußläufig und verkehrsberuhigt. Eine solche Stadtplanung
58 fördert die Gleichberechtigung und die soziale Teilhabe im öffentlichen Raum, weil es
59 allen, insbesondere aber Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, erleichtert,
60 Verpflichtungen, Hobbies und Care Arbeit unter einen Hut zu bringen. Von einer
61 feministischen Stadtplanung profitieren am Ende alle.
62 Zudem werden Städte und Gemeinden nachhaltiger und klimaresilienter, da kurze
63 Alltagswege sowie großzügige Grünflächen gewährleistet werden. Parks schaffen das
64 soziale Kapital einer Stadt. Urbane Grünflächen sind sowohl grüne Infrastrukturen,
65 die der Bildung von Hitze entgegenwirken, den Abfluss von Regenwasser ermöglichen und
66 einen Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten darstellen, als auch soziale
67 Infrastrukturen, in denen Menschen sich begegnen, miteinander in Austausch treten und
68 sich erholen. Beide Funktionen sind unmittelbar miteinander verbunden.

69

70 **Forderungen:**

- 71 • Die Einbindung feministischer Konzepte in den Stadtplanungsprozess der Städte,
72 indem sie z.B. verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in die Planung
73 einbeziehen, konkret:
 - 74 • die Erarbeitung von Beleuchtungsstrategien für Parkanlagen und
75 Naherholungsgebiete, die sowohl Angsträume beseitigt als auch die Umwelt
76 schützt
 - 77 • Gewährleistung von barrierefreiem Zugang zu Toiletten im gesamten
78 öffentlichen Raum
- 79 • Die Berücksichtigung von Gender-Aspekten bei den Förderkriterien in
80 Ausschreibungen des Bundes und mehr Fördermöglichkeiten für Maßnahmen zur
81 Erreichung einer geschlechtergerechten Stadt
- 82 • Eine generelle Verankerung feministischer Stadtplanungskonzepte in Ausbildung

- 83 und Studium von künftigen Stadtplaner*innen
- 84 Eine strukturelle Verankerung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung, die sich
- 85 mit genderspezifischen Bedürfnissen und Auswirkungen von Planung beschäftigen.

Antrag V01: Die Zukunft gehört den Mutigen

Antragsteller*in:	Juso Landesvorstand
Sachgebiet:	V - Verband

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **In Ergänzung zu dem Leitantrag #1 „Update für die Zukunft“ aus dem Jahr 2022**

2

3 Im Saarland ist es unsere wichtigste Aufgabe, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten
4 und neue zu schaffen. Dabei stellt uns der Strukturwandel vor eine gewaltige
5 Herausforderung: Wir müssen diesen Wandel aktiv gestalten und dazu benötigen wir
6 rasch umfangreiche Investitionen in Digitalisierung, die Wirtschaft sowie das
7 Bildungssystem. Die drängende Krise des Klimawandels fordert unsere fortwährende
8 Aufmerksamkeit, und die nächsten Jahre versprechen keine Entspannung. Daher ist
9 entschlossenes Handeln jetzt erforderlich. Obwohl das Saarland allein den Klimawandel
10 nicht stoppen kann, tragen wir als Industriestandort eine besondere Verantwortung.
11 Wir müssen uns dieser Verantwortung stellen und zum Vorreiter für andere Bundesländer
12 werden.

13

14 Unsere Zielsetzung ist es, jungen Menschen im Saarland eine vielversprechende Zukunft
15 zu ermöglichen. Durch qualitativ hochwertige Schulen und Kindertagesstätten, optimale
16 Bedingungen für Ausbildung und Studium sowie gute Arbeitsmöglichkeiten schaffen wir
17 optimale Chancen. Die Klimaneutralität des Saarlands ist unser Ziel. Daher benötigen
18 wir effektiven Klimaschutz, der seinem Namen gerecht wird.

19

20 Mit dem Arbeitsprogramm „Update für die Zukunft“ hat sich der Landesvorstand im
21 vergangenen Jahr programmatisch und organisatorisch aufgestellt. Mit
22 Themenschwerpunkten im Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit,
23 innere Sicherheit, Europa, Feminismus und Antidiskriminierung bildet das
24 Arbeitsprogramm 2022 das Fundament des Landesvorstandes bis mindestens 2024.

25

26 Im vergangenen Jahr ist jedoch einiges passiert, was in dem Arbeitsprogramm noch
27 nicht ausreichend Berücksichtigung findet, so dass der Landesvorstand das
28 Arbeitsprogramm um folgende Punkte ergänzt:

29

30 Arbeitswelt der Zukunft - Herausforderungen und Perspektiven

31 Die Arbeitswelt hat sich im Laufe der Geschichte stark gewandelt. Vor allem in den
32 letzten Jahrzehnten hat sich dieser Wandel beschleunigt und an Bedeutung gewonnen.
33 Neue Technologien, globale Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen haben

34 die Art und Weise, wie wir produzieren und arbeiten, grundlegend verändert.
35 Die digitale Revolution hat eine der bedeutendsten Veränderungen in Industrie und
36 Arbeitswelt eingeleitet. Automatisierung, künstliche Intelligenz und Robotik haben
37 die Produktionsprozesse effizienter gemacht und die Produktivität gesteigert.
38 Allerdings führte dies auch zur Verdrängung von Arbeitskräften in einigen Sektoren,
39 was zu Arbeitsplatzunsicherheit und sozialen Herausforderungen führt.
40 Die Globalisierung ist eine weitere wichtige Veränderung. Unternehmen sind nicht mehr
41 auf lokale Märkte beschränkt, sondern operieren global. Das eröffnet neue
42 Möglichkeiten, birgt aber auch verstärkten Wettbewerbsdruck und die Auslagerung von
43 Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer.
44 Flexible Arbeitszeiten, Telearbeit und Projektarbeit sind heute weit verbreitet und
45 ermöglichen eine bessere Work-Life-Balance. Gleichzeitig haben sich jedoch auch neue
46 Formen der Ausbeutung und Unsicherheit entwickelt, was sich in zahlreichen prekären
47 Beschäftigungsverhältnissen zeigt.
48 Wir müssen sicherstellen, dass niemand durch diese Veränderungen zurückgelassen wird.
49 Arbeitskräfte müssen auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden, indem sie Zugang
50 zu lebenslangem Lernen und Umschulungsprogrammen erhalten.
51 Eine umfassende gesellschaftliche Debatte und politische Maßnahmen sind notwendig, um
52 die Transformation der Industrie und Arbeitswelt zu begleiten. Rahmenbedingungen
53 müssen geschaffen werden, die faire Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung
54 gewährleisten. Unternehmen müssen Verantwortung für die Auswirkungen ihrer
55 Entscheidungen übernehmen und langfristige, nachhaltige Strategien verfolgen.
56 Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle im Kampf für Arbeitnehmerinnenrechte.
57 Sie verhandeln Tarifverträge, um faire Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zu
58 erreichen und fördern die Solidarität unter den Arbeitnehmerinnen.
59 Viele Arbeitsstandards, wie Mindestlohn, bezahlter Urlaub, Arbeitsschutzmaßnahmen und
60 Elternzeit, sind das Ergebnis jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe. Diese
61 Errungenschaften haben das Arbeitsleben nachhaltig verbessert und die Lebensqualität
62 vieler Arbeitnehmer*innen erhöht.
63 Gewerkschaften sind eine treibende Kraft für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit
64 und verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung. Gemeinsam können wir zukünftige
65 Projekte, wie die 4-Tage-Woche oder die Umlagefinanzierung der
66 Ausbildungsplatzgarantie, angehen! Als Jusos stehen wir Seite an Seite mit den
67 Gewerkschaften im Kampf für gerechte Arbeitsbedingungen und gegen soziale
68 Ungleichheit und Ausbeutung

69

70 Transformation der Wirtschaft – die Herausforderung unserer Zeit

71 Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch den Klimawandel ist die Transformation der
72 Industrie zur klimaneutralen Produktion eine der drängendsten Herausforderungen
73 unserer Zeit. Die Industrie ist einer der Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen
74 und spielt daher eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels.

75

76 Das Saarland ist Industrieland- und das bleibt auch so! Um die globalen Klimaziele zu
77 erreichen und den Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen,

78 müssen wir die Emissionen aus der Industrie drastisch reduzieren. Dies erfordert
79 einen umfassenden Wandel in der Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren.
80 Ein wichtiger Schritt in Richtung klimaneutraler Produktion ist die Umstellung auf
81 erneuerbare Energien. Die Industrie verbraucht eine beträchtliche Menge an Energie,
82 die bisher oft aus fossilen Brennstoffen stammt.

83

84 Durch den Einsatz von sauberen und erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind und
85 Wasser können die CO₂-Emissionen erheblich gesenkt werden. Darüber hinaus ist die
86 Förderung von Energieeffizienz von entscheidender Bedeutung. Durch den Einsatz
87 moderner Technologien und Prozesse kann der Energieverbrauch in der Industrie
88 erheblich reduziert werden, ohne dabei die Produktivität zu beeinträchtigen.
89 Fortschritte in den Bereichen grüne Chemie, CO₂-Abscheidung und -Speicherung sowie
90 neue Produktionsmethoden können dazu beitragen, die Emissionen aus der Industrie zu
91 reduzieren und klimaneutraler Produktionsprozesse zu ermöglichen.

92 Die Transformation zur klimaneutralen Produktion ist zweifellos eine große
93 Herausforderung, aber sie bietet auch enorme Chancen. Durch die Investition in
94 nachhaltige Technologien und Prozesse können Unternehmen wettbewerbsfähiger werden
95 und neue Märkte erschließen. Gleichzeitig trägt die klimaneutraler Produktion zur
96 Sicherung einer lebenswerten Umwelt für kommende Generationen bei. Es ist von
97 entscheidender Bedeutung, dass Regierungen, Unternehmen und die Gesellschaft als
98 Ganzes gemeinsam handeln, um diese Transformation voranzutreiben. Politische
99 Maßnahmen wie CO₂-Preise, Subventionen für erneuerbare Energien und Anreize für
100 nachhaltige Produktion sind von zentraler Bedeutung, um die Industrie auf den Weg zur
101 Klimaneutralität zu bringen. Die Transformation der Industrie zur klimaneutralen
102 Produktion ist keine Option, sondern eine dringende Notwendigkeit, um den Klimawandel
103 einzudämmen und eine nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen. Es erfordert mutige
104 Entscheidungen, gemeinsame Anstrengungen und eine Vision von einer Welt, in der
105 Wohlstand und Fortschritt Hand in Hand mit dem Schutz unserer Umwelt gehen.

106

107 Demokratie in der Krise: Herausforderungen und Perspektiven

108 Die Demokratie ist das fundamentale Prinzip der Regierungsführung und ist in der
109 Geschichte der Menschheit zu einem bedeutenden Ideal geworden. Sie verspricht die
110 Einbindung der Bürger in politische Prozesse, die Wahrung der Menschenrechte und die
111 Freiheit der Meinungsäußerung.

112 Doch Demokratie muss verteidigt werden. Gerade in jüngster Zeit sehen wir uns mit
113 Herausforderungen konfrontiert, die die Stabilität und Funktionsfähigkeit der
114 Demokratie in Frage stellen. Eine der zentralen Herausforderungen ist die Krise des
115 Vertrauens in demokratische Institutionen. In vielen Ländern ist ein wachsender Trend
116 von Politikverdrossenheit und Misstrauen gegenüber den etablierten politischen
117 Parteien und Regierungen zu beobachten. Dies liegt oft an der Wahrnehmung, dass
118 politische Entscheidungsträger mehr den Eigeninteressen als dem Wohl der Bürger
119 verpflichtet sind. Korruption, Skandale und ineffiziente Politik tragen zu diesem
120 Phänomen bei.

121 Ein weiterer Aspekt, der die Demokratie belastet, ist die Fragmentierung der
122 Gesellschaft. Soziale Medien und die Digitalisierung haben zwar den

123 Informationsaustausch erleichtert, doch gleichzeitig haben sie Echokammern und
124 Filterblasen geschaffen, in denen sich Menschen mit ähnlichen Ansichten gegenseitig
125 bestärken. Dies führt zu Polarisierung und einer erschwerten Kompromissfindung, die
126 für eine funktionierende Demokratie jedoch unerlässlich ist. Ein besorgniserregender
127 Trend ist auch der Aufstieg populistischer, rechtsextremer Bewegungen und autoritärer
128 Tendenzen in einigen Demokratien. Populisten versprechen einfache Lösungen für
129 komplexe Probleme und nutzen Ängste und Sorgen der Menschen, um ihre Agenda
130 voranzutreiben. Oft stellen sie dabei demokratische Prinzipien in Frage und
131 untergraben die Unabhängigkeit von Medien und Justiz.

132 Die wirtschaftliche Ungleichheit ist ein weiterer Faktor, der die Demokratie in die
133 Krise treiben kann. Wenn das Gefühl entsteht, dass bestimmte Gruppen übermäßig von
134 den Früchten des Fortschritts profitieren, während andere zurückgelassen werden, kann
135 dies zu Unmut und sozialen Spannungen führen. Diese können sich in Protesten oder dem
136 Drang nach radikalen Veränderungen äußern, die die demokratischen Institutionen
137 schwächen.

138 Diese Herausforderungen greifen unsere Demokratie an, weshalb wir sie schützen und
139 stärken müssen. Es bedarf einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich für die Werte der
140 Demokratie einsetzt und für Transparenz, Rechenschaftspflicht und Partizipation
141 einfordert. Zudem müssen Bildungssysteme gestärkt werden, um kritische
142 Denkfähigkeiten zu fördern und den Menschen beizubringen, wie sie Fakten von Fiktion
143 unterscheiden können. Eine informierte und aufgeklärte Bevölkerung ist die Grundlage
144 einer gesunden Demokratie. Die Politik muss sich zudem wieder stärker auf das
145 Gemeinwohl ausrichten und das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Dies erfordert
146 eine stärkere Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungsprozessen sowie
147 den Mut, unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

148 Die Zukunft der Demokratie liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung. Nur wenn wir
149 uns bewusst den Herausforderungen stellen, können wir unsere demokratischen Werte
150 bewahren und eine gerechtere, inklusivere und stabile Gesellschaft schaffen. Die
151 Krise der Demokratie ist eine Einladung, sie neu zu erfinden und für kommende
152 Generationen zu sichern.

153

154 Antirassismus: Für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft

155 Das Saarland ist weltoffen und bunt. Wir wollen als Jusos Saar die gesellschaftliche
156 Vielfalt auch abbilden und als Chance begreifen. Das bedeutet, dass wir für
157 Chancengerechtigkeit und gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus sowie
158 gegen jegliche Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit ohne Zögern
159 konsequent vorgehen.

160 Außerdem verstehen wir es als Aufgabe jede*r*s Einzelnen, unsere offene und tolerante
161 Gesellschaft nicht nur zu schützen, sondern auch weiterzuentwickeln. Der
162 gesellschaftliche Umgang mit Personen mit Migrationsgeschichte und FINTA* (Frauen,
163 Inter, Nichtbinär, Trans und Agender Personen) ist dabei ein Querschnittsthema, das
164 alle Bereiche von Bildung, Feminismus, Gesundheit bis zu Arbeit und Soziales berührt.

165 Diversität ist für uns kein schickes Accessoire, sondern essenziell und notwendig, um
166 für alle eintreten zu können.

167 Der Kampf gegen Rassismus ist keine Aufgabe, die allein von Minderheiten getragen

168 werden sollte, sondern eine Verpflichtung für uns alle. Indem wir uns gemeinsam für
169 eine Welt ohne Diskriminierung einsetzen, können wir eine Gesellschaft schaffen, die
170 von Respekt, Toleranz und Zusammenhalt geprägt ist - eine Gesellschaft, in der die
171 Vielfalt der Menschen als Bereicherung betrachtet wird.

172 In den letzten Jahren ist weltweit ein alarmierender Anstieg von Homophobie und
173 Transfeindlichkeit zu beobachten. Die Bildung und Aufklärung der Gesellschaft über
174 LGBTQ+-Themen und die Sensibilisierung für die Herausforderungen, mit denen diese
175 Gemeinschaft konfrontiert ist, sind von entscheidender Bedeutung, um diesen Trend zu
176 bekämpfen. Schutzmechanismen in Form von Anti-Diskriminierungsgesetzen müssen
177 gestärkt und durchgesetzt werden, um LGBTQ+-Personen vor Hassverbrechen und
178 Diskriminierung zu schützen.

179 Auch FINTA* stehen nach wie vor vielen Herausforderungen und Hindernissen gegenüber.
180 Geschlechterstereotype, Vorurteile und strukturelle Benachteiligungen sind nur einige
181 der Barrieren, die es zu überwinden gilt. Deshalb ist es wichtig, dass sich
182 Gesellschaften und politische Institutionen aktiv für eine gerechtere Repräsentation
183 von FINTA* in der Politik einsetzen.

Antrag V02: Bye bye 99 Heliumluftballons

Antragsteller*in:	Jusos WND
Sachgebiet:	V - Verband
Antragsblock:	Antragsberatung Block 4

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Nicht nur Kinder, sondern auch viele Erwachsene lieben sie – Heliumballons. Im
3 alltäglichen Leben sind sie weit verbreitet. Sei es im privaten Bereich wie etwa bei
4 Partys und Hochzeiten, aber auch im öffentlichen Raum als beispielsweise beliebter
5 Werbeträger. Sie werden an Kinder, Passant*innen und in unserem Fall potenziellen
6 Wähler*innen verteilen oder sie steigen in großen Mengen bei Aktionen oder
7 Veranstaltungen in den Himmel.

8 Die Ballons können große Distanzen zurücklegen und mehrere hundert Kilometer fliegen,
9 aber auch schon nach ein paar Kilometer platzen. Wo genau die Heliumluftballons als
10 Müll vom Himmel fallen, lässt sich nicht abschätzen und welchen Schaden sie dann dort
11 genau anrichten ebenfalls nicht. Es handelt sich demnach bei Heliumluftballons um ein
12 unkontrollierbares Risiko.

13 Die Ballons landen beispielsweise in Wäldern und Wiesen, in Flüssen und nicht zuletzt
14 auch in Meeren. Gehen wir vom Saarland aus, dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass
15 sie in der Ost- und Nordsee landen können. In der Natur werden sie somit zu einer
16 unnötigen Gefahr für Tiere. Die Tiere können sich in den angeknüpften Schnüren
17 verheddern oder sie verwechseln die bunten Ballonreste mit Nahrung. Der Kunststoff
18 kann nicht verdaut werden, der Magen der Tiere wird verstopft und sie verhungern.

19 Landen die Ballons nicht in den Mägen von Tieren, sondern in der Natur an sich, hat
20 auch dies wiederum Folgen für die Umwelt und somit auch für uns Menschen, aber auch
21 für die Tiere. Die Überreste zersetzen sich nur langsam und bleiben schließlich als

22 Mikropartikel der Umwelt Jahrhunderte lang erhalten. Giftstoffe wie etwa Weichmacher,
23 Farbstoffe oder das bei der Produktion entstehende krebserregende Nitrosamid gelangen
24 in die Umwelt.

25 **Forderungen:**

- 26 • Zukünftig keine Heliumluftballons an Juso-Ständen, sei es beim Wahlkampf oder
27 anderen Aktionen, verteilt werden.
- 28 • wir bei eigenen Veranstaltungen keine Heliumballons steigen lassen.

Antrag V04: Institutionalisierte Genderplena auf Landeskongressen

Antragsteller*in:	Juso-AK Feminismus
Sachgebiet:	V - Verband
Antragsblock:	Antragsberatung Block 4

Die Jusos Saar mögen beschließen:

1 **Analyse:**

2 Ob in der Schule, der Uni oder im Beruf: Sexismus ist immer noch ein zentrales und
3 virulentes Problem im Alltag weiblich gelesener Personen. Von der **Fortführung**
4 traditioneller Geschlechterrollen über sexistische Sprüche bis hin zu sexualisierten
5 Übergriffen begegnen FINTA* einer gewaltsamen patriarchalen Gesellschaft.

6 Als feministischer Jugendverband muss unser Ziel sein, den Abbau patriarchaler
7 Strukturen aber nicht nur im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu fordern, sondern
8 auch verbandsintern voranzutreiben, um ein Klima zu schaffen, in welchem sich
9 Menschen aller Geschlechter wohl fühlen und gemeinsam für eine diskriminierungsfreie
10 sozialistische Gesellschaft kämpfen können.

11

12 Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, soll es in Zukunft auf allen
13 Landeskongressen der Jusos Saar ein zweigeteiltes Genderplenum geben, welches Wahlen
14 und inhaltlichen Beratungen vorangestellt wird. Während das Plenum für FINTA*-
15 Personen als Safe Space dem gegenseitigen Empowerment, dem Austausch über sexistische
16 Erfahrungen innerhalb und außerhalb des Verbandes sowie der Entwicklung
17 feministischer Handlungsstrategien dienen soll, steht auf dem Plenum für Männer die
18 Reflexion eigener männlicher Verhaltensweisen und die inhaltliche Schulung im Bereich
19 Feminismus im Zentrum. Auch die Schaffung von Awareness in Bezug auf sexualisierte
20 Gewalt und sexistische Vorfälle und der richtige Umgang mit solchen soll thematisiert
21 werden.

22

23 Den Genderplena soll in der Tagesordnung ein ausreichender Zeitraum von mindestens 45
24 Minuten eingeräumt werden. Sofern dies von den Teilnehmenden gewünscht ist, kann im
25 Anschluss an das Plenum auf der Landeskongress eine Stellungnahme bzw. ein Bericht
26 des Plenums verlesen werden.

27

28 Die institutionalisierte Einrichtung von Genderplena ist ein wichtiger Schritt auf
29 dem Weg, Geschlechterhierarchien auch innerhalb der Jusos abzubauen und dominant-
30 männliche Verhaltensweisen zu reduzieren, um gemeinsam einen gleichgerichtet
31 solidarischen Verband zu schaffen, in dem Feminismus auch praktisch gelebt wird.

32

33 **Forderungen:**

34 Die verpflichtende Einführung von Genderplena bei Landeskongressen der Jusos Saar,
35 wobei die Plena mindestens 45 Minuten andauern.